Nummer 7 Hamburg, den 16. Februar 1929 42. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 ℳ,
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 ₰.

Kreuzworträtsel der kapitalistischen Wirtschaft.

Es wäre sehr lustig, einmal aus den Schlagworten des politischen Lebens Kreuzworträtsel zusammenzustellen und dazu die Begriffe Imperialismus, Rationalisierung, Wirtschaftsdemokratie, Trust, Kartell, Konzern und dergleichen zu verwenden. Man käme nur in Verlegenheit, wie man das Erraten dieser Worte erleichtern soll, denn eigentlich müßte man zu jedem als Erklärung schreiben: Modernes Schlagwort, unter dem sich die wenigsten Menschen etwas vorstellen können. Wollte man das Rätsel humoristisch machen, so könnte auch das Wort Antimarxismus verwendet werden, zu dessen Erraten man obige Formel nur so abzuändern hätte: Modernes Schlagwort, unter dem sich niemand etwas vorstellen kann.

Das geheimnisvollste von den oben genannten Wörtern dürfte das Wort Konzern sein. Denn wenn sich jemand darunter irgendeine Vorstellung macht, dann bestenfalls die, daß es sich um ein Herrschaftsmittel des Kapitalismus handelt. An dieser Unklarheit läßt sich aber auch nicht viel ändern, wenn wir eine Auslegung versuchen wollten, etwa so: Ein Konzern ist eine Mehrheit von Unternehmungen, die, ohne ihre Existenz als selbständige Unternehmungen zu verlieren, doch einer einheitlichen Leitung unterworfen und von dem kommandoführenden Unternehmen auch persönlich und finanziell abhängig sind.

Vom Trust unterscheidet sich der Konzern dadurch, daß die vertrusteten Unternehmungen ihre frühere Selbstständigkeit restlos verlieren und durch ihren Zusammenschluß (Fusion) ein neues Unternehmen entsteht. Der Unterschied gegenüber dem Kartell liegt darin, daß hier eine persönliche und finanzielle Abhängigkeit nicht eintritt, sondern nur Preis- oder Produktionsvereinbarungen zwischen den selbständig bleibenden Unternehmungen abgeschlossen werden.

Die normale und einfachste Grundlage des Konzerns ist die Gründung eines Tochterunternehmens durch ein bereits bestehendes Unternehmen. Es gründet etwa eine Margarinefabrik eine Kistentischlerei oder beteiligt sich an einer schon bestehenden. Hier liegt dann eine weitgehende Abhängigkeit des Tochterunternehmens vor, das sich nach den Wünschen der Muttergesellschaft richten muß. Folgen weitgehender Meinungsverschiedenheiten würden sich bald so geltend machen, daß das Mutterunternehmen der Tochtergesellschaft das Betriebskapital entzöge oder ihr die Kisten nicht abnähme. Neben der einen Tochtergesellschaft kann sich das Mutterunternehmen natürlich mehrere andere angliedern. Kompliziert wird diese einfache Form der Beteiligung dann, wenn die Tochtergesellschaft sich ihrerseits durch Aktienkäufe an der Muttergesellschaft beteiligt und eine förmliche Ineinanderschachtelung von Gesellschaften stattfindet.

Der umgekehrte Fall liegt vor, wenn mehrere von einander unabhängige Unternehmungen gemeinsam die Mehrheit bei einem andern Unternehmen besitzen, wenn etwa mehrere Banken eine Zuckerhandelsgesellschaft gründen. Man nennt in einem solchen Falle die gründenden Banken ein Konsortium (wörtlich übersetzt: Schicksalsgemeinschaft) und ihre Beteiligung an der Zuckerhandelsgesellschaft eine Konsortialbeteiligung.

Beteiligt sich ein Mutterunternehmen an so vielen Tochterunternehmungen, daß ihm die Verwaltung dieser zahlreichen Beteiligungen zuviel wird, so kann sie zu diesem Zweck nach amerikanischem Muster eine sogenannte Holding-Gesellschaft (Aktienverwertungsgesellschaft) ins Leben rufen.

Das innere Gefüge solcher mannigfachen Beteiligungen ist meist auf weitgehender finanzieller Abhängigkeit aufgebaut. Anderseits zählen hierher aber auch die Gewinngemeinschaften, die üblicherweise so konstruiert sind, daß über durchaus gleichberechtigten Unternehmungen, die die Gewinnberechnung und die Gewinnverteilung gemeinsam vornehmen wollen, ein gemeinsames Dach errichtet wird, in Form einer neuen Gesellschaft, einer sogenannten Dach- oder Spitzengesellschaft.

Es kommt ein Tag!

Und immer wieder kommt der Tag,
der uns von unserm Lager ruft.
Vom Heulen der Sirenen wach,
verlassen wir die dumpfe Gruft,
in der wir lebend eingesargt
die Nacht verbringen ohne Traum.
Die Stadt liegt noch im Schlaf und schnarcht
und hört den Takt der Füße kaum,
der hart durch ihre Straßen hackt.
Uns zu verderben tut ein Tor
sich auf, wie eine Frau, die nackt
den Mann verdirbt, der sie erkor.

Mit tausend Nadeln bohrt ins Hirn
erbarmungslos sich rote Glut.
Es perlt der Schweiß auf unsrer Stirn
und in den Adern kocht das Blut.
Das Blut, das lange unterjocht,
es wird gekocht und wird nicht gar;
doch wehe, wenn es überkocht
und endlich seiner Kraft gewahr,
die Straßen dieser Welt durchschäumt
und ungebärdig überrennt,
was in den Weg sich stellt und träumt.
Es kommt ein Tag, der keine Sklaven kennt!

Erich Grisar.

Riesengebilde der hier geschilderten Art nennt man Konzerne. Ihre Grundlage ist die Aktiengesellschaft. Oberstes Organ der Aktiengesellschaft ist die Generalversammlung, in der das reine Mehrheitsprinzip gilt. Es entscheidet aber nicht die Mehrheit der Aktionäre, also der Personen, sondern die Mehrheit der von den Aktionären vertretenen Kapitalanteile. Nehmen wir als Beispiel eine Aktiengesellschaft, deren Vermögen 100 000 ℳ beträgt. Dieses Vermögen wäre in 2000 Teile (Aktien) geteilt, deren jeder 50 ℳ wert sei. Von diesen 2000 Kapitalsanteilen (Aktien) besitze ein Mann 1001 Aktien, die restlichen 999 seien auf 125 Besitzer verteilt. Zur Generalversammlung erscheinen alle 126 Aktionäre. Bei der Abstimmung gilt nun nicht, was die Mehrheit der Aktionäre (etwa 64), verlangen, sondern was die Mehrheit der Kapitalsanteile will, von den insgesamt vorhandenen also 1001 Aktien. Somit kann der Besitzer der 1001 Aktien, die 50 050 ℳ wert sind, über 100 000 ℳ gebieten.

Aber das Finanzkapital hat sich die Beherrschung von Riesenunternehmungen noch leichter gemacht. Der Kleinaktionär hat, wie schon oben gesagt, auf die Abstimmung der Generalversammlung keinen Einfluß. Um aber gegen plötzliche Ueberrumpelungen durch eine etwa entstehende Organisation von Kleinaktionären geschützt zu sein, schließen sich die wenigen Großaktionäre, die das Unternehmen dauernd beherrschen wollen, zu einer engeren Gemeinschaft, einem sogenannten Syndikat zusammen, das nur um weniges mehr als die Hälfte des Aktienkapitals, im obigen Beispiel also 1001 Aktien im Werte von 50 050 ℳ besitzen muß. Was das Syndikat beschließt, bindet, da es über die Aktienmehrheit verfügt, die ganze Aktiengesellschaft. Nun muß aber in dem Syndikat nicht Stimmeneinhelligkeit herrschen, auch hier gilt das Mehrheitsprinzip. Wenn also ein Mitglied des Syndikats mit bloß 26 % des gesamten Aktienkapitals im Syndikat die Mehrheit hat, so kann er noch immer die ganze Aktiengesellschaft beherrschen.

Nun stelle man sich vor, diese Aktiengesellschaft habe eine Tochtergesellschaft mit einem Aktienkapital von 80 000 ℳ, an der sie mit 51 %, das heißt mit 40 800 ℳ beteiligt sei. Von diesen 40 800 ℳ braucht aber der Herr des Syndikats der Muttergesellschaft nur 26 %, das sind 10 608 ℳ oder 13¼ % des Gesamtkapitals der Tochtergesellschaft, um über die 80 000 ℳ gebieten zu können. Man kann sich leicht selber ausrechnen, wie verhältnismäßig wenig Mittel der Gebieter des Syndikats aufzuwenden hat, wenn die Tochtergesellschaft etwa wieder eine Tochtergesellschaft gründet.

So führt die Demokratie der Kapitalsanteile zwangsweise zur Entrechtung der kleinen Aktionäre, der kleinen Kapitalsbesitzer und zur Ueberantwortung von immer mehr wirtschaftlicher Macht an einige wenige Großkapitalisten.

Man wende das eben Gesagte im Geiste auf den größten europäischen Konzern, auf den Konzern der J. G. Farbenindustrie A.-G. in Frankfurt am Main an, die selbst ein Aktienkapital von 1,1 Milliarden Mark hat; so viel, daß bei Verteilung ihres Vermögens an die 63 225 000 Einwohner Deutschlands auf den Kopf der Bevölkerung immerhin 17 ℳ entfielen oder ein Oesterreicher, der die J. G. Farben um 1,1 Milliarden Mark kaufen wollte, mit der gesamten in Oesterreich umlaufenden Geldmenge, Papiergeld und Metallgeld zusammengenommen, nicht mehr als die Hälfte bezahlen könnte. Natürlich macht das Kapital der dem Konzern angehörenden nur durch Beteiligung beherrschten Unternehmungen ein Vielfaches von 1,1 Milliarden Mark aus.

Sind das nicht schon ungekrönte Herzöge, die hier über Farben, Säuren, Soda, Kunstdünger, Medikamente (Aspirin), photographische Artikel (Agfa), Kohlenverflüssigung, Erdöl, Kunstseide, Asphalt, Zucker, Gips, Elektrochemie, Kunstedelsteine, Sprengstoffe und selbstverständlich eine eigene Bank gebieten? Deren Unternehmungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Tschechoslowakei, Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten, in Canada, China, Brasilien, sogar in Oesterreich liegen, und deren Arbeiterzahl in den deutschen Betrieben allein etwa 100 000 beträgt, so viel wie die Einwohnerzahl von Mainz, Wiesbaden oder Linz an der Donau?

Die J. G. Farben ist nur ein Beispiel eines Konzerns, es gibt daneben noch viele andere, wenngleich an sich kleinere. Immerhin arbeiten viele Hunderttausende, vielleicht sogar schon Millionen Arbeiter und Angestellte in den großen europäischen Konzernen, die durch die innige Verflechtung mit der ganzen Volkswirtschaft und durch ihre innigen Beziehungen zu Regierungen und Regierungsparteien, aber auch die nicht unter ihrem Kommando arbeitenden Menschen unter ihre Botmäßigkeit bringen.

Darf für die Beherrschten der Begriff Konzern noch rätselhaft bleiben? Dürfen sie sich aber nur damit begnügen, ab und zu einmal Klarheit über irgend einen rätselhaften Begriff der kapitalistischen Wirtschaft zu erlangen? Nein, der arbeitende Mensch der Gegenwart, der in Gewerkschaft und politischer Organisation den Klassenkampf gegen den Kapitalismus führt, würde den Klassenkampf degradieren, wollte er sein Studium betreiben wie die Lösung eines Kreuzworträtsels!

Darum, ihr arbeitenden Menschen, ringt euch los von der anerzogenen Bescheidenheit, die schließlich zur Gleichgültigkeit führt! Folgt eurem Wissensdrang und erhebt immer lauter die Forderung:

„Mehr ökonomische Bildung!“

Her mit der Wirtschaftsdemokratie!

Die Programmforderung der Gewerkschaften, Durchführung der Wirtschaftsdemokratie, hat nicht nur durch die Ruhraussperrung an Bedeutung gewonnen. Der Verlauf der Wirtschaftskurve zeigt, daß das Unternehmertum als Wirtschaftsführer Bankrott gemacht hat. Trotz einer nach Tempo und Umfang beispiellosen Rationalisierung ist von einer Preissenkung nichts zu spüren. Im Gegenteil: es bedurfte harter Gewerkschaftskämpfe, um die Preissteigerungen durch Erhöhung der Löhne und Gehälter wieder auszugleichen. Daneben ist weder eine Stabilisierung der Wirtschaft, noch eine Herabdrückung der Arbeitslosigkeit gelungen. Wenn wir in Deutschland im Jahresdurchschnitt 1927 eine Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder von 9 % hatten, so sprach man schon von einer „Hochkonjunktur". Mit dieser angeblichen Hochkonjunktur ist es aber schon wieder vorbei! Ein derartiger Zustand zeigt, daß die Wirtschaftsführung nicht mehr die Fähigkeit besitzt, die Bedürfnisse der Gesamtheit zu decken, sondern vielmehr die Wirtschaft und die Volksgesamtheit mit unwirtschaftlichen, toten Ausgaben belastet und dadurch einen permanenten Notstand hervorruft.

Die Unternehmer lieben es, gegen die hohen Sozialla sten zu Felde zu ziehen. Sie haben offenbar nicht das Bewußtsein, daß ihr lautes Geschrei in Wirklichkeit eine laute Selbstanklage ist. Wodurch wachsen die Sozialla sten? Abgesehen von den Folgen der Inflation, die alles übertraf, was man jemals an wirtschaftlicher Unfähigkeit erlebt hat, werden die hohen Ausgaben für Arbeitslose, Invalide und Kranke hervorgerufen durch die permanente Wirtschaftskrise und durch das körperliche und seelische Elend, das diese Wirtschaftskrise über Millionen Menschen verhängt. Es liegt auf der Hand, daß auch der unterstützte Arbeitslose sich nur gerade so über Wasser halten kann und alle Ausgaben für Neuanschaffungen verzagen muß, auch solche für Schuhe und Kleider, die ihm und seine Familie von den Unbilden der Witterung schützen sollten. Dazu kommt die nagende Sorge, bald wieder Arbeit zu finden oder die Furcht, die Arbeit wieder zu verlieren. Die kürzer gewordenen Arbeitsperioden zwischen zwei Perioden der Arbeitslosigkeit reichen kaum zur Wiederauffüllung der Lücken, die während der Arbeitslosigkeit gerissen wurden.

Diese Tatsachen, die sich täglich wiederholen, müssen in das Bewußtsein der Oeffentlichkeit eingehämmert werden. Nur in dem Maße, in dem es gelingt, den Glauben an die Gottähnlichkeit des Unternehmertums zu erschüttern, wird es gelingen, die Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen. Damit ist auch gesagt, daß die Wirtschaftsdemokratie nicht von heute auf morgen verwirklicht werden wird, sondern daß wir auch hier nur schriftweise vordringen werden. Ohne genau festlegen zu können, wie der Weg verlaufen wird, ist es doch notwendig, entsprechend der Bedeutung der Ereignisse die Forderungen zu formulieren. Die erste Forderung muß die Kontrolle der Preisgestaltung sein, denn von dieser hängt die Kaufkraft der Massen und damit der Beschäftigungsgrad ab.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Preisgestaltung in erster Linie beeinflußt wird von der Rohstoffindustrie, weil dort die Konzentration des Kapitals so fortgeschritten ist, daß eine Kartellierung oder Vertrustung am leichtesten durchführbar ist. Die Kartellierung oder Vertrustung hat zur Aufgabe, die Hochhaltung der Profite, die Sicherung hoher Profite auch für technisch rückständige oder unwirtschaftlich arbeitende Unternehmen, ja darüber hinaus selbst für stillgelegte Unternehmen. Die Auswüchse kapitalistischer Konzentration sind bekannt aus dem Kali- und dem Kohlenbergbau, also gerade den Rohstoffindustrien, die unter öffentlicher Kontrolle stehen. — Diese Tatsache muß uns veranlassen, die Kontrolle der Rohstoffindustrien an bestimmte Voraussetzungen zu binden. Heute kommt die Kontrolle zu spät. Sie wirkt wie eine Profitgarantie des Kapitals, selbst dann, wenn dies Kapital unwirtschaftlich oder überhaupt nicht arbeitet. — Es muß also gefordert werden, daß sowohl die Neuanlage von Unternehmen als auch ihre Stillegung abhängig gemacht wird von der Zustimmung des öffentlichen Wirtschaftskörpers, in dem der Einfluß der Arbeiter und Angestellten wie der Regierung zu verstärken ist. Es ist weiter zu fordern, daß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretung ganz allgemein, besonders aber in den der öffentlichen Kontrolle unterstellten Industrien erweitert wird. Heute dient die Betriebsvertretung in der Hauptsache als Puffer zwischen Unternehmern und Beschäftigten Sie muß zum Arm der Belegschaft am Steuer der Wirtschaftsführung werden. Also nicht nur im Aufsichtsrat, auch im Direktorium muß die Belegschaft ihre Vertretung haben. Dieser Vertretung muß in den der öffentlichen Kontrolle unterstellten Industrie die Möglichkeit gegeben sein, gegen eine Entscheidung des Direktoriums an den öffentlichen Wirtschaftskörper zu appellieren. — Die Erweiterung des Einflusses der Betriebsvertretung muß aber auch gefordert werden für die öffentlichen Unternehmungen, die heute in Form von Aktiengesellschaften immer mehr sich der Kontrolle der Oeffentlichkeit entziehen. Am schlimmsten steht es in diesem Punkte mit der Reichsbahn, wo im Verwaltungsrat der Einfluß der Lieferanten und Konkurrenten der Reichsbahnbetriebe vorherrscht.

Diese Forderungen, deren Verwirklichung keine Lösung des Wirtschaftsproblems ist, sondern nur ihre Vorstufe, müssen jetzt verwirklicht werden. Es gilt immer wieder aufzuzeigen, daß die permanente Wirtschaftskrise nur beseitigt werden kann, wenn das kapitalistische Monopol der Wirtschaftsführung beseitigt wird. Es gilt aber auch das Verantwortungsgefühl der Arbeiterklasse zu wecken und zu stärken. Nur in dem Maße, in dem die Arbeiterklasse die Fähigkeit und den Willen hat, die Wirtschaft zu führen, wird sich die Wirtschaftsdemokratie und nach ihr der Sozialismus verwirklichen lassen!

J. Steiner-Jullien.

Der eiskalte Wasserstrahl.

Jede Rede erscheint eitel und nichtig, sobald die Tat ihr nicht Nachdruck gibt. Demosthenes.

Am Jahresanfang wurde die deutsche Oeffentlichkeit von einer Botschaft aus dem Ruhrgebiet überrascht. Die von der Industrie- und Handelskammer an der Ruhr herausgegebene Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung" brachte in Nummer 1 an leitender Stelle einen sensationellen Aufsatz. Von dieser maßgebenden Zeitschrift wurde nachdrücklich der Gedanke vertreten, daß es ein unbedingtes Muß der Unternehmer sei, durch Vermehrung und Verbilligung der Produktion allen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Unternehmer müßten eine eigene zielbewußte, wirtschaftliche Aktivität entfalten, indem sie jede Lohnforderung mit einer Senkung ihrer Preise beantworten. Das führe zu einer Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Kartelle und Syndikate hätten zur Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Tatkraft geführt, und es sei an der Zeit, daß die Privatwirtschaft diese Kartellkrücken abzuwerfen versuche.

Mancher der diesen Aufsatz gelesen, mußte sich erst mehrere Male vergewissern, ob er keinem Irrtum zum Opfer gefallen sei. Ausgerechnet die Lehrmeister der Kartelltheorie, die Praktiker des rücksichtslosen Monopolismus, ließen in ihrem Organ erklären, daß es besser sei, erhöhtes Risiko zu tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, um eine Gesundung der Wirtschaft von Dauer durchzuführen. Mit Recht war man gespannt, was nun folgen würde. Einige Nummern später kündigte das betreffende Organ an, daß einer der maßgebenden Männer, der Geschäftsführer der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Langnam-Vereins, Dr. Max Schlenker, zu diesem Thema das Wort nehmen werde. Dieser Aufsatz liegt nunmehr vor. Alle Blütenträume werden durch ihn zerstört. Alle schönen Hoffnungen werden durch diesen Aufsatz in einem Kübel eiskalten Wassers ertränkt. Man wird bei der Gegenüberstellung der zwei Ansichten aus dem gleichen Kreise an die Worte Fritz Reuters erinnert: „Abendred' und Morgenred' sünd tweierlei." Was hat Schlenker nun dem positiven Neujahrsprogramm der Zeitschrift „Ruhr und Rhein" hinzuzufügen?

Um es von vornherein zu sagen: in abgenutzten Redensarten wird alles das bestritten und als undurchführbar erklärt, was fünf Wochen früher als unbedingte Notwendigkeit einer dauernden Wirtschaftsgesundung bezeichnet wurde. Es sind olle Kamellen, die dort in einem langen Sermon hin- und hergewälzt werden. Schlenker freut sich über „den Idealismus und dem hoffnungsvollen Glauben an die Kraft des wirtschaftlichen Liberalismus", der in dem erstgenannten Aufsatz zum Ausdruck gekommen sei. „Es unterliegt theoretisch keinem Zweifel, daß die von der Selbstkostenseite her immer höher getriebenen Preise allmählich zu weitgehender Beschränkung des Absatzes und damit zur Minderung der Gesamterlöse der Wirtschaft führen müssen. Dieser Entwicklung gegenüber wäre es durchaus zu begrüßen, wenn es gelingen würde, die ständige Aufwärtsbewegung der Lohn- und Preisschraube zum Stillstand zu bringen, und allmählich durch Senkung der Selbstkosten und Senkung der Preise eine neue Konjunktur anzukurbeln, die Absatzmöglichkeiten zu erweitern und das Realeinkommen der breitesten Bevölkerungsschichten zu erhöhen."

Nachdem diese Erkenntnis ausgesprochen, läßt Schlenker die alte Walze von der „politisch überspannten Atmosphäre", von der „Interessenpolitik der Gewerkschaften" und der „staatlichen Lohnpolitik" ablaufen. Zum soundsovielten Male muß der Arbeitskampf in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie herhalten, um brüchige Schlußfolgerungen zu stützen. Nicht bei den Unternehmern, sondern bei den Gewerkschaften fehle es an der vernunftsgemäßen Gesinnung, um einer sachlichen Wirtschaftspolitik die Wege zu ebnen. Die Gewerkschaften seien es, „die nicht um der Wirtschaft willer, sondern zu Nutz und Frommen falschverstandener eigener Interessen seit Jahr und Tag eine Politik der Selbstkostenerhöhung vorwärtstreibe." Es sei ganz gleich, welche Politik die Wirtschaft (ließ die Unternehmer) verfolgen. „Immer wieder wird ihr vorgehalten, sie sei auf falschen Wegen." So und ähnlich tobt Schlenker sich aus.

Die Gewerkschaften hatten gerade angesichts der Neujahrsfanfare aus dem Ruhrgebiet ziemlich eindeutig erklärt, daß sie den dort empfohlenen Weg, durch Vermehrung und Verbilligung der Produktion zur Gesundung der Wirtschaft zu kommen, auf das lebhafteste begrüßen. Schlenker sagt hingegen, daß die Gewerkschaften der privaten Wirtschaft das Beschreiten falscher Wege vorwerfen. In den Redewendungen Schlenkers fehlt natürlich auch nicht das staatlich gebundene Schlichtungswesen. Er paukt darauf nicht schlecht herum. In dem früheren Aufsatz der „Ruhr und Rhein" wurde den Unternehmern empfohlen, den Gewerkschaften den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man durch Senkung der Preise eine Erhöhung des Reallohns herbeiführt. Es heißt dort: „Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preissenkung beschritten wird." Die Privatwirtschaft könne hierbei auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen: die öffentliche Meinung. Schlenker geht in seiner Betrachtung auf all diese Tatsachen nicht ein. Er bemüht sich mit allen möglichen Krümmungen und Wendungen, die Aussprache auf ein falsches Geleise zu schieben. Weil er sich nicht anders zu retten weiß, kommt er am Schlusse des Aufsatzes zu folgender Erklärung: „Ein Berufsstand (gemeint sind die Unternehmer) allein ist den großen Aufgaben unserer Zukunft nicht gewachsen. Die wirtschaftliche Wiedergeburt, die Erneuerung und Verjüngung unserer Wirtschaft und unseres Volkes, in realwirtschaftlichem und wohlverstandenem sozialen Geist, muß in breitester Front, von allen Schichten gemeinsam gegen alle wirtschaftszerstörenden Phantasmagorien errungen und erkämpft werden." Das verstehe, wer will! — Von Klarheit und Zielbewußtheit ist nichts zu merken. In dem ersten Aufsatz wurde zum Schluß erklärt. „Noch ist es der Privatwirtschaft möglich, ihr Schicksal selbst zu formen und zu gestalten; möge sie den Entschluß und die Kraft dazu finden, bevor die Entwicklung über sie hinwegschreitet. Es wird Zeit!" Man halte diese beiden Pointen gegenüber, und man wird erkennen, daß der Verfasser des ersten Aufsatzes in einem lichten Augenblick den richtigen Weg gefunden hatte, und der nächste nichts anderes zu tun wußte, als in gewundenen Eierlänzen klar ausgesprochene Gedanken zu verschleiern.

So endete ein gesunder Gedanke auf dem Misthaufen krasser Interessenpolitik. Den Scharfmachern des Ruhrgebiets war der Aufsatz in Nummer 1 der „Ruhr und Rhein" auf die Nerven gefallen. Deshalb fanden sie einen ihrer Besten aus, um den Drachen zu töten. Sie ahnten nicht, daß sie sich damit selbst ins Gesicht schlagen.

Die Sonderfürsorge für berufsmäßig Erwerbslose.

Das ist eine Sache, die zur Zeit die Gemüter der Bauarbeiter wohl am meisten erregt. Ich denke zurück an die Zeiten vor 1918. Damals war ich in Preußen Bürger 3. Klasse, weil mein Steuerzettel kein reichliches Einkommen auswies. Ob das Recht oder Unrecht war, mag heute gleichgültig sein; immerhin lag im Steuerzettel der Grund, um diese mindere Klassifizierung zu „rechtfertigen". Dieser Staat schuf auch die Grundlagen zu unserer Sozialgesetzgebung, und wenn darin unsere Wünsche noch lange nicht erfüllt sind, so fand doch der soziale Gedanke, wonach der Starke den Schwachen stützen soll, in ihr immerhin seinen Ausdruck. Wir haben in der Nachkriegszeit versucht, diese Gesetze in unserm Sinne auszubauen, wir haben neues dazu geschaffen und wenn heute noch manches faul ist, so haben nicht wir daran die Schuld.

Und nun das Arbeitslosenversicherungsgesetz! Wie stolz waren wir, als das Ding fertig war und wir sagen konnten, damit sei wiederum ein gutes Stück Sozialismus verwirklicht worden. Aber daß dieses Gesetz heute dazu hat herhalten müssen, uns Bauarbeiter wieder zu Staatsbürgern einer niedern Klasse zu degradieren, das hätte sich wohl keiner von uns damals träumen lassen!

„Ist ja garnicht wahr!" So höre ich die Befürworter der Ueberschrift dieses Artikels orakeln. „Wir wollten ja nur eine zu große Belastung der Fürsorge durch Euch beseitigen. Zudem werdet Ihr ja auch weiterhin unterstützt. Euer Kampf kann sich höchstens dagegen richten, daß die Sätze der Sonderfürsorge zu niedrig sind!"

Nein, meine Freunde, das stimmt so nicht. Das Ungeheuerlichste, was jemals in der Sozialgesetzgebung geschehen ist, ist doch wohl, daß man, nachdem man von einem Versicherungsträger die peinlichst genaueste Pflichterfüllung verlangt hat, ihn dann, wenn er seinen Anspruch geltend machen will, einfach vom Gesetz ausschließt und ihn seiner Rechte beraubt. Zur Entschuldigung wird gesagt: die Bauarbeiter zahlen 9 bis 10 % der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung, sie beziehen aber 22 oder gar 25 % der ausgezahlten Unterstützung. Das ist in der Tat ungeheuerlich! Diese Kerle verdienen im Sommer das viele Geld, und sobald es ein bißchen kalt wird, legen sie sich auf die Bärenhaut und holen sich vom Arbeitsamt die Pfennige anderer Leute, bis im Frühjahr die Sonnne wieder schön scheint. Und die andern 90 % der Versicherten, in der Hauptsache Fabrik-, Berg- und Hüttenarbeiter, müssen immer nur zahlen, sie bekommen gar keine Gelegenheit, erwerbslos zu werden und bekommen deshalb keinen Pfennig! Nicht wahr, so verhält sich die Sache doch? Jawohl, sie verhält sich so! Aber die Unternehmer zahlen doch schon allein 50 % der aufkommenden Gelder, folglich müßten sie auch 50 % der ausgezahlten Unterstützung verlangen dürfen. Dann erst wäre ja der soziale Gedanke richtig erfüllt. Verrückt, was? Ja, nach meiner Auffassung wäre das verrückt. Aber nicht nach der Logik der Befürworter der Sonderfürsorge! Wenden wir doch einmal diese Logik auf die Krankenkassen an. Ich armer Teufel bin jetzt rund 30 Jahre ununterbrochen Bauprolet, habe immer fleißig meine Krankenkassenbeiträge gezahlt, hatte aber noch nie im Leben das „Glück", mal einen Krankenschein mein eigen zu nennen. Jedoch mein Nachbar, dieser verdammte Kerl, feiert aller sechs Wochen mit seiner Ischias oder was er sonst noch hat, und holt sich mein Geld. Wieder Blödsinn, nicht wahr? Meiner Auffassung nach ja. Aber doch nicht nach der Logik jener Befürworter! Doch weiter: Ich bin unverheiratet, verdiene nicht mehr als mein verheirateter Nachbar, muß genau soviel Beiträge zahlen wie der, aber wenn es ans Unterstützungholen geht, dann bekommt dieser verdammte Kerl mit seinen drei oder vier Trabanten bald noch mal soviel als ich. Ist das recht oder unrecht, Ihr Befürworter der Sonderfürsorge?

Doch genug in diesem Ton. Ich will hier nur noch einer der Ursachen der großen Erwerbslosigkeit der Bauarbeiter gedenken. Vergleichen wir doch einmal die Zahlen der Erwerbslosenstatistik unseres Baugewerksbundes aus der Vorkriegszeit mit denen von heute. Wir finden auch damals in den Wintermonaten ein nicht unbedeutendes Ansteigen der Erwerbslosenziffern, aber selbst in den allerschlechtesten Baujahren nicht in einer derartigen Höhe wie heute. 50 und mehr Prozent Arbeitslose gab es damals im Winter nicht. Und der Grund? Bei halbwegs guter Bautätigkeit vermag das Baugewerbe im Sommer fremde Arbeitskräfte aufzunehmen. Deshalb holten sich unsere Unternehmer früher Leute aus Mussolinien, Slowakien, Holland und sonst wo her. Diese Leute

fuhren im Winter nach Hause und machten sich bei uns als Erwerbslose nicht bemerkbar. Heute ist es möglich, einen großen Teil der in der Berg- und Hütteninduftrie oder in andern Gewerben durch die Nationalisierung der Betriebe überflüssig gewordenen Arbeitskräfte anstelle jener Ausländer wenigstens im Sommer im Baugewerbe zu beschäftigen, nur mit dem Unterschied, daß es uns nicht möglich ist, diese Leute im Winter ins Ausland reisen zu lassen. So belasten sie heute die Erwerbslosenziffern der Bauarbeiter in der Skatistik der Arbeitsämter, womit nicht gesagt sein soll, daß dies an und für sich vom Uebel wäre. Es ist dem Baugewerbe glücklicherweise möglich, einem Teil berufsfremder Arbeiter im Sommer Beschäftigung zu bieten. Daß aber dadurch im Winter die Erwerbslosenziffern im Baugewerbe steigen, während andere Gewerbe entlastet werden, das wird niemand bestreiten wollen. Und hier haben wir einen nicht ganz unwichtigen Grund für das Mißverhältnis der Zahlen in der Erwerbslosenskatistik zwischen dem Bauberuf und andern Berufen! Unsere Versuche, es im Winter nicht mehr frieren und schneien zu lassen, haben bisher leider noch keinen Erfolg gehabt. Wie unsere Erwerbslosigkeit durch andere Mittel eingeschränkt werden könnte und warum dies nicht geschieht, ist im „Grundstein" schon beleuchtet worden. Es erübrigt sich, an dieser Stelle darauf einzugehen. Ich wollte nur beweisen, daß es vom sozialen Standtpunkt betrachtet eine Ungeheuerlichkeit ist, eine Gesetzesänderung rechtfertigen zu wollen, die ein großes Unrecht ist. Das dürfte gelungen sein.

H. Vogelsang, Oberhausen.

*

Fortgesetzt gehen uns aus unsern Mitgliederkreisen Entschließungen zu, in denen gegen das Ausnahmegesetz für die Bauarbeiter und andere „berufsübliche" Arbeitslose protestiert wird. Wir haben schon im „Grundstein" Nr. 5 eine Anzahl protestierende Baugewerkschaften und Zahlstellen aufgeführt, die ihre Empörung durch einstimmige Annahme von Entschließungen Ausdruck gegeben haben. Wir stellen nochmals fest, daß die Empörung über die Sonderbehandlung durch die staatliche Arbeitslosenunterstützung bei den Bauarbeitern allgemein ist. Außer den in „Aus den Baugewerkschaften" aufgeführten Protesten haben u. a. noch folgende Baugewerkschaften und Zahlstellen in gutbegründeten Entschließungen ihren Unwillen gegen das Gesetz zum Ausdruck gebracht: Sonneberg, Gelsenkirchen, Jüterbog, Reichenbach i. Vogtland, Mülheim-Oberhausen, Lünen, Aue, Itzehoe, Annen und Elmshorn. — Das Unrecht muß so schnell wie möglich wieder gutgemacht werden.

Ausbau der Invalidenversicherung.

Vorschläge der Gewerkschaften.

Am 21. Januar wandten sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der Deutschen Gewerkvereine mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister, in der sie ihm ihre Vorschläge zum Ausbau der Invalidenversicherung unterbreiteten.

In der Eingabe wird einleitend Bezug genommen auf Besprechungen, die im Vorjahre mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums gepflogen worden sind, und dann die wichtigsten Forderungen zum Ausbau der Leistungen wie folgt zusammengefaßt: 1. Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen, 2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 %, 3. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität, 4. Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach § 311 der RVO., 5. Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung. — Es sind ferner unter andern folgende Forderungen besprochen worden: Die Erhöhung des Grundbetrages der Renten und die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.

Der Eingabe wurde eine Begründung beigefügt, die wir auszugsweise wiedergeben: „Im Vergleich zu den Rentenleistungen in den niedrigen Beitragsklassen muß die Rentenversorgung in der höchsten Beitragsklasse, die 38 % aller Versicherten umfaßt, als vollkommen unzureichend angesprochen werden. Es handelt sich hierbei um höherentlohnte und hochqualifizierte industrielle Arbeiter vorwiegend in städtischen Bezirken mit teuren Lebensverhältnissen. Wir halten die Einführung einer höheren Versicherungsmöglichkeit für notwendig und nicht mehr länger aufschiebbar. Dazu schlagen wir den Aufbau ausreichenderer weiterer Lohnklassen mit entsprechend höheren Beiträgen vor. Es sind bei den heutigen Lohnverhältnissen in der Industrie und im Gewerbe mindestens Lohnklassen erforderlich von 36 bis 45, 45 bis 54, 54 bis 70 und über 70 *M*. — Zur Befürwortung der Forderung nach Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 % wird in der Begründung darauf hingewiesen, daß bei der für den Bezug der Rente notwendigen Zwei-Drittel-Invalidität große Härten unterlaufen, die zweifellos vermieden werden, wenn die Grenze herabgesetzt wird. Aeltere Arbeiter, die nach ihrer Arbeitsleistung mehr als zur Hälfte invalide sind, erhalten keine Rente, weil bei der heutigen Praxis der Versicherte nahezu vollständig arbeitsunfähig sein muß, bevor er Rente zugesprochen erhält. Diese mehr als halbinvaliden Arbeiter finden bei den heutigen intensiven Arbeitsmethoden, sofern sie arbeitslos werden, in den Betrieben kein Unterkommen mehr. Für sie zu sorgen, ist moralische Pflicht! — Bei der Herabsetzung der Invaliditätsgrenze auf 50 % könnte auch die Ausdehnung der Versorgung der Witwen auf die Durchführung eines Antrages im Reichstag beschränkt werden, der eine Gewährung der Rente für alle über 50 Jahre alten Witwen und für solche fordert, die minderjährige Kinder zu erziehen haben. Die danach nicht versorgten Witwen werden gleichfalls Rente erhalten, wenn sie 50 % statt bisher 66⅔ % erwerbsbeschränkt sind.

Unsere weitere Forderung auf Beseitigung der Kürzungsbestimmungen beim Zusammentreffen mehrerer Renten durch Streichung des § 1311 bringt keine finanzielle Belastung. Die Anwendung der Bestimmung führt zu Ungerechtigkeiten und wird in der versicherten Bevölkerung nur als Schikane empfunden. Wir bitten deshalb um Streichung des § 1311 RVO. — Bei der Forderung der Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung wird in der Begründung der Eingabe auf die starke Abwanderung von der Invaliden- zur Angestelltenversicherung hingewiesen, wodurch der Invalidenversicherung viele Beitragsmittel verloren gehen, was ihre Rentenleistung stark herabdrückt. Eine fortgesetzte einseitige Belastung erwächst der Invalidenversicherung nicht nur aus dem zurückgelassenen Rentenbestand, sondern auch aus der derzeitigen gesetzlichen Regelung der Ansprüche der Wanderversicherten und der jetzt dauernd zur Angestelltenversicherung übergegangenen einzelnen Versicherten. Diese Versicherten beziehen noch in den ersten 10 Jahren nach dem Ueberiritt im Invaliditätsfall Invalidenrente, wozu die Angestelltenversicherung nur 15% der dort geleisteten Beiträge als Steigerungssatz zahlt, weil in der Angestelltenversicherung die Invalidenbeiträge nicht auf die Wartezeit in Anrechnung kommen. Auch dieser Schutz der Angestelltenversicherung zu Lasten der versicherten Arbeiter läßt sich in keiner Weise rechtfertigen. Wir ersuchen dringend durch Aenderung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen eine gerechtere Verteilung der Lasten herbeizuführen. Würde die Invalidenversicherung nicht die der Angestelltenversicherung zustehenden Lasten zu tragen haben, und würden ferner die höheren Beitragsklassen in der Invalidenversicherung endlich eingeführt sein, so würden sich auch die von uns gestellten Forderungen auf Herabsetzung der Invalidengrenze und auf Gewährung von Renten an nichtinvalide Witwen tragen lassen.

Die Erhöhung des Grundbetrages der Renten kann unseres Erachtens zurückgestellt werden, weil mit einer allgemeinen Erhöhung des Grundbetrages der Renten der schwere Mangel des heutigen Systems nicht zu beseitigen ist. Die gleichmäßige weitere Erhöhung der Renten würde Ausgaben verursachen, die bei der notwendigen Sparsamkeit beim Ausbau der Leistungen noch zurückgestellt werden müssen, bis eine gerechtere Versorgung aller Arbeiterschichten erreicht ist. — Die Durchführung der Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze würde nach den vorliegenden Berechnungen der sozialpolitischen Bilanz vom Jahre 1927 allein eine allgemeine Beitragserhöhung um 50 % erfordern. Die mit der Gewährung von Renten an alle über 60 Jahre alten Arbeiter erhoffte wirtschaftspolitische Wirkung würde ausbleiben, weil die zu niedrige Rente keinen Rentenempfänger veranlassen kann, freiwillig auf verdienstbringende Beschäftigung zu verzichten und damit den jüngeren Arbeitern zur Entlastung des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze freizugeben. Solange nicht eine Erhöhung der Renten erreicht ist, muß die Forderung zurückgestellt werden. Gegenwärtig würde die Durchführung der Forderung nur die Wirkung haben, daß andere Leistungserhöhungen auf längere Zeit hinausgeschoben würden, weil die Mehrbelastung zu groß ist."

Erinnerung an eine Justizschande.

In diesem Monat sind drei Jahrzehnte vergangen, seit jenem Urteil des Dresdner Schwurgerichts, das unter dem Namen Löbtauer Zuchthausurteil in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist. — Im August des Jahres 1898 hatte der schwatzhafte Wilhelm II. bei einer Rede in Oeynhausen den „Schutz der Arbeitswilligen" gegenüber dem „Terrorismus" der Sozialdemokratie gefordert. „Wer andern an freiwilliger Arbeit hindert, soll mit Zuchthaus bestraft werden!" Das war für gewisse Herren bei der Justiz — und diese Sorte bildete wohl die Mehrheit — Befehl, allerhöchster Befehl! Deshalb regnete es im wilhelminischen Deutschland für geringste Vergehen Strafen: Gefängnis und Zuchthaus. Gar mancher wurde auch bestraft, trotzdem ihm gar kein Vergehen nachgewiesen werden konnte. Das ungeheuerlichste Urteil aber auf dem Gebiete der Klassenjustiz war das Urteil, das im Februar 1899 das Schwurgericht in Dresden fällte. Neun Bauarbeiter, die geglaubt hatten, in Wahrung berechtigter Interessen zu handeln, wurden insgesamt zu 53 Jahren Zuchthaus, acht Jahren Gefängnis und siebzig Jahren Ehrenverlust verurteilt. — Die Zuchthausstaat Wilhelms, des einstigen „Admirals des Atlantischen Ozeans" und späteren Ausreißers, war haßblühend aufgegangen.

Was hatten die Kollegen in Löbtau verbrochen, worin bestand ihr angeblicher Landfriedensbruch? Im Juli 1898 wurde auf einem Neubau in Löbtau das Richtfest gefeiert, wobei den Arbeitern Bier gespendet worden war. Als die Teilnehmer bereits in angeregter Stimmung waren, hörten sie, daß auf einem nahegelegenen Bau noch gearbeitet wurde. Es war acht Uhr abends. Entsprechend dem von den Dresdner Bauarbeitern nach schwerem Kampfe errungenen Zehnstundentag, hätte bereits um 6 Uhr Feierabend sein müssen. Die Verurteilten begaben sich deshalb zu dem Bau, um die dort arbeitenden Kollegen zu ersuchen, mit der Arbeit aufzuhören. Darüber kam es zwischen beiden Parteien zu einem lebhaften Wortwechsel. Der hinzugekommene Unternehmer Klemm beschimpfte die auf die Einhaltung der Arbeitszeit bedachten Arbeiter mit „Spitzbuben" und „Einbrecher". Als die Beschimpften ihrer erklärlichen Erbitterung ebenfalls in heftigen Worten Luft machten, lief Klemm nach der Baubude, holte einen Revolver und gab zwei Schüsse ab. Die Schüsse waren blind — wie sich später herausstellte —, aber die Angegriffenen glaubten, daß es sich um scharfe Schüsse handelte; sie glaubten auch einen ihrer Kameraden, der am Halse blutete, durch einen Schuß verwundet und fielen nunmehr über den Unternehmer Klemm hier. Zwei Poliere entrissen Klemm den Bauarbeitern. Die Verletzungen, die er durch die Schläge mit den Holzstücken sowie durch Fußtritte erhalten haben soll, sollen allerdings schwer gewesen sein. Aber schon nach einiger Zeit hat Klemm seine Arbeit auf dem Bau wieder aufgenommen.

Aus diesem Vorgang konstruierte der Staatsanwalt das Verbrechen des Landfriedensbruches und das Dresdner Schwurgericht folgte ihm. Aber das Schwurgericht sowohl als auch der Staatsanwalt hatten noch ein bischen, allerdings völlig degeneriertes Schamgefühl, und trauten sich nicht, die Anklage öffentlich zu vertreten und die Verhandlungen öffentlich zu führen. Selbst die Presse wurde ausgeschlossen! Mit Ausnahme der Urteilsverkündung — war die ganze Verhandlung von Anfang bis Ende geheim. Als wenn es sich um die gemeinsten Verbrechen gegen die Sittlichkeit oder gegen den Staat handelte!

In dem auf diese Art so wohltemperierten Schwurgerichtssaal fühlten sich die Geschworenen, Richter und Staatsanwalt wahrscheinlich sehr wohl und der Kritik entzogen. Die das Licht der Oeffentlichkeit scheuende versammelte Kaste aus dem wohlgenährten Bürgertum Dresdens, die nun über ehrliche Proletarier zu Gericht saß, verweigerte ihnen alle mildernden Umstände, die ihnen allein schon aus der Wahrung berechtigter Interessen zustand und fällte dann das fürchterlichste Klassenjustizurteil aller Zeiten, ein Urteil, das für einige der Verurteilten einem Todesurteil gleichkam. Hier die Namen der Opfer des Dresdner Geheimkonventikels und die Höhe ihrer Strafen: Bauarbeiter Paul Zwahr, 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Bauarbeiter Otto Schmieder 9 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Zimmerer Franz Moritz 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; die Zimmerer Gottlob Gedlich und August Wobs je 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; die Zimmerer Wilhelm Leiber und Robert Pfeifer je 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; die Zimmerer Heinrich Geißler und Theodor Hecht je 4 Jahre Gefängnis.

Zu solchen Schandurteilen konnte das Gericht nur kommen, weil es die elf völlig unbescholtenen Angeklagten des schweren Landfriedenbruchs und drei von ihnen des versuchten Totschlages beschuldigte Delikte, die, wenn das Gericht selbst an sie geglaubt hätte, von ihm auch in öffentlicher Verhandlung begründet worden wären. Aber dazu fehlte diesen selbstsatten Bürgern der Mut! Das sprachen damals selbst ein paar bürgerliche Zeitungen aus, allerdings nicht vom Schlage Hugenbergs. Daß das Gericht aus politischem Haß ein Klassenurteil gefällt hatte, bewies es selbst wenige Tage später, als es einen Gutsbesitzer, der einen lohnfordernden Arbeiter mit einer Heugabel getötet hatte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte. — Im Reichstag aber sprach der Scharfmacher Stumm geradezu sein Bedauern darüber aus, daß das Urteil gegen die Bauarbeiter nicht noch schärfer ausgefallen sei, und der sächsische Generalstaatsanwalt Dr. Rüger höhnte: „Den Bemühungen der Sozialdemokratie werde es nicht gelingen, zu erreichen, daß sich die Tore des Zuchthauses für die Verurteilten auch nur eine Viertelstunde früher öffnen werden."

So ist es denn auch „selbstverständlich" gekommen. Wir, die wir heute bewegten Herzens jener Opfer der Klassenjustiz, und mit ihnen aller übrigen Justizopfer gedenken, können leider diesen Worten nicht hinzufetzen: die Klassenjustiz ist tot. Nein, sie ist noch nicht überall tot. Sie lebt noch an vielen Orten. Wenn auch die Justiz nicht völlig unbeeinflußt geblieben ist von dem Geist, den man den neuen nennt, besonders auf dem Gebiet des Sozial- und Arbeitsrechts, so haben wir doch auch in der Republik schon viele Richtertypen kennengelernt, deren Urteile nicht unbeeinflußt sind, von der Klassen- und Rassenabstammung des Angeklagten. Solche Richter zu beseitigen, ist eine politische Aufgabe. Etwas anders hat sich erfreulicherweise stark geändert: Durch den Einfluß der Sozialdemokratie und ihrer Vertreter in den Regierungen, haben diese sehr oft von ihrem Recht der Amnestierung Gebrauch gemacht; so ist manches Klassenurteil wieder aufgehoben worden. Das ist der Ausdruck des Wachsens der politischen Macht der sozialistischen Arbeiterschaft. Wenn wir diesen Machteinfluß weiter stärken, und auch die Gewerkschaften immer stärker machen, dann handeln wir im Sinne jener Kameraden, die vor dreißig Jahren im Kampfe um die Aufrechterhaltung gewerkschaftlicher Erfolge die Opfer einer fluchwürdigen Klassenjustiz wurden.

Aus dem Saarland.

Im Saargebiet gibt es keine Arbeitslosenversicherung. Das spüren wir Bauarbeiter an unserm eigenen Körper sehr fühlbar. In der Arbeitslosenfürsorge geht es im Saargebiet nämlich nach Gunst, einen Rechtsanspruch gibt es nicht. Man sollte meinen, wenn man durch den „Grundstein" die Fortschritte unserer Kollegen im Reiche erfährt, daß das Saargebiet in der Entwicklung um 200 Jahre zurück sei. Zum Beweis dieser Behauptung möge nachstehender Vorfall dienen.

Gegen Mitte November wurde ich arbeitslos. Von der Not getrieben, ging ich zur saarländischen Arbeitslosenfürsorge und trug dem diensttuenden Beamten meine Bitte um Arbeitslosenunterstützung vor. Er musterte mich

Helft Unfälle verhüten!

Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften durch die Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W. 9.

sehr aufmerksam durch die Brille und dann erhielt ich den wohlwollenden Bescheid: „Euch Gipsern geht es nicht gut." Ich sagte dem Beamten, daß es mir nur auf die Arbeitslosenfürsorge ankomme, eine frohe Hoffnung auf die Zukunft hätte ich nicht. Ich erhielt dann einen Zettel mit dem Bemerken, mich nicht vor dem 4. Januar zu melden. Und dann war ich nach einigen Tagen auch schon im Besitze eines höflich gehaltenen Schreibens, dessen Inhalt war, meine Arbeitslosenunterstützung sei abgelehnt. Das war die fröhliche Weihnacht! Am 28. Dezember erfuhr ich, ein Gipser aus unserer Heimat habe sich zum Kolonnenführer heraufgerappelt, er suche 60 bis 80 Gipser nach dem Reich, und zwar nach Essen. Groß war die Freude, als wir unter der Zusage von Tariflohn und Arbeit eingestellt wurden. Die Abfahrt sollte am 3. Januar sein. Natürlich war uns gesagt worden, daß bei jedem Wetter gearbeitet werde. Nach langer Bummelzugtour langten wir dann abends 7 Uhr in Essen an. Am nächsten Tag ging es früh an die Arbeit. Das Wetter war „schön" kühl, aber helf' er sich. Wir halfen uns mit wenig Geld die erste Woche durch, und dann kam der Zahltag. Vom Freitag bis Mittwoch sind fünf Arbeitstage, und wir freuten uns auf den Lohn. Aber unser Kolonnenführer wollte nur drei Arbeitstage bezahlen. Da gab es natürlich Krach und Streit, und dann kam der hohe Befehl von der Firma, wir sollten wegen Frostes vorläufig aussetzen. Um „vorläufig" nicht noch mehr Schulden zu machen, fuhr ich jedoch mit gleichgesinnten Kollegen wieder nach Hause, und nun unterliegen wir wieder der „Musterarbeiterwohlfahrt". Ich schreibe dies, um den Kollegen im Reiche ein Bild zu geben von den Zuständen im Saargebiet.

Viktor Wolf, Gipser.

Die Höhe des Reallohnes in verschiedenen Ländern.

Das Wohl der Arbeiterklasse erfordert eine gleichmäßige Entwicklung des Reallohns in den miteinander konkurrierenden Industrieländern. Wenn auch die Löhne in allen Ländern aus den verschiedensten Gründen nicht gleich hoch sein können, so ist es doch auf die Dauer ein großer Schaden, wenn einzelne dauernd zurückstehen und infolge niedriger Löhne Dumping zu treiben vermögen. Es ist deshalb ein lobenswerter Versuch des Internationalen Arbeitsamtes, durch die Veröffentlichung einer Statistik die Höhe der Reallöhne vergleichsweise festzustellen. Der Reallohn entwickelte sich in den einzelnen Ländern folgendermaßen (Londoner Reallohn von 1924 = 100, Umrechnung der Nominallöhne nach dem Index der Nahrungsmittelpreise):

	1924	1925	1926	1927	1928		
		Juli			Jan.	April	Juli
Amsterdam . .	89	83	92	92	84	90	88
Berlin . . .	55	63	70	71	63	75	77
Brüssel . . .	59	54	48	50	47	52	57
London . . .	100	99	102	106	103	106	106
Mailand . . .	46	46	48	55	—	52	51
Paris	73	—	—	56	61	61	61
Philadelphia .	213	180	169	189	194	195	197
Prag	56	48	51	49	—	49	49
Rom . . .	46	45	44	46	47	45	48
Wien	47	42	44	43	48	47	47
Warschau . .	—	43	46	39	45	41	46

Die Zusammenstellung offenbart eine große Verschiedenheit der Löhne in den einzelnen Ländern. Die Reallöhne in Polen, Oesterreich, Italien und der Tschechoslowakei sind kaum ein Viertel so hoch als der in Philadelphia und erreichen den Londoner Reallohn ungefähr zur Hälfte. Auch die Löhne in Frankreich und Belgien sind sehr niedrig. Deutschland liegt ungefähr in der Mitte der niedrigen Löhne und des Londoner Normal-Indexes. Hier zu Lande wurde vom Jahre 1924 bis 1928 eine nicht geringe Steigerung der Reallöhne erreicht. Die Löhne der übrigen Länder sind ungefähr gleich geblieben. Der französische Reallohn zeigt von 1924 bis 1928 eine nicht unwesentliche Senkung. Auch die Prager Löhne zeigen sinkende Neigung. Es ist noch viel Arbeit notwendig, die teilweise sehr niedrigen Löhne einzelner Industrieländer auf eine vertretbare Höhe zu bringen. Auch den deutschen Gewerkschaften steht in dieser Beziehung, trotz der Erhöhung in den letzten Jahren, noch eine große Aufgabe bevor.

Die Weltteurungsverhältnisse.

Das Jahr 1928 brachte für die meisten Industrieländer eine gute Konjunktur. Aus diesem Grunde zogen verschiedentlich die Rohstoff- und die Fertigwarenpreise nicht unwesentlich an. Nachstehend bringen wir eine Zusammenstellung der Indexzahlen der Großhandelspreise auf Goldbasis berechnet. Danach haben sich die Preisverhältnisse in einigen Ländern folgendermaßen entwickelt:

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien	Holland	Schweden
Januar	138,7	141	124	123	153	148
April	139,5	143	127	122	153	151
Juli.....	141,6	141	127	121	148	150
Oktober . .	140,2	138	125	120	146	145
November ..	140,3	138	127	—	—	145

Trotz der der Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres innewohnenden Neigungen zu Preissteigerungen, haben sich diese nur in einigen Ländern durchgesetzt. In den meisten ist ein Rückgang der Preise eingetreten. Deutschland macht dabei eine Ausnahme. Die deutsche Preisentwicklung war nach oben gerichtet.

Elementargrundsätze unserer Bewegung.

Wenn wir auf unsere Mitgliederbewegung in den letzten Jahren zurückblicken, so können wir zahlenmäßig einen enormen Aufschwung feststellen. Dieser erfreuliche Zustand resultiert aus der regen Werbearbeit unserer Mitglieder und der wachsenden Erkenntnis, daß die freigewerkschaftlichen Organisationen eine zwingende Notwendigkeit für jeden Werktätigen zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen sind. Aber es darf nicht genügen, daß jeder Kollege pflichtgemäß seinen Beitrag abführt und auch mal eine Versammlung besucht. Angesichts des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungsganges ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir uns auch mit dem Wesen unserer Organisationen mehr vertraut machen und eindringen in die Materie des proletarischen Klassenkampfes. Es ist die historische Aufgabe der gegenwärtigen Generation, die Entwicklung der sozialistischen Bewegung zu beschleunigen und vorwärtszutreiben zum Wohle kommender Generationen.

In vier gewaltigen Heeressäulen stehen wir im Kampf gegen die privatkapitalistische Gesellschaft. In diesem Kampf geht es um ein freies Menschengeschlecht. Wir bekämpfen die privatkapitalistische Gesellschaft, weil sie ein Unrecht ist, weil lediglich nur eine Minderheit Nutznießer der menschlichen Arbeit ist, während die Masse des Volkes in Not und Elend dahinvegetiert. Gestützt auf die Lehren von Marx und Engels wollen wir eine Gesellschaftsform aufbauen, in der jedem die Möglichkeit gegeben ist, als Mensch zu leben.

Von jeher hat das Privatkapital in der organisierten Arbeiterbewegung eine Gefahr für seine Interessen erblickt. Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln wurde und wird versucht, den Siegesmarsch der organisierten Arbeiterschaft aufzuhalten. Jedoch dank der eisernen Entschlossenheit unserer großen Führer und unserer Väter und Brüder haben sich unsere Organisationen mehr und mehr entwickelt. Die Arbeiterorganisationen stellen heute im Staats- und Wirtschaftsleben einen Faktor dar, mit dem gerechnet werden muß, ohne den Staat und Wirtschaft nicht mehr lebensfähig wären. Zahlreiche Verbesserungen im Tarif- und im Arbeitsrecht und in der Sozialgesetzgebung, die Anzeichen für eine Schul- und Rechtsreform kennzeichnen die Stärke der organisierten Arbeiterschaft. In der Reichsregierung, den Länderverwaltungen und Kommunen stehen unsere begabtesten Kameraden an zum Teil führender Stelle, was sich naturgemäß auch für uns vorteilhaft auswirken muß. Was noch vor 20 Jahren in weiter Ferne lag, ist heute in greifbare Nähe gerückt. Dieses Bewußtsein stimmt uns hoffnungsfreudig und gibt uns die Gewähr, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wie aber die soziale Gestaltung der Dinge immer eine politische Machtfrage ist, so wächst auch mit jeder neuen Machtposition unsere Verantwortung, nicht nur der Köpfe an verantwortungsreicher Stelle, sondern auch der Gesamtbewegung. Unser alter Führer Bebel sagte einmal: „Voraussetzung zum Siege der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste, sondern die Zahl der klaren Köpfe und es starken Willens." Deshalb bedarf es, um das durch mühevolle, opferreiche Arbeit Errungene zu halten und darüber hinaus die soziale Gestaltung der Dinge mehr und mehr zu fördern, nicht nur der Arbeit einzelner, sondern der regsten Mitarbeit jedes einzelnen!

Und hier stoßen wir auf ein Problem, auf eines der wesentlichsten Kernstücke unserer Bewegung: das proletarische Erziehungs- und Bildungsproblem. Wie das Erziehungsproblem das Kernstück jeder Gesellschaftsstruktur und an gewisse Voraussetzungen gebunden ist, so auch das proletarische. Dank der Entwicklung unserer Bewegung haben wir jetzt Verhältnisse, in denen die Voraussetzung zur Lösung des proletarischen Erziehungsproblems gegeben ist. Ist nicht die elementarste Erziehungsfrage der Mensch, dieses edelste, vollkommendste Kunstwerk der Natur? Kommt uns da nicht zum Bewußtsein, wie brutal, wie rücksichtslos sich die privatkapitalistische Gesellschaft an der Menschheit vergeht, wenn blühende Menschenleben in elenden Wohnlöchern in erbarmungswürdigen Verhältnissen dahingemordet werden? Ist das die von Gott gewollte Ordnung? Nein und tausendmal nein! Diesen Zuständen müssen wir den schärfsten Kampf ansagen, weil sie von Natur aus unnatürlich sind! Und, lieber Kollege im Lande, wenn Du dann im Daseinskampf zu Deiner Organisation stößt, genügt es, daß Du ihr nur rein zahlenmäßig angehörst, sie nur als Instrument zur Wahrung Deiner wirtschaftlichen Interessen betrachtest? Organisation ist organisch zusammengefaßter Wille! Sie ist der Ausdruck des geistigen Verbundenseins, das den Sozialismus zum Evangelium erhebt! Und das bedeutet, daß wir uns freimachen müssen von jeder bürgerlichen Ideologie! Darüber hinaus müssen wir eindringen in die Zusammenhänge zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Staat und Wirtschaft, mit hohem Ernst aufklärend wirken, um allen unsern Verpflichtungen der Klasse der Unterdrückten gegenüber gerecht zu werden, um das sturmumbrauste Schiff durch Felsen und Klippen zu steuern, dem Endziel entgegen, das da bedeutet die geistige und materielle Befreiung des Menschengeschlechts!

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunklem Vergang'nen
Leuchtet die Zukunft hervor!

A. Herrmann, Spremberg.

„Irrwege deutscher Sozialpolitik."

„Die Krankenversicherung hat viele Volksgenossen unnötig krank gemacht, das Kranksein zum Beruf erhoben, die Invalidenversicherung viele Menschen vorzeitig arbeitsunlustig und damit arbeitsunfähig gemacht, die Unfallgesetzgebung Begehrungssucht, zerrüttenden Rentenkampf und Simulantenunwesen geschaffen." Mit diesen und noch schmeichelhafteren Worten, deren Sinn ist, daß die Arbeiterschaft sich aus ausgesprochenen Betrügern zusammensetzt, zog der praktische Arzt Dr. Link aus Danzig über die deutsche Sozialversicherung zu Felde. Aus seinem Kampf gegen die Sozialversicherung ist Herr Link ein reicher Mann geworden. Sein Buch, in dem er seine bombastischen Ansichten niederlegte, wurde in Tausenden von Exemplaren abgesetzt. Die Verhöhnung der Arbeiterschaft und die Herabsetzung der Einrichtungen, um deren Schaffung die deutsche Arbeiterschaft aufs schwerste gerungen hat und sich auch heute noch eifrig um ihren Ausbau bemüht, verwandelte sich für ihn in klingende Münze.

Seit dieser Zeit — es fehlte zwar auch vorher nicht an Angriffen gegen die Sozialversicherung, aber ganz besonders seit 1927 — wurde der Kampf von der Seite, die die Kapitalsinteressen vertritt, immer stärker. Link hatte doch Bomben-Argumente gegen die Sozialversicherung geliefert!

Aber ein noch stärkerer Kampf steht bevor. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, beabsichtigt Herr Hugenberg, der Diktator der Deutschnationalen, eine Offensive auf breitester Grundlage zu eröffnen. Das Material zu dem Kampf hat er sich bereits anfertigen lassen. Im Hugenbergschen Scherl-Verlag ist soeben ein 230 Seiten starkes Buch erschienen, das einen gewissen Gustav Hartz zum Verfasser hat, der sich obendrein auch als Arbeiter vorstellt. In diesem Buch sind alle nur erdenklichen Argumente gegen die Sozialpolitik zusammengetragen worden. Das reaktionäre Machwerk, das sich „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit" betitelt, ist wohl das Uebelste, was in den letzten Jahren im Kampfe gegen die Sozialpolitik im allgemeinen und gegen die Sozialversicherung im besondern zu Tage gefördert worden ist. Man könnte an dieser Neuerscheinung in der Kampfliteratur gegen die Sozialpolitik achtlos vorbeigehen, wenn sie sich nicht direkt an die Adresse der Arbeiter wenden und sich dabei gerissenster Demagogie bedienen würde. Hartz geht auf Gimpelfang aus. Dabei kommt es ihm natürlich auf ein paar Verzerrungen der Tatsachen nicht an. Sein Buch ist eine würdige Fortsetzung des Link'schen, nur mit dem Unterschied, daß es noch um 100 Prozent „revolutionärer" ist und gleichzeitig eine Patentlösung der sozialen Frage mit Gebrauchsanweisung liefert. Wer das Buch studiert, der muß sein Haupt beugen vor den weisen Vorschlägen, die den Arbeitern Erlösung aus sozialer Not verheißen. — Uebrigens, so sieht Hugenberg aus, daß ausgerechnet er den Arbeitern zur Lösung der sozialen Frage die Hand bietet. Die Vorschläge zielen alle darauf ab, die Arbeiter gegen die Sozialpolitik und gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Zwischendrein wird für das ideale kapitalistische System eifrig die Trommel gerührt. Für heute wollen wir nur einige der wichtigsten Stilübungen aus dem Hartz-Hugenbergschen Buch servieren, um ihr Ziel unsern Lesern vor Augen zu führen, damit sie all denen, die mit den Hugenbergschen Plänen Eingang unter die Arbeiterschaft finden wollen, gehörig auf die Finger klopfen können.

Die deutsche Sozialpolitik ist — nach Hartz-Hugenberg — auf einen völlig falschen Wege. Die Sozialgesetzgebung bedeutet keine Förderung, sondern eine „starke Behinderung der sozialen Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft." Wir laufen daher einem falschen Ideal nach. Es ist eine Freiheitsberaubung, „wenn man dem Arbeiter vorschreibt, wie, wann und wie lange er seine Arbeitskraft zu verwenden hat und man ihm einen Teil seines vorgeschriebenen Arbeitsverdienstes durch die Sozialversicherung enteignet". Jeder dem deutschen Arbeiter gebotene Mehrverdienst und jede dadurch gebotene Steigerung seiner Lebenshaltung sind ihm untersagt. Die Freiheit der „sozialen" deutschen Arbeitnehmerbewegung will es so. „Die Sozialversicherung beziehungsweise zwangsmäßige Beitragsleistung hat die deutsche Arbeiterschaft daran gehindert, etwas zurückzulegen, über das sie frei verfügen kann." Mit der ausgedehnten Sozialversicherung ist die deutsche Arbeiterschaft proletarisiert „und ihr Sparvermögen auf Nimmerwiedersehen sozialisiert worden."

Wer hindert den Arbeiter am sozialen Aufstieg? Nie und nimmer der Kapitalismus! Das allergrößte Hindernis zur sozialen Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterschaft ist der von den Marxisten jahrzehntelang betriebene Proletkult, „der es dem ehrlichen Deutschen geradezu zur Pflicht macht, nichts zu besitzen." Gewerkschaften und Marxismus haben die Proletarisierung unseres Volkes unterstützt. Nach Hugenberg ist die Sozialpolitik und die Sozialversicherung ein Weg ins dauernde Elend. Die Forderung der Gegenwart heißt daher: Abschaffung der Sozialversicherung! Als Rettungsmittel wird vorgeschlagen: An Stelle der Sozialversicherung soll ein staatliches Sparsystem treten, daß den Arbeiter zum Sparen des Verdienstes der 9. Arbeitsstunde verpflichtet. Die tägliche Arbeitszeit soll zu diesem Zweck wieder auf 9 Stunden erhöht werden. — Zwanzig und noch mehr Millionen Arbeiter und Angestellte fallen ständig dem Sozialversicherungsbetrug anheim. Sie müssen zwar immer fleißig Beiträge abführen, eine ersichtliche Hilfe wird ihnen aber bei den Wechselfällen des Lebens nicht zu teil. Die Sozialversicherung hilft nicht, sondern führt nur weiter ins Elend. Beim Sparsystem dagegen verfügt der Arbeiter über sein eigenes Kapital, das ihm bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Unfall usw. eine wirklich ausreichende Stütze biete. „Die Besitzlosigkeit der Massen hat die sozialen Spannungen herbeigeführt, das Gegenteil nur kann sie mildern." Aber der Weg zur Lösung der sozialen Spannungen heißt nicht Sozialismus, er heißt auch nicht „Mitbesitz der Arbeitnehmer an den Sachgütern der Wirtschaft, sondern er heißt: Eigenbesitz für jeden Deutschen!"

Also des Rätsels Lösung ist gefunden! Jeder Deutsche, jeder Arbeiter sein eigener Kapitalist. Durch Sparzwang! Wirklich eine famose Lösung der sozialen Frage! Dazu noch propagiert von Vertretern des kapitalistischen Systems. Die ganze Sache muß demnach für die echten Kapitalisten ungefährlich sein. Sie ist es auch! Das Ganze ist nichts anderes, als ein raffinierter Köder, mit dem man die Arbeiterschaft einfangen will. Hinter dieser Patentlösung der sozialen Frage steckt die große Angst der Kapitalisten. Sie sehen, daß das Ende ihrer ungeteilten Herrschaft herannaht. So soll durch das Zwangssparsystem der Arbeiter zum Arbeiterkapitalisten gemacht werden. Gelingt dies, dann glaubt man die kapitalistische Herrschaft gesichert. Stolz läßt Hugenberg verkünden: „Das wird das Ziel der sozialen Revolution sein: Die Schaffung des Sozialkapitalisten!"

Hugenberg hat falsch spekuliert! Die deutsche Arbeiterschaft denkt nicht daran in aller Ewigkeit, sich um den Ertrag ihrer Arbeit prellen zu lassen. Der Kampf der Arbeiterschaft gilt nach wie vor dem kapitalistischen System! Auch noch so schöne, vom Kapitalismus ausgeklügelte Patentlösungen der sozialen Frage, werden die Arbeiterschaft nicht von dem Kampf um ihre endgültige Befreiung vom kapitalistischen Joch abbringen. Die Losung heißt heute wie morgen: Gegen den Kapitalismus — für den Sozialismus!

Aus der sozialen Bauwirtschaft

Die Zahl der im Dezember 1928 in den sozialen Baubetrieben Beschäftigten betrug 15 446 gegen 12 792 im Dezember 1927. Im Dezember 1928 wurden rund 2600 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahr. Der im Dezember aufgetretene Frost hat sich demnach noch nicht so stark wie in den Vorjahren bemerkbar gemacht. Ueber die Beschäftigung in den einzelnen Verbandsbezirken unterrichtet die folgende Aufstellung:

Bezirk	Zahl der angeschlossenen Betriebe	Dez. 1927 Angestellte	Dez. 1927 Arbeiter	Zahl der angeschlossenen Betriebe	Dez. 1928 Angestellte	Dez. 1928 Arbeiter
Ostpreußen	12	47	436	11	47	844
Berlin	24	232	2832	23	278	3562
Schlesien	15	91	1114	13	86	1302
Mitteldeutschland	20	124	2108	14	124	2222
Nord	31	146	1340	31	138	2181
West	23	141	1572	21	122	2439
Hessen	7	46	741	7	46	672
Süd	17	107	1687	13	83	1253
Verband sozialer Baubetriebe	1	28	-	1	45	2
Zusammen	150	962	11830	134	969	14477
Insgesamt		12792			15446	
Jeder Betrieb beschäftigte im Durchschnitt		7	81		7	108
Zusammen		88			115	

Aus der Sozialgesetzgebung

Aus der Tätigkeit der Innungskrankenkassen. Wir haben schon mehr als einmal Kritik an der Geschäftsführung von Innungskrankenkassen üben müssen. Auch heute liegen wieder eine Anzahl Fälle vor, die zeigen, welches soziale Verständnis bei den meisten Innungskrankenkassen herrscht. — Ein Oberversicherungsamt hat kürzlich die Krankenkasse einer Maurerinnung schließen müssen, weil bei dieser Zwergkasse noch Beitragsrückstände aus den Jahren 1926 und 1927 vorhanden waren. Ein Unternehmer hatte im Jahre 1927 überhaupt keine Beiträge gezahlt. Bezeichnend ist ferner, daß bei der Kasse in der Zeit vom März 1925 bis Oktober 1927 weder eine Vorstandssitzung, noch eine Sitzung des Kassenausschusses abgehalten worden ist. Um das Maß vollzumachen, war in der letzten Zeit nicht einmal ein Geschäftsführer der Kasse vorhanden, so daß die Mitglieder nicht einmal wußten, an wen sie sich zwecks Erlangung der ihnen zustehenden Leistungen wenden konnten. Trotz der haarsträubenden Zustände hat es ziemlich lange gedauert, bis die Aufsichtsbehörden eingegriffen haben. — Durch Beschluß des Thüringischen Ministeriums des Innern und Wirtschaft vom 21. August 1928 ist die Fleischerinnungskasse in G. geschlossen worden. In der amtlichen Begründung heißt es: Die Kassen- und Rechnungsführung bei der Innungskrankenkasse ist nicht ordnungsmäßig, sondern äußerst mangelhaft. Anläßlich einer Revision wurde festgestellt, daß die Kasse den Anforderungen einer auch nur einigermaßen ordnungsmäßigen Geschäftsführung nicht entsprach. Die Einnahme- und Ausgabebuchungen waren mangelhaft. Ein Krankenbuch wurde nicht geführt, ebensowenig Nachweise über die für die Kasse tätigen Aerzte, über das Vermögen und über die Gebrauchsgegenstände. — Bei einer andern Innungskrankenkasse waren die selbständigen Meister in der Lohnklasse für Lehrlinge versichert. Dies bedeutet, daß die Meister auf Kosten der versicherten Gesellen der Innungskrankenkasse angehören. — Die Tischlerinnung in Hannover verschickte im Juli 1928 folgendes Rundschreiben an ihre Mitglieder: „Bekanntlich tritt am 1. August 1928 für die Mitglieder unserer Innung die Innungskrankenkasse in Kraft. Um zu vermeiden, daß die Kasse von vornherein bereits mit schon bestehenden Krankheitsfällen belastet wird, empfehlen wir unsern Mitgliedern, alle die Arbeitnehmer, die zur Zeit wegen Krankheit nicht beschäftigt werden, aber sonst im Arbeitsverhältnis stehen, zu entlassen. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß den Arbeitnehmern sämtliche Papiere zugestellt werden. Eine Härte gegenüber dem erkrankten Arbeitnehmer ist dieses Vorgehen nicht, da er in diesem Falle während der Dauer seiner Krankheit weiter Mitglied der Ortskrankenkasse bleibt und von dieser auch seine Unterstützung erhält. Selbstverständlich steht einem späteren Wiedereintritt des Arbeitnehmers bei seinem bisherigen Arbeitgeber nicht das geringste im Wege." — Interessant ist auch folgendes Schreiben, das ein Innungskassenmitglied an eine Ortskrankenkasse richtete: Ich war vom 1. Juni 1927 bis 31. März 1928 in W. beschäftigt und mußte meine Stelle aufgeben. Nahm aber nach 7 Wochen wieder eine Stelle an und blieb dort bis kurz vor meiner Niederkunft. Da eine Entbindung zu Hause nicht möglich war, mußte ich ins Krankenhaus. Nach Entlassung wandte ich mich an meine Innungskasse mit dem Antrag auf Unterstützung. Diese wies mich jedoch mit dem Bemerken ab, ich wäre nur kurze Zeit bei ihr Mitglied gewesen und sollte mich deshalb an meine vorige Kasse wenden. — Diese Beispiele zeigen, von welcher „Leistungsfreudigkeit" diese Innungskrankenkassen beseelt sind. Es kommt ihnen nicht darauf an, den erkrankten Mitgliedern zu helfen, sondern nur einzig darauf, Geld zu sparen und „billig" zu wirtschaften. Dasselbe geht auch aus folgender Anfrage einer Innungskrankenkasse hervor: „Bei Aufnahme von Mitgliedern in unserer Kasse ist es üblich, daß sich dieselben einer ärztlichen Untersuchung über ihren Gesundheitszustand unterziehen müssen. Es liegt dafür ein Versammlungsbeschluß vor. Es ist nun wiederholt vorgekommen, daß die Dienstmädchen nach einigen Monaten infolge Schwangerschaft ihre Dienststellen verlassen, so daß einwandfrei feststeht, daß die Schwangerschaft schon vor dem Antritt der Dienststelle begonnen hatte. Da hierdurch die Kasse schon öfter große Kosten hatte, bitten wir um Auskunft, ob wir berechtigt sind, eine Voruntersuchung in dieser Hinsicht zu fordern." — Daß eine Innungskasse über so wenig Gesetzeskenntnisse verfügt, daß sie überhaupt eine derartige Frage stellen kann, ist an und für sich schon bezeichnend. Aus all den Beispielen geht wieder einmal mit aller Deutlichkeit hervor, welche Vorteile die Versicherten von den Innungskrankenkassen zu erwarten haben. Es wird wirklich höchste Zeit, daß derartige „Sozialversicherungsträger" so bald wie möglich geschlossen werden.

Die Krankenversicherung. Die jetzt vom Reichsstatistischen Amt nach den vorläufigen Angaben veröffentlichte Statistik der Krankenversicherung für das Jahr 1927 zeigt folgende wichtige Ergebnisse: Die Gesamtzahl der Krankenkassen hat sich im Berichtsjahr weiter verringert. Die der allgemeinen Wirtschaftslage (Uebergang vom Kleinbetrieb zum leistungsfähigeren Großbetrieb, Verringerung der örtlichen Entfernungen durch Verkehrsverbesserungen, Eingemeindungen) entsprechende Zentralisation im Krankenkassenwesen schreitet allmählich fort. Um so auffälliger ist die Zunahme der Innungskrankenkassen, mit deren Gründung die besonderen wirtschaftspolitischen Tendenzen gewisser Handwerkerkreise verfolgt werden, ohne Rücksicht auf Zweckmäßigkeit und Leistungsfähigkeit der betreffenden Zwergkassen. Die Zahl der Versicherten hat im Berichtsjahr um 4 % zugenommen. — Da der Krankenstand, das heißt die Zahl der erwerbsunfähig Erkrankten ständig etwas größer war als im Vorjahre, sind die Ausgaben nicht nur im Verhältnis zur Versichertenzahl sondern auch im Verhältnis zur Einnahme gestiegen. Die Verwaltungskosten betrugen dabei nur 6,5 % der Gesamtausgabe. Für Behandlung erkrankter Mitglieder durch approbierte Aerzte wurden 247,3 Millionen verausgabt, für Zahnbehandlung 52,2 Millionen, für Arznei und sonstige Heilmittel 152,6 Millionen, für Krankenhauspflege 182,7 Millionen, für Krankengeld einschließlich Haus- und Taschengeld 545,4 Millionen, für Familienkrankenhilfe 174,1 Millionen, für Wochenbeihilfe 72,5 Millionen Mark. Eine weitere Steigerung der Ausgaben ist vorauszusehen, weil der Krankenstand im Jahre 1928 noch ungünstiger erscheint als im Vorjahre. Ueber die Ursachen der wachsenden Erkrankungshäufigkeit sind die Meinungen sehr geteilt. Ein wesentlicher Grund dürfte darin zu suchen sein, daß mit der Rationalisierung der Wirtschaft die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des arbeitenden Menschen, besonders an das Funktionieren seines Nervensystems, gewachsen sind, daß auch eine verhältnismäßig leichte Erkrankung heute daran hindert, diesen Anforderungen zu genügen und damit zur Arbeitsunfähigkeit führt. Das laufende Band oder entsprechende Betriebseinrichtungen, die Tempo und Arbeitsmenge dem Arbeitenden zwingend vorschreiben, führen dazu, daß jede zeitweilige Verminderung der Arbeitsfähigkeit praktisch der Arbeitsunfähigkeit gleichzuachten ist.

Wer unsern Bund stärkt, stärkt sich selbst!

Für die Woche vom 11. Febr. bis 17. Febr. ist der 8. Bundesbeitrag für 1929 zu zahlen.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind in **Burtehude** das Baugeschäft Sörensen, in **Delmenhorst** die Baustelle F. Mahlert und in **Segeberg** die Firmen Meyer und Stuhrwoldt. Gesperrt sind die Abbrucharbeiten der Firma Holländer aus Aachen auf der Pulverfabrik **Troisdorf** bei **Bonn.**

Fliesenleger: Zuzug nach **Rostock** ist fernzuhalten. Gesperrt ist in **Halle** das Fliesengeschäft Albert Schütze & Co.

Töpfer: In **Oldenburg-Ostfriesland,** mit den Städten **Emden, Oldenburg, Vegesack** und **Wilhelmshaven** streiken die Ofensetzer. In **Zeitz** sind die Ofensetzgeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme gesperrt, in **Strasburg i. U.** wegen Lohndifferenzen das Ofensetzgeschäft Richard Kleinschmidt, in **Burg bei Magdeburg** Uhlemann.

*

Stralsund. Die Firma Liebsch ist zahlungsunfähig. Der Lohn ist von ihr nur mit Hilfe der Gerichte in weiten Zeiträumen zu erlangen. Wer bei der Firma Arbeit annimmt, tut es auf eigene Gefahr.

Aus den Baugewerkschaften

Augsburg. (Jahresbericht.) Das Jahr 1928 hat uns manche Enttäuschung gebracht. Man hoffte allgemein auf eine gute Baukonjunktur. Das war eine falsche Ansicht. Im ganzen Jahre hatten wir arbeitslose Facharbeiter. Mußte doch in 852 Fällen für 19 412 Tage Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden gegenüber 597 Fällen im Jahre 1927. Der milde Winter hatte zwar zur Folge, daß eine größere Zahl von Kollegen in Beschäftigung war, aber als die eigentliche Bautätigkeit beginnen sollte, da fehlte es an Arbeit. Wenn nicht mehrere Industriebauten zur Ausführung gekommen wären, hätten wir wohl eines der schlechtesten Jahre über uns ergehen lassen müssen. Trotzdem wäre im Oktober die Baukätigkeit zum Stillstand gekommen, wenn nicht mit vieler Mühe ein größeres Herstbauprogramm als sonst zur Ausführung gebracht worden wäre. Im Tiefbau wurden eine ganze Reihe von Kanalbauten ausgeführt. — Obwohl die Baukätigkeit nicht gut war, wurde doch die Agitation an vielen Baustellen lebhaft betrieben, so daß 906 Neuaufnahmen erzielt werden konnten. Leider gab es auch manche Baustelle, wo nichts gemacht wurde, zumal kein Delegierter zu finden war. Es waren wohl auch Delegierte vorhanden, aber sie waren es nur dem Namen nach. Hätten alle ihre Pflicht getan, dann wäre der Erfolg noch besser gewesen. — Die Lohnbewegung konnte mit einiger Befriedigung erledigt werden. Die Maurer erhielten 8 ₰ und die Hilfsarbeiter 7 ₰ Lohnerhöhung. Für die Fliesenleger wurde der abgelaufene Vertrag mit Verbesserungen erneuert und der Stundenlohn um 8 ₰ erhöht. Bei den Glasern mußte, um etwas zu erreichen, der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung des Stundenlohns um 6 ₰ brachte. Der abgelaufene Vertrag für die Ofenformer wurde verbessert, neu abgeschlossen und der Stundenlohn für Ofenformer um 10 ₰, für Hilfsarbeiter um 7 ₰ erhöht. Die Bau-Werkmeister bekamen eine Wochenlohnzulage von 5 ℳ, Stukkateure und Isolierer eine Lohnzulage entsprechend dem Tariflohn der Maurer. — Die Reineinnahme für die Hauptkasse betrug 97 126,05 ℳ. Für die Lokalkasse wurden mit Kassenbestand 47 398,21 ℳ eingenommen und 35 228,05 ℳ ausgegeben, so daß ein Kassenbestand von 12 170,16 ℳ verbleibt. An Unterstützungen kamen 54 081,40 ℳ zur Auszahlung. — Das neue Jahr hat uns anscheinend einen anhaltenden Winter gebracht. Was es uns noch weiter bescheren wird, ist ungewiß. Wenn die Tarifverträge abgelaufen sind, werden wir mit Lohnkämpfen rechnen müssen. Darum frisch ans Werk! Helft alle mit, unsere Organisation auszubauen! Führt den letzten Mann unserm Bunde zu, dann können wir mit aller Ruhe in die Zukunft blicken!

Brandis. In der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde einleitend des verstorbenen Kollegen Max Schilde gedacht. Der Vorsitzende gab darauf einen Bericht über das verflossene Jahr und bezeichnet es als befriedigend. — Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wieder- und als Revisor ein Kollege neu hinzugewählt. Es wurde beschlossen, am 20. April des 25jährige Jubiläum der Baugewerkschaft zu feiern. Die Vorarbeiten zu diesem Fest wurden einer Kommission übertragen. Eine eingehende Aussprache rief das Gesetz über die berufsübliche Arbeitslosigkeit hervor. In einer Entschließung wurde schärfster Protest gegen das Gesetz erhoben und seine Beseitigung verlangt.

Burg b. Magdeburg. Am 22. Januar hielten wir unsere übliche Monatsversammlung ab. Vom Bezirksvorstand war Kollege Thiele anwesend, der über die Sonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslose berichtete. Alle Beschwerden unserer Kollegen, der Bundesvorstand habe nicht den nötigen Druck ausgeübt, wurden als unrichtig klargestellt. In der Aussprache wurde noch bekanntgegeben, daß die meisten Kollegen zu Unrecht in die 9. Unterstützungsklasse eingereiht sind. Es ist Pflicht, daß diese Kollegen einen neuen Antrag stellen, der den Wochenlohn bei 48stündiger Arbeitszeit enthält, um in die 10. Klasse eingereiht zu werden. — Thiele hielt darauf einen Lichtbildervortrag über Bauarbeiterschutz und zeigte dann noch einige humoristische Lichtbilder, was den Beifall der Versammlung fand. — Zum Schluß wurde noch ein Dringlichkeitsantrag angenommen, wonach 7 Kollegen, die von der Wohlfahrt Unterstützung erhalten, je 20 ℳ aus der Lokalkasse bekommen. — Der Versammlungsbesuch war sehr gut. — Kollegen, so muß es in jeder Versammlung sein; denn nur durch enges Zusammenarbeiten können wir unsere wirtschaftliche Not beheben. Im kommenden Frühjahr darf es keine Unorganisierten mehr auf den Baustellen geben!

Dessau. Unsere Vertreterversammlung war vollzählig beschickt. Ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die schwere Schädigung, die ein Unwürdiger uns zugefügt, durch eifrige Mitarbeit bald überwunden sein wird. Auch die Nachbarbaugewerkschaften hatten Gäste entsandt. Der Jahresbericht beschränkte sich darauf, festzustellen, daß die Mängel im Baudelegiertenwesen, insbesondere die Durchführung des § 6 unseres Reichstarifvertrages, noch sehr im Argen liegt und wir bestrebt sein müssen, das Versäumte nachzuholen. Seit November wurden am Arbeitsgericht 33 Klagen anhängig gemacht, davon 7 für Lehrlinge. Scharf protestiert wurde gegen die „Sonderfürsorge". Es ist notwendig, die Gesamtarbeiterschaft auf die Gefahren dieses kalten Abbaues hinzuweisen. — Die Gesamteinnahme der Baugewerkschaftskasse einschließlich des übernommenen Bestandes betrug im Vorjahre 25 773,01 ℳ, die Ausgabe einschließlich des Verlustes von 1330,13 ℳ insgesamt 18 532,87 ℳ. Unsere Kasse weist 7240,13 ℳ auf gegenüber 3465,61 ℳ am Jahresschluß 1927. Der Mitgliederbestand beträgt 997; neu eingetreten sind 370 Mitglieder; zugereist und übergetreten 201; der Abgang betrug 326; somit verblieben am Jahresschluß 1242 Mitglieder. Als stellvertretender Kassierer wurde Stellbogen gewählt. Für die zurückgetretenen Revisoren wurden Legler, Ribeau und Lorenz, Roßlau, gewählt. Damit ist auch dem Wunsche Rechnung getragen, die auswärtigen Zahlstellen an der Verwaltung stärker zu beteiligen. Im übrigen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. — Einmütig forderte die Vertreterversammlung, daß bei den Tarifverhandlungen nun endlich unsere immer wieder zurückgestellten bekannten Forderungen erfüllt werden. Sollte das Unternehmertum „Hugenbergsche" Richtlinien verfolgen, nun gut, die hiesigen Bauarbeiter sind zum Kampf bereit!

Eichstätt. In der Generalversammlung am 13. Januar berichtete Geiger, daß sich seit der Neugründung der Baugewerkschaft bis zum 2. Vierteljahr die Mitgliederzahl von 28 auf 80 erhöhte. Am Jahresschluß waren 69 Mitglieder vorhanden. Die Bautätigkeit war bis zum Spätherbst gut. — Den Kassenbericht erstattete Fürsich. Erfreulich ist, daß die Baugewerkschaft in ihrem kurzen Bestehen einen Kassenbestand von 151 ℳ angesammelt hat. Die Revisoren bestätigten die einwandfreie Buchführung und Verwaltung, worauf dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt wurde. Obwohl von der Baugewerkschaft Ingolstadt ein Kollege freigestellt war, der sich besonders der Notstandsarbeiter bei den Altmühlregulierungsarbeiten annehmen sollte — es kamen etwa 1000 Arbeiter in Betracht — ist es nicht gelungen, sie als Mitglieder zu gewinnen. Die Maßnahmen des Bundesvorstandes, die zur Aufteilung der Baugewerkschaft Ingolstadt führten, haben sich als richtig erwiesen. — Unser Jugendleiter Schäffler brachte die freudige Mitarbeit der Jugendkollegen zum Ausdruck. Ihre Modelle und Zeichnungen fanden allgemeine Anerkennung. Das Vertrauen zur bisherigen Verwaltung wurde durch ihre Wiederwahl bestätigt. (Fortsetzung der Berichte Seite 60.)

AUS DEM ARBEITSRECHT

Haftung des Unternehmers für sicheres Aufbewahren von Fahrrädern der Arbeiter.

In einem Urteil vom 10. Juli 1928 — Nr. 10 S. 119/28 — hat das Landesarbeitsgericht Hannover beachtliche Grundsätze zu der alten Streitfrage aufgestellt, wie weit der Unternehmer verpflichtet ist, zur sicheren Aufbewahrung von Fahrrädern seiner Arbeiter während der Arbeitszeit Unterstellräume zur Verfügung zu stellen und die Unterstellung der Fahrräder durch besondere Sicherungsmaßnahmen zu sichern. Die wichtigsten grundsätzlichen Feststellungen des Urteils, die allerdings teilweise umstritten sind, sind folgende: 1. In der Tatsache, daß der Unternehmer seinen Arbeitern zur Unterstellung von Fahrrädern einen Aufbewahrungsraum zur Verfügung stellt, liegt noch nicht der Abschluß eines besonderen Verwahrungsvertrages im Sinne des § 688 des Bürgerlichen Gesetzbuches, so daß zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern die für Verwahrungsverträge geltenden gesetzlichen Haftungsgrundsätze im allgemeinen keine Anwendung finden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Unternehmer bei der Ueberlassung von Unterstellräumen ausdrücklich eine Haftpflicht abgelehnt hat. 2. Dagegen ist der Unternehmer nach den Grundsätzen von Treu und Glauben verpflichtet, seinen Arbeitern zur sicheren Aufbewahrung der Straßenkleider, Fahrräder usw. ausreichend sichere Aufbewahrungs und Unterstellräume zu überlassen. 3. Welche Sicherungsmaßnahmen im einzelnen erforderlich sind, richtet sich nach der Größe und der Art des Betriebes und nach den Diebstahlsgefahren. In größeren und unübersichtlichen Betrieben kann zu den notwendigen Sicherungsmaßnahmen auch die Einführung eines Markensystems oder die Stellung eines besonderen Wächters gehören. 4. Die Haftung des Unternehmers für Schäden wegen Nichtbereitstellung genügend sicherer Unterbringungsräume kann jedenfalls nicht soweit ausgeschlossen werden, als den Arbeitern durch einen solchen Ausschluß eine sichere Unterbringungsmöglichkeit genommen ist. — Im einzelnen verdienen aus der Entscheidungsbegründung folgende Ausführungen Beachtung: „Durch die Aussagen der Zeugen .. steht fest, daß der Kläger sein Fahrrad in der Nacht . . . in dem von der Beklagten ihrer Belegschaft zur Unterbringung der Fahrräder zur Verfügung gestellten Schuppen in das in diesem Schuppen eingebaute Gestell mit einem Schloß angeschlossen hat. Das Fahrrad ist in dieser Nacht entwendet und der Kläger fordert von der Beklagten Schadenersatz. Ein Verwahrungsvertrag im Sinne des § 688 BGB. liegt auch nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts nicht vor. Die Beklagte will ihren Arbeitnehmern lediglich eine Aufbewahrungsgelegenheit zur Benutzung überlassen, die eingestellten Fahrräder werden ihr nicht übergeben, und die Beklagte will nicht deren Aufbewahrung übernehmen. Das geht aus den von der Beklagten aufgestellten Tafeln, wonach sie eine Gewähr für Aufbewahrung der Fahrräder ausdrücklich ablehnt, hervor. Beim Fehlen eines entsprechenden Vertrages kann Kläger aber Rechtsansprüche aus § 688 BGB. nicht herleiten. — Eine andere Frage ist die, ob die Beklagte aus dem Arbeitsvertrage verpflichtet ist, für die Sicherung der unterstellten Fahrräder Sorge zu tragen. Das ist nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts der Fall. Zwar ist in den §§ 618 BGB. und 120 GO. nur bestimmt, daß der Dienstberechtigte verpflichtet ist, Räume usw. so einzurichten und zu unterhalten, daß die Dienstverpflichteten gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind beziehungsweise, daß die guten Sitten und der Anstand der Arbeitnehmer gewahrt werden. Eine Ausdehnung dieser Vorschriften auf andere Schäden erscheint nicht ohne weiteres angängig. Aber die recht zahlreiche Belegschaft der Beklagten — etwa 500 Mann — kommt unstreitig zum großen Teile aus entfernten Orten zur Arbeitsstelle. Der Beklagten ist bekannt, daß ein großer Teil der Belegschaft, mehrere Hundert, Fahrräder und zum Teil auch Motorräder benutzt und benutzen muß, um sich die arbeitsfreie Zeit nicht erheblich zu verkürzen. Die Beklagte muß deshalb nach den Grundsätzen von Treu und Glauben auch für verpflichtet erachtet werden, nach Möglichkeit für eine sichere Aufbewahrung der Fahrräder zu sorgen, und einen dazu geeigneten Raum zur Verfügung stellen. Das folgt aus ihren Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage. — Der Umfang der Verpflichtung des Arbeitgebers in einem derartigen Falle bestimmt sich, wie das Arbeitsgericht zutreffend hervorhebt, nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte, das heißt der Raum muß die Fahrräder gegen Witterungseinflüsse schützen und eine Gewähr bieten, daß nicht jeder „Unbefugte" oder daß nicht Arbeitskollegen mit Leichtigkeit die unterstellten Fahrräder entwenden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Belegschaft, die ihre Fahrräder mit Wissen und Willen der Beklagten in dem von der Beklagten zur Verfügung gestellten Raum unterstellt, während der Arbeitszeit überhaupt nicht in der Lage ist, eine Kontrolle über die Fahrräder auszuüben. In welcher Weise der Arbeitgeber derart untergestellte Fahrräder sichert, ob, wie das in großen Betrieben vielfach geschieht, durch Ausgabe von Marken oder durch Anstellung eines Wächters gegen Erhebung einer mäßigen Gebühr oder in sonstiger Weise, kann ihm überlassen bleiben, aber jedenfalls muß die Unterbringung mindestens einigermaßen sicher sein. —

Arbeitergeld
gehört in die
Arbeiterbank!
Auskunft erteilen alle Ortsausschüsse des ADGB.

Hiergegen hat die Beklagte nach der Ueberzeugung des Landesarbeitsgerichts gefehlt. Sie hat zwar in dem innerhalb des Werks liegenden Schuppen ein Gestell angebracht, an dem Fahrräder angeschlossen werden können, aber dieses Gestell reicht, soweit sich daran Ketten zum Anschließen befinden, zum Unterstellen der Fahrräder nicht aus. Im übrigen ist zumal nachts weder die auf das Werk führende Tür verschlossen, noch ist der Schuppen selbst verschließbar, so daß es, wie die Zeugen . . . bekundet haben, eine Kleinigkeit ist, Räder zu entwenden. Der Fahrradschuppen ist von dem Pförtner nicht zu übersehen, auch hat der Pförtner namentlich nachts noch den Wachdienst und muß Patrouillen gehen, so daß er nicht imstande ist, in irgend einer auch nur einigermaßen sicheren Weise einen Diebstahl aus dem Fahrradschuppen zu verhindern. Der Kläger seinerseits hat, wie die Zeugen . . . bekundet haben, sein Fahrrad . . . mit einem Schloß, das er selbst besaß, angeschlossen; er hat seinerseits also das getan, was er nach den von der Beklagten getroffenen Vorrichtungen tun konnte.

Das Landesarbeitsgericht ist danach im Gegensatz zu dem Arbeitsgericht der Ueberzeugung, daß die Beklagte durch die Zurverfügungstellung des fraglichen Raumes wegen seiner großen Unsicherheit, die auch der Beklagten nicht unbekannt geblieben sein kann, an sich für den Verlust des Fahrrads des Klägers haftbar ist. — Fraglich aber könnte sein, ob die Beklagte durch die Anbringung der drei Schilder, auf denen sie eine Gewähr für Aufbewahrung der Fahrräder ausdrücklich ablehnte, von der Haftbarkeit entbunden ist, weil die Arbeitnehmer trotz dieser Schilder die Räder untergestellt haben, und daraus auf eine vertragliche Ausschließung der Haftung der Beklagten zu schließen ist. Auch diese Frage hat das Landesarbeitsgericht verneint. Denn die Arbeitnehmer sind gezwungen, sich mit den von ihrem Arbeitgeber getroffenen Einrichtungen für Aufbewahrung von Gegenständen abzufinden, und haben keine Möglichkeit, ihrerseits den Arbeitgeber zur Bereitstellung von wirklich geeigneten Gegenständen zu zwingen. Sie haben, wie erwähnt, auch keine Möglichkeit, sich selbst um die Sicherheit ihrer Fahrräder zu kümmern, weil sie bei der Arbeit beschäftigt sind, während ihre Fahrräder für sie sehr wertvolle Gegenstände bedeuten. Wenn unter Berücksichtigung dieser Umstände ein Arbeitgeber trotz der Bereitstellung ungeeigneter Aufbewahrungsräume durch Schilder seine Haftung ablehnt, so verstößt das gegen die guten Sitten (§ 138 BGB.) und ist wirkungslos. — Nach alledem hat das Landesarbeitsgericht die Beklagte für verpflichtet erachtet, dem Kläger den durch den Diebstahl seines Rades entstandenen Schaden zu ersetzen."

Der Unternehmer ist nicht berechtigt, einen Diebstahlsverdacht in das Zeugnis aufzunehmen, wenn der Arbeiter verlangt, daß das Zeugnis auf Führung und Leistung zu erstrecken ist.

Ein Chauffeur bei dem bekannten Zeitungskonzern August Scherl, Berlin, wurde entlassen, weil gegen ihn ein Diebstahlsverdacht schwebte. Auch ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft war anhängig, wurde jedoch mangels Beweises eingestellt. Im Zeugnis brachte die Firma zum Ausdruck, daß der Arbeiter entlassen werde, weil gegen ihn der Verdacht des Diebstahls vorgelegen habe. — Wegen dieses Zeugnisses erhielt der Arbeiter keine Stellung. Den ihm dadurch entstandenen Schaden klagte er nun ein und siegte bei sämtlichen Instanzen. — Das Reichsarbeitsgericht — Urteil vom 17. November 1928, RAG. 127/28 — führte grundsätzlich aus, daß der Unternehmer nicht berechtigt ist, im Zeugnis einen Diebstahlsverdacht aufzunehmen, weil dies Treu und Glauben widerspreche. In das Zeugnis dürften nur Tatsachen aufgenommen werden, der Verdacht sei aber keine solche Tatsache. Zudem lasse die Aufnahme dieser Verdachtsklausel im Zeugnis erkennen, daß der Unternehmer den Arbeiter des Tatbestandes auch für fähig halte. Dadurch würden dem Arbeiter schwere Hindernisse für sein Fortkommen bereitet, so daß das Verhalten des Unternehmers gegen Treu und Glauben verstoße.

Schließt schriftliche Lehrverträge ab! Wiederholt werden uns Fälle mitgeteilt, wo ein Rechtsanspruch des Lehrlings nicht geltend gemacht werden kann, weil kein schriftlicher Lehrvertrag vorliegt. Nach § 126b der Gewerbeordnung ist der Lehrvertrag 4 Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abzuschließen. Aus nur mündlich vereinbarten Lehrverhältnissen kann kein Rechtsanspruch geltend gemacht werden, vor allem dann nicht, wenn das Lehrverhältnis vor der verabredeten Zeit sein Ende findet. Paßt also dem Unternehmer nicht die Zahlung des tarifvertraglichen Lohnes an den Lehrling, so wirft er ihn beim Nichtvorliegen eines Lehrvertrages auf die Straße. Der Lehrling hat dann keinen Rechtsanspruch. Es heißt im § 127f der Gewerbeordnung ausdrücklich: Erreicht das Lehrverhältnis vor Ablauf der verabredeten Lehrzeit sein Ende, so kann von dem Lehrherrn oder von dem Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung nur geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist." —

Jeder sollte daher auf den schriftlichen Abschluß eines Lehrvertrages dringen. Wenn Lehrverträge auch noch in manchen Gegenden des Reiches nicht üblich sind, so sollten sie dennoch gefordert werden. Die Unternehmer können dann auch entsprechend der im Lehrvertrag übernommenen Pflichten auf die ordnungsgemäße Ausbildung des Lehrlings hingewiesen werden. Wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen so sind sie zu verklagen. Das ist aber nur bei schriftlich abgeschlossenem Lehrvertrag möglich.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 21. Januar 1929.

Bezirksverband	Anzahl der Baugewerkschaften: insgesamt	Anzahl der Baugewerkschaften: berichtet haben	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos: Mitgliederzahl am Wochenschluß	Maurer	Zementierungs- und Betonarbeiter-maurer u. Helfer	Polier, Schachtmeister	Reinemachearbeiter	Bauhilfsarbeiter, Arbeiter, Heizer	Steindruckgruppe u. Hilfsarbeiter	Glaser	Ofensetzer	Ofenheizer	Schreibmaschinen-Arbeiter	Steinhauer-arbeiter	Tischlerhilfs-arbeiter	Fliesenleger	Fliesenleger und Helfer	Stein-, Asphalt- und Helfer	Bau-, Reine-, Bementwaren-, Terrazzoarbeiter	Asphaltbauer	Pflasterer	Betriebsgerüstbauer	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Arbeiter bei Erdarbeit	Maneure	Rohrleger	Brunnenbauer	Lehrlinge	Weibliche Mitglieder	insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl 21.1.	14.1.
Königsberg	7	7	15745	5338	4	191	69	123	5	2	—	246	—	—	12	4	—	—	24	—	—	6	4956	8	1865	57	—	232	6	809	—	13942	88,5	87,5
Danzig	1	1	3387	763	—	1	11	11	10	—	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	755	13	425	—	—	—	—	15	—	2036	60,1	60,8
Stettin	64	64	14935	6995	16	129	61	118	170	4	8	254	—	—	19	13	—	—	1	—	—	—	3259	5	1223	—	—	6	2	828	—	13111	87,5	84,2
Breslau	43	43	41448	12504	13	414	129	271	43	42	29	263	67	3	52	53	13	1	25	—	—	—	9312	176	1853	—	—	2	1	2095	32	28393	68,5	66,3
Berlin	66	66	50354	13525	14	129	432	32	564	261	37	774	2	—	52	73	12	23	13	504	—	—	8138	—	1465	9	—	—	39	1198	5	27301	54,2	54,0
Magdeburg	41	41	28591	9989	22	112	31	47	22	28	12	78	13	—	11	10	19	—	—	—	—	19	3371	—	773	—	—	—	—	971	—	15528	54,3	48,6
Erfurt	40	40	19668	9006	32	123	76	5	147	87	12	50	1	—	23	11	10	—	12	34	—	—	4140	1	228	—	2	—	—	1013	—	15013	76,3	75,4
Frankfurt	17	17	34759	11274	26	83	266	312	565	31	—	10	—	—	—	88	4	5	18	43	—	10	7561	368	2143	28	—	8	2	650	—	23495	67,6	66,9
Köln	14	14	20092	3473	18	65	285	291	952	8	2	4	3	—	—	67	8	11	513	96	—	5	4514	108	952	1	—	—	1	208	—	11585	57,7	56,7
Dortmund	14	14	23309	4124	57	55	225	219	434	2	2	8	—	—	1	67	27	1	—	82	—	11	4029	229	1121	—	—	—	—	395	—	11089	47,6	48,0
Hannover	48	48	26235	9134	85	155	49	70	94	9	2	12	—	16	—	23	8	5	36	—	—	—	4978	7	967	—	—	—	—	1137	2	16789	64,0	62,4
Bremen	28	28	14940	3665	14	70	54	150	41	—	—	7	—	—	1	18	—	—	—	—	4	—	3049	12	1089	—	—	—	—	353	—	8527	57,1	56,2
Hamburg	66	66	31636	8320	6	80	47	243	374	88	7	138	—	—	1	124	13	3	40	44	64	—	5090	—	2381	—	—	—	4	399	—	17466	55,2	53,5
Rostock	60	60	8095	3277	10	46	1	—	5	1	7	37	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	1096	—	379	—	—	—	1	521	—	5993	74,0	72,2
Dresden	33	33	67232	19919	14	372	332	75	134	167	64	300	30	—	58	39	11	9	4	171	—	—	15885	14	1287	—	1	—	6	2636	30	41558	61,8	59,8
Nürnberg	29	29	16686	4296	34	63	46	33	711	8	82	53	—	1	26	69	9	—	—	—	—	—	4673	27	450	28	—	6	5	333	—	10955	65,7	64,4
München	33	33	15042	2952	4	54	26	16	65	13	5	43	3	1	4	15	4	2	4	14	—	9	3426	26	859	56	9	6	2	194	2	7814	51,9	50,7
Stuttgart	15	15	9222	2075	11	36	99	18	146	—	—	3	—	—	—	98	22	26	8	—	—	—	1891	77	790	10	4	—	—	154	—	6778	73,5	72,4
Karlsruhe	10	10	15744	5678	12	110	127	100	997	4	6	7	9	28	8	70	12	—	16	—	—	15	2691	289	436	—	13	3	—	315	—	10946	69,5	61,6
Zusammen	629	629	457171	137307	392	2288	2366	2139	6789	755	275	2319	128	49	280	842	172	86	714	988	68	75	93416	1360	20686	169	29	263	66	14224	71	288319	63,07	61,26
Zusammen vorige Woche	631	631	457276	133319	269	2170	2293	2279	6403	740	252	2165	138	49	267	759	157	80	653	970	66	73	91090	1389	20518	159	27	240	67	13481	74	280147	—	—

Für Heim und Familie

Den Nörglern und Spaltern.

Max: „Na, etwas hätten wir ja mit der Lohnbewegung erreicht. Die Hälfte unserer aufgestellten Lohnforderungen hat unsere Gewerkschaft herausgeholt."

Der Radikale: „Das ist was rechtes! Wenn unsere Organisation verhandelt hätte, so wäre das Resultat entschieden besser! Wir würden mit den schärfsten Mitteln so lange kämpfen, bis unsere Forderung restlos bewilligt ist! Aber die Bonzen wissen ja nicht, wie groß die Not unter den Arbeitern ist!"

Max: „Daß die Not unter uns groß ist, wissen auch unsere Führer. Sie weilen ja genug unter uns. Aber eine Frage: Warum verhandelt Ihr nicht?"

Der Radikale: „Wir sind eben noch zu schwach; wir haben noch nicht die große Mitgliederzahl der Gewerkschaften."

Max: „Warum habt Ihr denn noch nicht soviel Mitglieder?"

Der Radikale: „Weil die Arbeiter von Euch eingeseift werden und Ihr noch am alten klebt. Ihr seid doch nur Unterstützungsvereine!"

Max: „Nun höre mal zu: Du meinst, der Arbeiter wäre so dumm, daß er sich einseifen läßt; das glaubst Du wohl selbst nicht. Wenn wir 30 ₰ die Stunde mehr verlangen, so fordert Ihr 1 ℳ. Folglich müßten Euch doch die Mitglieder in unzähligen Scharen zulaufen; denn Ihr fordert ja mehr! Und wir könnten dann unsere Gewerkschaften auflösen. Jeder Arbeiter müßte sich doch sagen: Donnerwetter, 1 ℳ die Stunde mehr! Das sind Kerle! Ich glaube, selbst dem indifferentesten Arbeiter müßte da einleuchten, daß Ihr „besser" seid als wir. Aber die Sache hat einen Haken. Die Arbeiterschaft hat zu Euch kein Vertrauen. Ihr habt nur den großen Mund. Ihr fordert viel, weil Ihr keine Verantwortung habt und weil Ihr Eure Forderung nicht zu vertreten braucht. Sollt Ihr sie aber mal vertreten, dann werft Ihr Euch in die Brust und sagt: Wir sind noch nicht stark genug, um unser Programm durchzusetzen. Das fördert bei denkenden Arbeitern nicht das Vertrauen, und man nimmt Eure Grüppchen nicht mehr ernst. Also von der Seite klappt es nicht mit dem Einseifen. Das ist der Haken!"

Die Glocke ertönt. Die Pause ist um.

Der Radikale: „Mit Euch kann man ja über derartige Angelegenheiten überhaupt nicht reden!"

Sprach's und stapfte an die Arbeit.

F. Stabler.

Was ist Vaterland?

Von Felix Riemkasten.

Einst gab es eine Zeit, da war Vaterland das Land der Väter, der Boden, auf dem der Freie arbeitete und an dem er gerne hing, das Land der Väter, das nun sein Land war und auch der Kinder Land noch bleiben sollte. Es trank seinen Schweiß und gab ihm sein Brot. Der Mensch jener Zeit begriff vollkommen, was sein Vaterland ihm war.

Eine andere Zeit kam. Da war Vaterland das Besitztum des Fürsten, verteilt als Gnadengabe und Dienstlohn an seine Kriegsmannen, bevölkert und beackert von untertänigen Gutsbauern. Das Vaterland konnte als Mitgift weggeheiratet und zugeheiratet werden, es war verschenkbar und war gar nicht Vaterland, sondern Fürstenland. Es gab auch keine Bürger des Landes, sondern nur Untertanen des Fürsten. Der Fürst war eben der Fürst — — Er. Ihm. Von Gottes Gnaden.

Später hieß Vaterland die wirtschaftliche Einheit, Macht und Ausdehnungsfähigkeit des Landes, Schiffe, Aktien, Fabriken, Armee. Die Machtmittel und Anrechte des Staates wuchsen, fremde Konkurrenz wurde geschlagen. Dies alles hieß: das Vaterland gedeiht. Das Kapital gedieh. Ein paar Strahlen Sonne fielen auch auf die Arbeiter. Aber die Mächtigen badeten in wahren Fluten von Sonnenschein.

Wenn sie die Kräfte der Nationen schärfer anspannen wollen, um neue Schiffe, Aktien, Fabriken und Einflußbereiche zu gewinnen, so rufen sie nicht: Kapital! Sondern sie rufen: Vaterland!

Wir wollen da aber nicht mehr folgen. Sondern Vaterland soll sein Bruderland! Es wird nicht mehr angehen, Arbeit unter den gewohnten Bedingungen billig zu erlangen und davon reich zu werden, während Tausende bescheiden danken, und sich dumm vertrösten lassen. Die Welt braucht viel Zeit, um dieses Neue zu lernen. Dann aber beginnt eine neue Zeit. Wenn man dann die Zahl 10 teilt, so liegen auf beiden Seiten je 5. Heute heißt es: mir 8, dir 2 nebst Vaterland.

Zur Reichsunfallverhütungswoche.

Muß das sein?

Muß das sein, daß an der alten Kiste
Stets ein rostiger Nagel stecken bleibt,
Der sich dann, als ob das so fein müßte,
Später mal in deinen Finger treibt?
Muß das sein, daß immer jede Leiter
Wacklig steht, als litte sie an Gicht,
Oder daß den Rohrstuhl usw.
Du besteigst, wo man die Beine bricht?

Muß das sein: die Türen schallend werfen,
Jeder zarten Rücksichtnahme fremd,
Daß es einem schadet an den Nerven
Und dem anderen die Finger klemmt?
Muß es sein, das Zigarettenrauchen
Beim Sortieren von Papier und Lumpen,
Oder wenn wir grad den Tankschlauch tauchen,
Um Benzin ins Auto einzupumpen?

Muß das sein, daß die Bananenschale
Man zum Stolpern auf die Erde streut,
Was ein anderer im Hospitale
Vierzehn Tage lang im Bett bereut?
Muß das sein, beim edlen Autosausen
In der Kurve links (statt rechts) zu fahren
Und dabei — der Anblick schon zeugt Grausen —
Hundertkilometertempo wahren?

Muß das sein, daß gern unausgeschaltet
Starkstrom bleibt, woran man repariert?
Muß das sein, daß offen und veraltet
Wunden bleiben, wo Verband gebührt?
Muß das sein, daß in der Kitteltasche
Eine Feile spitzenaufwärts steckt?
Greift zur Tasche deine Hand, die rasche —
Ha, dein Puls erschimmert blutbefleckt!

Muß das sein? Auf diese Fragen alle
Heißt die Antwort: „Nein und dreimal nein!"
Doch vernehmt, in manchem andern Falle
Heißt die Antwort: „Ja! Dies muß wohl sein!"
Hört mir zu! Von diesen andern Fragen
Steht nun gleichfalls eine Reihe da.
Wollt ihr ihnen rechte Antwort sagen,
Tönt es: „Ja und ja und dreimal ja!"

Muß das sein, daß jeder schwimmen lerne,
Weil uns dann bei Not die Rettung nah?
Welcher Mitmensch, welcher zeitenferne,
Riefe da nicht: "Ja und dreimal ja!"
Muß das sein, daß Radeln oder Rudern
Jeder lernt, der Möglichkeit ersah?
Daß man turnt, statt seine Zeit verschludern?
Das muß sein, jawohl und dreimal ja!

Lehret euren Körper die Gewandtheit,
Daß des Zufalls Ungunst ihr bezwingt!
Macht euch auch die Regeln zur Bekanntheit,
Wie man Hilfe bei dem Unfall bringt!
Muß das sein? Mit lautem, festen Klange
Schallt das „Ja"! Und wenn ihr danach tut:
Erstens lebt ihr dann noch mal so lange,
Zweitens lebt ihr dann noch mal so gut!

Gustav Hochstetter.

Die Nachhut.

(Aus dem empfehlenswerten Anti-Kriegsbuch: „Von Verdun bis Stinnes", von E. P. Hiesgen, Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf.)

Keim- und knospenbrechend zieht mit uns der Frühling über die Höhen und durch die Schluchten der Champagne. Zu Blütenwogen steigen Blütenberge meilenweit. Bis zur Erschöpfung saugen wir unsere Lungen voll von Blütenaroma, der wie aus Weihrauchkesseln aus den Tälern steigt.

Der Marschschritt der Kolonnen dröhnt gewitternd durch den Mai.

Wie sich vielbeinige, behaarte Raupen von Zweig zu Zweig zum Blütenherzen hinbewegen, so kriechen vielbeinige Kompanien mit geschulterten Gewehren von Waldkuppe zu Waldkuppe in die blühenden Dörfer der Champagne.

In einem halbverlassenen Dorfe beziehen wir Quartier. Und wieder ist es eine Schule, in deren Kassenzimmer unsere Kompanie sich teilt.

Die schwarze Tafel lehnt als Zielscheibe in der Ecke. Ein Kruzifix hängt an der Wand. Fliegen paaren sich selig summend auf dem Leib des Herrn. Der rostigrote Ofen steht uns an, als ob er Pult und Bänke aufgefressen hätte. —

Wir stehen zum Dienststeinteilen auf dem Hof. Der Schulhof ist von einer Himbeerhecke eingezäunt. Dahinter liegt die Baumblüte in einem weiß-summenden Meer. —

„Hinter die Himbeerhecke bauen Sie die Latrine!"

„Zu Befehl, Herr Feldwebel!"

Acht Leute rennen zum Gerätewagen, kommen mit Spaten, Hacken und Axten zurück.

Nach zehn Minuten liegen sechs blühende Apfelbäume zu Pfählen und Pfosten geglättet und gespitzt.

Dann stechen wir den Grundriß der Latrine im Rasen ab. Beim ersten Spatenstich zerstört der Spaten einen Flaschenhals.

Es riecht nach Veilchen, es duftet nach Erdbeeren, nach Aepfeln, und beim zweiten Spatenstich plumpst es im Gras, als wenn ein Sektpfropfen aus einer vollen Flasche knallte. — Und eine goldene Quelle sprudelt schäumend hoch!

Neun Nasen schnüffeln wie Hunde im Dreck!

„Wein? — — —

„Sekt?" — — —

„Das ist Champagner!" — — —

Hat schon jemand gesehen, wie schnell man in die Erde kommt, wenn es nach Sekt und Champagner riecht? —

Nach fünf Minuten öffnet sich ein Massengrab von 48 goldplombierten Champagnerflaschen. Jeder probiert... ein Zungenschnalzen geht von Mann zu Mann.

Unter den 48 Flaschen blinzelt die zweite, dritte vierte, fünfte Reihe.

Vor den Hyänen der Etappe wird die Kostbarkeit eiligst im Garten unter altem Laub versteckt.

Vier Leute schleppen, vier buddeln in die Erde hinein.

„Noch sieben Flaschen, dann sind fünfhundert voll!" lacht einer und wischt sich den Schweiß vom Mützenrand — da hören wir den Leutnant hinter der Himbeerhecke nach dem Durchgang schreien.

Der Leutnant hat sich durchgezwängt, und hinter ihm kriecht auch der „Spieß".

Ich springe dem Leutnant entgegen und melde in strammer Haltung, dabei eine Flasche präsentierend: „Siebte Korporalschaft beim Latrinenbau!"

Der Leutnant staunt. Er springt gleich an den Grubenrand und äugt hinab: „Die Flaschen schaffen Sie sofort ins Offizierskasino!"

Dann reicht er dem Feldwebel die Flasche zum Entkorken. Die beiden ziehen mit beiden Nasenlöchern die wunderbare Blume ein, und der Herr Leutnant läßt einige Tropfen auf den Finger laufen, leckt und schmatzt und fährt sich mit der Zunge durch das Maul, hebt den Wein gegen das Licht und trinkt und trinkt... wie eine Schiffsschaukel fliegt sein Kehlkopf auf und nieder...

Dem Feldwebel sträuben sich dabei die Schnurrbarthaare. Auch er probiert und schlägt zu jedem Schluck den Takt mit seinen Augenwimpern...

„Das ist noch lange nicht das Gros! — Das ist die Vorhut erst! — Kerls, ran! — Wenn ihr die Vorhut und das Gros erwischt, soll jeder eine Flasche kriegen!" — orakelt der Leutnant, und tanzt wie ein Jahrmarktssturz um uns herum.

Bis Dunkelwerden saßen wir zwei Meter tief im Kalk. Die Erde gab nicht eine Flasche mehr heraus als sieben Stück, die schneidig ausgerichtet vor dem Leutnant standen...

Die Taschen in Soldatenmänteln sind auf Weinflaschen zugeschnitten.

Vier Flaschen nahm der Leutnant.

Zwei Flaschen bekam der Spieß.

„Der Rest ist für Sie!" reichte der Offizier die halbe Flasche hin.

„Danken Herrn Leutnant für den Rest!" rissen wir — alle Mann hoch — lachend die Hacken zusammen und...

Vierhundertachtzig Flaschen Champagner geteilt durch 120 Leute — ergab pro Hintern einen derartigen Diarrhöe, daß für die Kompanie acht Tage jeder Außendienst unmöglich war! —

Wie die Männer sein sollen.

Die Männer sollen sein wie die Löwen, so stark und kühn — und wiederum nicht wie die Löwen, die Tag und Nacht brüllen.

Die Männer sollen sein wie ein Schornstein, stolz in die Höhe strebend — und wieder nicht wie ein Schornstein: Immerfort rauchend.

Die Männer sollen sein wie die Eichen, so unbeugsam und fest von Charakter, und wieder nicht wie die Eichen: so viel Feuchtigkeit aufsaugend.

Die Männer sollen sein wie ein Buch, so interessant und spannend in der Unterhaltung und wieder nicht wie ein Buch: Alle Geheimnisse ausplaudernd.

Die Männer sollen sein wie ein Schmetterling, so freundlich anzusehen, so emsig und fleißig — und wieder nicht wie ein Schmetterling: So viel Flatterhaftigkeit zeigend.

Die Männer sollen sein wie ein Kater, liebevoll und schmeichelnd dem schönen Geschlechte gegenüber — und wiederum nicht wie ein Kater sich nächtlicherweile herumtreiben.

Rheinische Geschichten.

Von dem Hofe eines Hinterhauses schreit es solange gellend: „Mutter, Mutter!", bis die Mutter endlich zum Fenster des dritten Stocks hinaussieht.

„Wat schreiste denn eso, Du Saubengel? — Wat willste denn?"

„Och, ich wollt' nur mal, dat Du erauskucks'! — Dä Hendrich wollt nich jlöwen, dat Du en schäl Aug' hätts!" —

*

Ein Düsseldorfer Altstädter, wegen seines ungeheuren Appetits „dä Freßklötsch" genannt, hatte eine Wette abgeschlossen, daß er zwölf Würstchen und zwölf Brötchen auf einen Sitz essen wollte.

Mit den Würstchen wurde er bald fertig, auch mit den Brötchen. Bis auf das zwölfte, das konnte er absolut nicht mehr herunterkriegen. Wütend sah er es an und murmelte: „Du Oos, hätt' ich dich doch zueescht jefresse!" —

Essen. In der Jahresversammlung am 27. Januar gab nach Ehrung der Verstorbenen der Geschäftsführer Wiersdörfer den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Arbeitslosigkeit betrug bei Beginn des Jahres 31, am Schluß des Jahres 34 % der Mitglieder; trotzdem konnte die Bautätigkeit als gut angesprochen werden. Im 1. Quartal hatten wir 667, im 2. Quartal 544, im 3. Quartal 597 und im 4. Quartal 364 Neuaufnahmen. Bei Besprechung der Tarif- und Lohnstreitfragen konnte der Redner feststellen, daß im Durchschnitt ein einigermaßen zufriedenstellender Erfolg verbucht werden kann, obwohl die Arbeitszeit und auch die Löhne bei den Maurern, Hilfsarbeitern, Beton- und Tiefbauarbeitern in nicht genügender Weise geregelt erscheinen. Diese Fehler sind noch auszugleichen und zu verbessern. Im besonderen hob der Redner die Verträge der Ofensetzer, der Fliesenleger, der Stukkateure und Putzer, der Isolierer, der Feuerungsmaurer und der Bauwerkmeister hervor. Im neuen Jahre werde es notwendig sein, daß, sobald die Kollegen wieder auf den Arbeitsplätzen sind, Bau- und Platzdelegierte bestimmt werden und diese die Mitgliedsbücher kontrollieren und etwa wankelmütig gewordene Kollegen zum Weiterkleben anhalten. Nicht das Ausstellen neuer Bücher beweise die Stabilität der Organisation, sondern das Halten der Mitglieder. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im 4. Quartal 44 051,35 M, die Ausgabe 42 617 M. Die Gesamtjahreseinnahme für die Hauptkasse betrug 171 415,98 M. An die Hauptkasse abgesandt wurden 105 570,11 M. Mit diesem Betrage betrug die Ausgabe für die Hauptkasse 169 964,80 M, so daß 1415,18 M als Bestand verbleiben. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im 4. Quartal mit altem Kassenbestand 65 189,87 M, die Ausgabe 13 225,83 M, sodaß ein Lokalkassenbestand von 51 964,04 M vorhanden ist. Hiervon sind bei der Bank im Konsum „Eintracht" 33 000 M, im BBV. 6352,50 M, und in der Bauhütte „Ruhrkohlenbezirk Essen" 5715,47 M. Die Mitgliederzahl betrug 4018. Für Streiks wurden insgesamt rund 9000 M verausgabt. Die Erwerbslosenunterstützung erforderte 36 366,35 M, die Krankenunterstützung 13 420,95 M, die Invalidenunterstützung 1346 M. Alle Macht der Arbeiterschaft muß daran gesetzt werden, allmählich durch staatliche Einrichtungen den Lebensstandard der Erwerbslosen, Kranken und Invaliden auf ein menschenwürdiges Niveau zu bringen, so daß die Gewerkschaften ihre Gelder nur zu ausgesprochenen Kampfzwecken verwenden können. 358 Klagesachen mit einer Gesamtklagesumme von 35 757 M mußten durchgeführt werden, 21 237 M wurden dabei herausgeholt, bei 84 Klagen mit einer Klagesumme von 5216 M mußten wir uns durch Vergleich einigen, bei 48 Klagen ging der Klageanspruch von 9304 M verloren. Auch im neuen Jahre mögen die Kollegen treu zur Fahne halten, damit ein weiterer Erfolg unser sei! In der Aussprache konnten auch die Redner der sogenannten Opposition an dem Geschäfts- und Kassenbericht nichts aussetzen, sie brachten nur persönliche Klagen vor. Obwohl diese Ausführungen genügend zerpflückt wurden, wünschten sie dennoch eine getrennte Abstimmung über den Jahres- und Kassenbericht. Ueber diese Anträge ging man zur Tagesordnung über. Dem Antrag der Revisoren auf Entlastung des Gesamtvereinsvorstandes wurde von der übergroßen Mehrheit zugestimmt. Bei der Wahl des Vereinsvorstandes wurde der alte Vorstand mit übergroßer Mehrheit wiedergewählt. Um das Amt eines Angestellten hatten sich sechs Kollegen beworben, gewählt wurde mit starker Mehrheit Kollege Stürznickel. Kollege Wiersdörfer forderte noch auf, den etwaigen Fahrradbedarf bei den Lindcar-Werken zu decken; ferner sollten sich alle Kollegen im „Grundstein zur Einigkeit" gegen Krankheit versichern.

Frankenberg. Unsere Baugewerkschaft hielt am 20. Januar ihre Jahresvertreterversammlung ab. Anwesend waren einschließlich der Vorstandsvertreter 34 Vertreter. Dem Bericht des Geschäftsführers Pezold ist zu entnehmen, daß im Jahre 1928 trotz der Wohnungsnot fast nur im gleichen Umfange wie 1927 gebaut worden ist. Größere Tiefbauarbeiten wurden nur in Frankenberg selbst ausgeführt. Nach einer eingehenden Schilderung der Lohnverhältnisse besprach Pezold die Lohnverhältnisse in Oederan. Besondere Schwierigkeiten machten die Unternehmer in der Zahlung der tariflichen Lehrlingslöhne. Im Gebiet unserer Baugewerkschaft wurden fünf Bauarbeiterschutzkontrollen, davon allein vier in Frankenberg, durchgeführt. Mit der Durchführung der Bauarbeiterschutzbestimmungen sieht es immer noch trostlos aus. Eine Ausnahme machen die Orte Flöha und Frankenberg. — Der Versammlungsbesuch könnte besser sein. In stärkerem Maße als bisher konnten die Baustellen besucht werden, weil der Bundesvorstand der Baugewerkschaft ein Auto bewilligt hat. — Der Kassenbericht für das 4. Vierteljahr schließt mit einer Einnahme für die Hauptkasse von 12 301,40 M und einer Ausgabe von 11 593,67 M ab. Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich des Bestandes vom vorigen Vierteljahr 11 486,35 M, die Ausgabe 4 854,63 M, so daß ein örtliches Vermögen von 6631,72 M vorhanden ist. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 978 gegen 952 am Ende des Jahres 1927. — Nach dem Bericht des Jugendleiters Jschunke über die Arbeit der Jugendabteilung begann die Aussprache, an der sich besonders Helbig, Oederan, und Lange, Flöha, beteiligten. Letzterer versuchte an Hand des kommunistischen Manifestes von Karl Marx den Nachweis zu liefern, daß die Politik des Baugewerksbundes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen falsch sei und auf eine andere Grundlage gestellt werden müsse. Die Versammlung hatte aber kein Verständnis für die großen theoretischen Erörterungen des Ultra-Kommunisten und bedeutete ihm, daß er seine Weisheit doch lieber in einer kommunistischen Versammlung anbringen möchte. Seine wiederholten Versuche, den kommunistischen Dreh fortzusetzen, begegneten stärkstem Widerspruch. In den Vorstand wurden gewählt: Wagner, Rockoff, Pezold, Kabisch und Schulze und als Revisoren Krell, Ludwig und Finke. Beschlossen wurde, auch im Jahre 1929 eine Maimarke herauszugeben, die von jedem Mitglied geklebt werden muß. Die Flöhaer kommunistischen Kollegen verlangten eine außerordentliche Generalversammlung, in der Stellung genommen werden soll zum Abschluß des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe. Da die Versammlung Kenntnis davon hatte, daß am 1. Dezember vorigen Jahres die Gewerkschaftszentrale der KPD. in Berlin in einem Sonderrundschreiben an die Bauarbeiter- und Zimmererverbände Forderungen und Anträge gestellt hatte, konnte es gar keinem Zweifel unterliegen, daß in der von den Kommunisten beantragten Generalversammlung diese Wünsche steigen sollten. Die Versammlung lehnte es ab, eine solche Versammlung abzuhalten. Das genügte aber den Unentwegten von Flöha immer noch nicht. Sie wollten nun wenigstens, daß über die in dem kommunistischen Rundschreiben vorhandenen Anträge in dieser Vertreterversammlung beraten und angestimmt würde. Es wurde ihnen aber bedeutet, daß diese Versammlung sich weder damit beschäftigen könne, noch irgendeine Erklärung dazu entgegenzunehmen habe, weil es sich um kommunistische Fraktionsarbeit handle. — Zum Schluß berichtete Schümann, Chemnitz, über die Verhandlungen um einen Reichstarifvertrag. Mit erdrückender Mehrheit wurde dann folgende Entschließung angenommen: „Die Vertreterversammlung der Baugewerkschaft Frankenberg erkennt an, daß der Vorstand des Deutschen Baugewerksbund in Sachen Arbeitslosenunterstützung alles getan hat, um die schlechteren Sonderbestimmungen für die Bauarbeiter abzuwehren. Es möchte deshalb der Bundesvorstand wiederum energisch dafür eintreten, daß das bis 30. September dieses Jahres befristete Sonderfürsorgegesetz beseitigt wird, damit auch die Bauarbeiter als gleichberechtigte Glieder des Deutschen Volkes behandelt werden und ihnen die gleiche Unterstützung wie den andern Arbeitern zuteil wird. Es wird ferner erwartet, daß der Bundesvorstand sich bei der Reichsanstalt dafür einsetzt, daß Lehrlinge, die trotz des Lehrvertrages nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden, als versicherungspflichtig anzuerkennen und demnach als unterstützungsberechtigt anzusehen sind."

Frankfurt am Main. (Zahlstelle Friedberg.) Am 27. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Einleitend wurde unseres verstorbenen Kollegen Hüttmann gedacht. — Unser Jahresbericht weist einen günstigen Standpunkt auf, die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle stieg im vorigen Jahr von 51 auf 93. Darunter befinden sich 9 Lehrlinge. Der Kassenbericht wurde mit Befriedigung entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. — Die Revisoren und der bisherige Vorstand wurden wiedergewählt. Um mit allen Kollegen unserer Zahlstelle Fühlung nehmen zu können, sollen die Vierteljahrsversammlungen auf die einzelnen Orte verteilt werden. Unser nächste Versammlung wird in Dorheim abgehalten.

Goslar. In der Generalversammlung am 27. Januar gab nach Ehrung der im Jahre 1928 verstorbenen Mitglieder Kollege Sander den Geschäftsbericht. Das verflossene Jahr hat uns einen weiteren organisatorischen Aufstieg gebracht. Am Anfang des Jahres betrug die Mitgliederzahl 1116; der Zugang betrug 146 Mitglieder. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 55 573,90 M, die Ausgabe 54 362,40 M. Für Unterstützungen wurden 24 580,20 M verausgabt. Die Lokalkasse vereinnahmte 24 715,17 M, sie verausgabte 16 467,42 M; der Lokalkassenbestand betrug am Jahresanfang 8247,75 M. Die Bautätigkeit hat erst in der zweiten Hälfte des Jahres eingesetzt; ein großer Teil der Kollegen war deshalb noch im Frühjahr arbeitslos. Erst im Spätherbst kam eine rege Bautätigkeit, so daß auch viele Kollegen aus dem ländlichen Gebiet hier arbeiten konnten. Erbaut wurden 180 Neubauten mit 334 Wohnungen und 37 Stallungen. Die Lohnerhöhungen betrugen in der Stadt Goslar für Facharbeiter 8 ₰, für Hilfsarbeiter 5 ₰. Im Landkreise erhielten Facharbeiter 6 ₰, Hilfsarbeiter 4 ₰ Stundenzulage. Der Tariflohn wird auch im ganzen Bezirk gezahlt. Vor dem Arbeitsgericht wurden 1183,98 M eingeklagt. Alle Klagen waren erfolgreich. Ueber die Ferien machen die Unternehmer ständig großes Geschrei, aber bei der heutigen Handhabung kommen nur wenige Kollegen in den Genuß von Ferien. Von 1262 Kollegen erhielten 105 Maurer 4 Tage, 22 Hilfsarbeiter 4 Tage, 68 Maurer 3 Tage, 8 Hilfsarbeiter 3 Tage, 17 Poliere 8 bis 14 Tage und 37 Lehrlinge 3 Tage Ferien. Die Ferienbestimmungen sollten so gestaltet werden, daß jeder Kollege Ferien erhält. Zum Schluß berichtete der Redner über den bisherigen Verlauf der neuen Reichstarifverhandlungen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Aussprache bewegte sich im Sinne des Berichts. Es wurden dann noch einige Anträge angenommen. Kollege Brunke wünschte den Kollegen gute Heimreise; sie mögen auch in diesem Jahre so weiterarbeiten wie im vergangenen Jahre und versuchen, auch den letzten Bauarbeiter der Organisation zuführen. Dann können wir der Zukunft ruhig entgegensehen.

Kempten. (Jahresbericht.) Das Baujahr 1928 kann bei uns wohl als das beste seit Kriegsende bezeichnet werden; denn 48 Neubauten, darunter 3 von respektablem Ausmaße, 20 Umbauten und etwa 200 Reparaturen boten dem größten Prozentsatz der bodenständigen Bauarbeiter ersehnte Arbeitsgelegenheit. Auch für die aus Württemberg zugereisten Gipser boten die im Frühjahr üblichen Fassadenrenovierungen vollauf Beschäftigung. Auch diese Gruppe hatte Arbeit bis zum Spätherbst. Zu Beginn des Januar wurden auch mehrere Umbauten, Kabellegung und eine Kanalstrecke als Notstandsarbeit begonnen bei Zahlung des Tariflohnes. Trotz der guten Konjunktur waren aber das ganze Jahr über Bauarbeiter, hauptsächlich Hilfsarbeiter, Gäste am Arbeitsamte. Die Unternehmer zogen es vielfach vor, unorganisierte Leute, nicht aber alte Bauarbeiter aufzunehmen. — Durch die Hebung des Arbeitsmarkts wurde auch der Organisationsgedanke gut gestärkt. Der Organisationsbestand wurde zusehends besser. Mancher Kollege hat den Weg zum Bunde wiedergefunden. Leider erzeugen das unverständliche Ueberstundenschieben und die Samstagnachmittagsarbeit manche Mißstände. Aber trotzdem ging es vorwärts. Die gut durchgeführte Baukontrolle vom 23. bis 28. Juli hat uns gezeigt, daß noch mancherlei Aufklärung und Organisationsarbeit nötig sind. Es wurden von der Zählung erfaßt 482 Kollegen, davon waren nur 184 organisiert. Dies spornte zu intensiver Werbetätigkeit an. Die Arbeit war nicht umsonst, der Jahresanfang begann mit 78 Mitgliedern, am Jahresschluß hatten wir 338 Mitglieder. Dem Versuche der Unternehmer, die Ueberzeitarbeit ohne Zuschlag leisten zu lassen, wurde ganz entschieden entgegengetreten. In 5 Fällen mußte Klage beim Arbeitsgericht eingereicht werden, wobei rund 500 M für die Kollegen herausgeholt werden konnten. Auch wegen unbefugter Entlassung von Baudelegierten mußten einige Unternehmer insgesamt 205 M blechen. — Dem Bauarbeiterschutz konnte wegen Ueberbürdung der Leitung nicht die ihm zustehende Aufmerksamkeit gewidmet werden, auch in der Lehrlingsarbeit bleibt noch viel zu tun übrig. — Dankbar gedacht sei noch jener Kollegen, die sich den schweren Aufgaben der Baudelegierten in uneigennütziger Weise gewidmet haben. Ohne diese tatkräftige Mitarbeit im Verein mit den bewährten Unterkassierern wäre es der Baugewerkschaftsleitung unmöglich gewesen, unsern Ausbau in so schöner Weise zu fördern. Manches wurde verbessert, auch in der besseren Behandlung des Bauarbeiters wurde viel erreicht. Lohnverminderungen konnten abgewiesen und Lohnverbesserungen durchgesetzt werden. Doch viel bleibt noch zu tun übrig. Das kommende Jahr kann harte Kämpfe bringen. Deshalb stelle sich jeder einzelne in den Dienst der Organisation! Rastet nicht eher, bis auch der letzte Bauarbeiter im Deutschen Baugewerksbund organisiert ist. Jeder Hader und Zank sei vermieden. Seid einig, dann werdet ihr stark sein!

Neuruppin. (Ein gutgemeinter Vorschlag.) Unsere Generalversammlung am 20. Januar war sehr gut besucht und brachte eine sehr schöne Unterhaltung. Unter anderm wurde über das Arbeitslosenversicherungsgesetz referiert sowie über den Funktionärkursus in Schwarzbach und über Tarifvertragswesen und Tarifvertragsbruch berichtet. So interessant auch das alles war, es gibt Kollegen, die kein Verständnis für so etwas haben. Eine Tagesordnung im Sinne dieser Kollegen müßte so aussehen: 1. Aufbau der Löhne, 2. Herabsetzung der Bundesbeiträge, 3. Sonderunterstützung aus Lokalmitteln, 4. Unterhaltung über Schweinezucht und Kunstdünger. Sähe die Tagesordnung so aus, dann hätten wir immer ein volles Haus und den richtigen Unterhaltungsstoff. A. B.

Ostrosnitz. (Jubilarfeier.) Unsere Baugewerkschaft hielt am 19. Januar eine Jubilarfeier ab. 11 Kollegen konnten auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Der Abend gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Feier. Der Vorsitzende, Kollege Panek, erinnerte an die schwere Zeit der letzten 25 Jahre. Die Gründung unserer Organisation, die ebenfalls vor 25 Jahren hier Fuß gefaßt hat, haben wir unserm Kollegen Bode zu verdanken. Kollege Franz Koch sprach über die Arbeiterbewegung in den verflossenen 25 Jahren, er gedachte auch jener Kollegen, die heute mit in unserm Kreise wären, hätten sie nicht ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen müssen. Der Redner gedachte auch derer, die sich feige von der Bewegung zurückgezogen haben, die ernten wollen, aber nicht säen. Unsere Jugend möge sich ein Vorbild an unsern Jubilaren nehmen. — Eine Anzahl Jugendmitglieder hielten kurze Vorträge. Dann überreichte Kollege Haronska die Ehrenurkunden. Ein Hoch auf die Jubilare und den Deutschen Baugewerksbund folgte. Dann wurde das Tanzbein von alt und jung geschwungen. Erst in der sechsten Morgenstunde trennten sich die Feiernden, sie gelobten ein treues Zusammenhalten in der Baugewerkschaft und im Deutschen Baugewerksbund.

Pößneck. Unsere Generalversammlung am 20. Januar war gut besucht. Den Jahresbericht gab Berg. Die Bautätigkeit war im verflossenen Jahr gut. Es wurden im Gebiet der Baugewerkschaft insgesamt 74 Neubauten, mit 108 Wohnungen errichtet. Als Notstandsarbeit wurden ausgeführt, Stauanlagen für die Industrie, die Wasserversorgung, die Bachregulierung und die Umgehungsstraße. Zur Zeit ist die Mehrzahl unserer Mitglieder erwerbslos, jedoch ist nach dem Frost eine günstige Arbeitsgelegenheit zu erwarten. — Die tariflichen Bestimmungen wurden im allgemeinen gut eingehalten, nur einige auswärtige Unternehmer bei der Bachregulierung konnten sich noch nicht daran gewöhnen. Viel Schuld tragen dabei auch die dort Beschäftigten selber, weil sie ihre Rechte nicht immer so wahrnehmen wie es nötig wäre. Das Arbeitsgericht wurde in 9 Fällen fast ausschließlich wegen Ferien und Lohnzuschlägen in Anspruch genommen. Alle Fälle wurden zu unsern Gunsten entschieden. — Die Klage eines Lehrlings vor dem Innungsausschuß führte zu einem Vergleich, wonach dem Lehrling 75 M für entgangenen Lohn gezahlt wurden. Zwei Verstöße gegen den Achtstundentag wurden mit Hilfe der Gewerbepolizei beigelegt. — Unsere Werbearbeit brachte in diesem Jahre 132 Neuaufnahmen, so daß am Jahresschluß der Mitgliederbestand 553 betrug. — Nach dem Kassenbericht des Kollegen Schmidt betrugen im Berichtsjahr die Einnahmen der Lokalkasse einschließlich eines Kassenbestandes 11 724,69 M die Ausgaben 6282,25 M, so daß ein Kassenbestand von 5442,44 M verbleibt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Der Bericht des Kollegen Herbst von der Bauarbeiterschutzkommission zeigte, daß die Bestimmungen über Bauarbeiterschutz noch nicht in dem Maße beachtet werden, wie es im Interesse der Bauarbeiter notwendig wäre. Herbst zeigte durch Beispiele, die zur Hauptsache die Bachregulierung betrafen, wie auf manchen Stellen gearbeitet wird. Der in einigen Fällen hinzugezogene Bautenkontrolleur aus Saalfeld beanstandete zwar die Mißstände; zu einer Bestrafung ist es aber wohl noch nicht gekommen. Deshalb ist wohl auch noch keine merkliche Besserung eingetreten. — Ueber die Jugendbewegung berichtete Oßwald. Der Jugendabteilung gehören 69 Lehrlinge an. Besucht wurde das Jugendtreffen in Jena, außerdem wurden 15 Bauabende und 3 Versammlungen abgehalten. Die Bauabende sollen noch besser ausgebaut werden. Auch in Krölpa sollen eine Reihe Bauabende abgehalten werden. — Der Gesamtvorstand, die Revisoren und der Jugendleiter wurden einstimmig wiedergewählt. In die Bauarbeiterschutzkommission wurde außer Herbst noch Arno Kolb gewählt. Anschließend wurde die Sonderregelung der Unterstützung der erwerbslosen Saisonarbeiter eingehend besprochen. Berg erklärte an Hand der Schreiben vom Bezirksvorstand und an Hand des „Grundstein" die Bestimmungen des Gesetzes und empfahl den Kollegen den „Grundstein" Nr. 2 aufzuheben damit jeder nachsehen könne, was er für Unterstützung zu bekommen hat. — Wir müssen weiter dagegen kämpfen, damit die Ausnahmebestimmungen wieder ver-

schwinden, und die Erwerbslosen nicht mehr in verschiedene Klassen eingeteilt werden. Eine Entschließung in der die Versammlung gegen die Sonderregelung für Saisonarbeiter scharf protestiert wurde einstimmig angenommen.

Rendsburg. In der gut besuchten Generalversammlung am 12. Januar gab Kollege Fregin, nachdem der Vorsitzende auf die Notwendigkeit der Bücherkontrolle zum Versammlungsbesuch hingewiesen, den Kassenbericht. Im vierten Vierteljahr vereinnahmte die Lokalkasse 2723,45 ℳ, ausgegeben wurden 1560,05 ℳ; der Lokalkassenbestand beträgt 1163,40 ℳ. Das Kassenvermögen erhöht sich um 900 ℳ Bauhüttenanteile. Die Bundeskasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von 3875,05 ℳ. An Arbeitslose und Kranke wurden im verflossenen Geschäftsjahr 11 141,35 ℳ ausgegeben. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Den Jahresbericht gab Theilen. Die Bautätigkeit war weit schlechter als im Vorjahre. Die beabsichtigten Bauvorhaben konnten finanzieller Schwierigkeiten wegen nicht durchgeführt werden. Wir hatten deshalb eine in diesem Umfang nie gekannte Arbeitslosigkeit. Eine Anzahl Maurer nahmen auswärts Arbeit an. Unsere Mitgliederzahl ist dadurch um 39 gesunken, obwohl unsere Bauarbeiter zu 100 % organisiert sind. — Immerhin erkennen unsere Mitglieder das Baudelegierterwesen als einen starken Eckpfeiler der Organisation. Der Einfluß der Delegierten auf den Arbeitsstellen ist durch die praktische Anwendung der gesetzlichen Rechte gestiegen. Doch das Baudelegiertenwesen muß stets weiter ausgebaut werden. Angemeldet waren 29 Baudelegierte. Hiervon fungierten 11 als Betriebsrat und 18 als Obmann im Sinne des BRG. — Die bezirkliche Lohnregelung brachte eine Erhöhung des Stundenlohnes für Maurer um 9 ₰, für Bauhilfsarbeiter um 7 ₰ und für Tiefbauarbeiter um 6 ₰. Die Arbeitszeit wurde durch örtliche Vertragsvereinbarung wieder auf 8 Stunden für die Dauer der Tarifperiode festgelegt. Eine dem RTV. entsprechende Schlichtungskommission wurde gebildet. Gebildet wurde auch der Gesellenausschuß bei der Innung. Unsere Gesellenausschußmitglieder sitzen im Prüfungsausschuß und im Ausschuß zur Regelung von Lehrlingsstreitigkeiten. In den Genuß von Ferien kamen kaum 15 % unserer Mitglieder. — Unsere Jugendabteilungg macht Fortschritte. Einige Unternehmer haben sich bemüht, ihre Lehrlinge von unserer Organisation fernzuhalten. Ihre Bemühungen waren umsonst. Unsere älteren Kollegen müssen erkennen, daß der Lehrling Arbeiter und unser Kollege ist. Dabei büßt der sogenannte Respekt der Lehrlinge gegenüber den Gesellen nichts ein. Streitfälle wurden 16 ohne Schlichtungskommission oder Gericht erledigt. Dabei wirkten in den meisten Fällen die Baudelegierten mit. Die Schlichtungskommission wurde dreimal angerufen. In vier Fällen klagten wir beim Arbeitsgericht. In zwei Fällen wurde entschieden zu unsern Gunsten. In einem Falle führten wir gegen ein Urteil des Arbeitsgerichts Beschwerde beim Landesarbeitsgericht. Es entschied zu unserm Gunsten. Der Innungsausschuß wurde einmal angerufen, auch dort hatten wir mit unserer Entlassungsklage Erfolg. In 15 Versammlungen und 29 Sitzungen wurde über unsere Organisationsarbeit beraten. Der Versammlungsbesuch war durchweg gut. — In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl. Für den ausscheidenden zweiten Kassierer wurde Kollege Koll gewählt, als Revisor Kollege Jordt neu zugewählt. Beschlossen wurde die Anschaffung einer neuen Fahne. Die Weihe soll, verbunden mit der Jubilarfeier, im Juli sein. Die Sonderregelung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit soll nochmals in einer besonderen Versammlung behandelt werden. Kollege Theilen ersuchte noch, stets einig mit dem Vorstand für den Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Reutlingen. In der Jahresversammlung am 27. Januar zu Kirchentellinsfurt wurde zunächst der im Jahre 1928 Verstorbenen gedacht. Dann gab Kollege Ruff den Geschäftsbericht. Das Jahr 1928 hatte eine rückläufige Konjunktur. Schon im September hatten wir arbeitslose Facharbeiter. Die Bautätigkeit war auf dem Lande besser als in der Stadt. In einzelnen Orten herrschte sogar eine sehr gute Bautätigkeit. Eine Reihe von Bauten konnte nicht durchgeführt werden, weil die Finanzierung fehlte. Die Zahl der erstellten Neubauten ist größer, die Zahl der Wohnungen jedoch kleiner. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist etwas gestiegen. Hervorragend hat sich die Stadt an dem Bauen beteiligt. Die Bauvereine sind, mit Ausnahme des Bau- und Sparvereins und der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, nur zögernd an den Wohnungsbau herangegangen. An größeren Arbeiten waren vorhanden: In Reutlingen das Schwimmbad, in Tübingen das Kraftwerk. In Angriff genommen wurde in Tübingen die Aula. An größerer Arbeit steht bevor der Schlachthausneubau in Reutlingen. — Im Mai und im Juni machte sich ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar, jedoch schon im Juli gab es wieder Arbeitslose. Das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik brachten sehr viel Arbeit. In der Hauptsache mußten Bescheinigungen zur Lohnsteuerrückerstattung ausgestellt werden. Die Ueberwachung des Steuerabzugs ist dringend notwendig. Die Kranken- und Invalidenbeiträge werden bei vielen Unternehmern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen abgezogen. Von einem Unternehmer wurde an einen Maurer das Ansinnen gestellt, daß er nur dann bei ihm in Arbeit treten könne, wenn er darauf verzichte, bei der Kasse angemeldet zu werden. Die Beiträge zur Invalidenversicherung werden wohl abgezogen, aber keine Marken dafür geklebt. Aus diesem Grunde wurde beantragt, die Geschäftsleitung möge bei der Landesversicherungsanstalt dahin vorstellig werden, daß in Zukunft die Beiträge wieder von den Krankenkassen geklebt werden. In manchen Fällen mußten sogar die Marken durch den Gerichtsvollzieher eingetrieben werden. Ein Unternehmer wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt; aber alles nützt hier nichts. In der Hauptsache sind das „Unternehmer", die die Preise herunterdrücken und dann ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können. Vor den Arbeitsgerichten wurden insgesamt 48 Klagen durchgeführt. Die Klageforderungen betrugen 2667,80 ℳ, wovon 2095,89 ℳ durch Urteil oder Vergleich anerkannt wurden. Der Bauarbeiterschutz findet immer noch nicht die notwendige Beachtung. Die Kontrollen werden nur selten vorgenommen.

Helft Unfälle verhüten!

Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften durch die Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W. 9.

Im Berichtsjahr gab es fünf Todesfälle infolge Unfalls. In neun Jahren sind das zusammen 45 Todesfälle durch Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften. Für alle 45 Fälle wurden insgesamt drei Monate Gefängnis ausgeworfen. Arbeiterknochen und Arbeiterleben sind also billig! Besonders schlimm sieht es in Tübingen mit dem Bauarbeiterschutz aus. — Die Werbetätigkeit wurde energisch betrieben; es konnten 489 Neuaufnahmen gemacht werden. Leider ist die Fluktuation unter den Ungelernten noch sehr groß, so daß die Mitgliederzahl effektiv nur um 74 vermehrt werden konnte. Die Lohnbewegungen wurden örtlich und zentral geführt. Die Lohnsteigerungen betrugen für die Stunde: im Gipsergewerbe 8 ₰, im Hochbau bei den Maurern 8, bei den Hilfsarbeitern 9 ₰, im Tiefbau 8 ₰. Am Kraftwerkbau Tübingen-Hirschau konnten wir einen Streckentarif abschließen. Erreicht wurde die Ortsklasse II für die gesamte Baustelle. Ferner wurde ein Streckentarif für die Neckarkorrektion Hirschau-Klebingen mit Ortsklasse III abgeschlossen. Die Erwerbslosenunterstützung brachte viel Arbeit mit sich. Gegen die geplante Wartezeit von drei Wochen wurden Protestversammlungen in Reutlingen, Tübingen und Rottenburg abgehalten. Die Arbeitsämter wurden zu einem Arbeitsamt zusammengelegt, was auch für uns eine Erleichterung gebracht hat. Aufgabe der Organisation muß es sein, auch bei der Arbeitsvermittlung darauf zu drängen, daß nur durch das Arbeitsamt vermittelt wird. Die Kassenverhältnisse haben sich gebessert. Für die Hauptkasse wurden 32 346,95 ℳ eingenommen. Abgesandt wurden 18 531,95 ℳ. An Unterstützungen wurden 17 399,45 ℳ verausgabt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 16 496,16 ℳ, denen 15 810,08 ℳ Ausgaben gegenüberstehen. — In der Aussprache wurde die Arbeit des Geschäftsführers anerkannt. Von einem Redner wurde gefordert, der Bund möge dafür eintreten, daß Wasserarbeiten möglichst im Sommer vergeben werden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Nur der Schriftführer mußte neu gewählt werden. Die Wahl fiel auf Erich Hummel. Dem bisherigen Schriftführer wurde für seine 15jährige Tätigkeit gedankt. Beschlossen wurde, daß Mitglieder, die vom Bund Unterstützung bezogen haben und ausgesteuert sind, nachher aber keine Beiträge mehr zahlen, jeweils in der Hauptversammlung bekanntzumachen sind. Dann hielt der Bezirksleiter einen Vortrag über die Sonderunterstützung für berufsübliche arbeitslose Arbeiter. Es komme jetzt darauf an, daß die Durchführung des Gesetzes gleich angewandt wird. Eine Entschließung, in der das Gesetz als Ausnahmegesetz bezeichnet und der Bundesleitung, der Bezirks- und Baugewerkschaftsleitung gedankt wird für ihr mannhaftes Eintreten gegen dieses Ausnahmegesetz, wurde einstimmig angenommen. Die unserm Bunde noch fernstehenden Bauarbeiter wurden aufgefordert, sich dem Baugewerksbund anzuschließen. Zum Schluß wurde noch auf die Reichs-Unfallverhütungswoche aufmerksam gemacht.

Rüstringen-Wilhelmshaven. In der gut besuchten Generalversammlung am 22. Januar gab Kollege Mühlberg den Kassen-, Geschäfts- und Jahresbericht. Von dem Obmann der Revisoren wurde berichtet, alles in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Im Geschäftsbericht betonte der Geschäftsführer die sehr umfangreiche Arbeit des Vorstandes. Die Mühe war nicht umsonst: 321 neue Mitglieder sind im verflossenen Jahre dem Bunde zugeführt worden. Doch auch der Abgang war ziemlich stark, so daß am Jahresschluß 1043 Mitglieder vorhanden waren. Die zahlreichen Differenzen mit den Unternehmern wurden teils auf dem Verhandlungswege, aber auch durch die Schlichtungsinstanzen und die Arbeitsgerichte erledigt. Die Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages werde sich angesichts der starken Gegensätze sehr schwierig gestalten. Daß auch der neue Bezirkstarifvertrag wesentlich verbessert werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. An der regen Aussprache beteiligten sich die Kollegen H. Schulz, Busse, Reimers, Knoop, Obermeyer und Kazinski. Die Forderungen, die der Kollege Schulz zu einem Antrage formuliert hatte, deckten sich mit den Forderungen des Bundesvorstandes. Die Kollegen Obermeyer und Kazinski betonten, daß die Einigkeit, die Geschlossenheit und das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft zu unsern Vertretern bei den Verhandlungen ihnen ihre schwere Aufgabe erleichtern helfe. Im Schlußwort stellte Kollege Mühlberg noch einiges richtig und forderte alle Kollegen zu reger Mitarbeit für unsern Bund auf. Gewählt wurden als Vorsitzender Karl Kazinski, als Stellvertreter Josef Ullrich, als Kassierer Otto Mühlberg, als Stellvertreter Hermann Heeren, als Schriftführer Heinrich Laue, als Beisitzer Johann Fees, als Jugendleiter Lorenz Buchardt. Für die Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung lagen zwei Listen vor. Liste 1 war von der „Opposition", Liste 2 vom Kollegen Reinhard Schenk eingereicht. Liste 2 wurde gewählt. In die Bauarbeiterschutzkommission wurden die Kollegen Kazinski, Wirdemann, Ullrich, Görtz und Mühlberg entsandt. Ein Antrag auf Abbau des bis jetzt gezahlten Lokalzuschlages von 10 ₰ die Woche wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — An den Kollegen wird es nun liegen, den neugewählten Vorstand in seiner Arbeit zu unterstützen, vor allem auch unsere Versammlungen rege zu besuchen, dann können wir den etwaigen Kämpfen um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ruhig entgegensehen. Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Sagan. (Jahresbericht.) Am Beginn des Berichtsjahres betrug die Mitgliederzahl 293, am Schlusse 396. Das ist ein Zuwachs von 34 %. Die Teilnehmerzahl an den Versammlungen betrug im Durchschnitt 11 % der Mitgliederzahl. — An dem vom Ortsausschuß eingerichteten Bildungskursus nahmen 5 Kollegen teil. Bautenkontrolle wurden im Berichtsjahr im Ort drei und im Kreise eine durchgeführt. In der Zeit vom 22. bis 24. April wurde eine Baufachausstellung unserer Jugend abgehalten. Ferner unternahm die Jugendgruppe mit 27 Teilnehmern eine Wanderreise ins Wadenburger Bergland. In 13 Unterrichtsabenden wurde den Jugendlichen an Hand von Modellsteinen praktische Ausbildung erteilt. Der Besuch war gut. Der Vorstand nahm an 2 bezirklichen Lohnverhandlungen teil und schloß für die Ofensetzer selbständig ein neues Lohnabkommen ab. Vom Vorstand wurden 4 Lohnstreitfragen vor der Schlichtungskommission und 5 Lohnstreitsachen vor dem Arbeitsgericht erledigt. 17 Streitsachen wurden mündlich mit den Unternehmern erledigt. Alle Streitsachen verliefen zugunsten der Kollegen außer zwei, die aber nur von geringer Bedeutung waren. Insgesamt wurden 78 Rechtsauskünfte erteilt. — Der Kassenbericht weist für die Lokalkasse eine Einnahme von 6664,51 ℳ und eine Ausgabe von 4332,67 ℳ auf. Der Kassenbestand beträgt 2331,84 ℳ. — Die Generalversammlung wurde am 13. Januar abgehalten. Anwesend waren 86 Kollegen. Zum Vorsitzenden wurde Walter Hoffmann, Dorotheenstraße 4, zum Kassierer Richard Hoffmann, Ludwigsplatz 13 und zum Schriftführer Adolf Jauernick, Schützenstraße 1, gewählt.

Salzwedel. In unserer Jahreshauptversammlung gab Kollege Bernhardt den Jahresbericht. Daraus ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß sich im vergangenen Jahre unsere Baugewerkschaft an Mitgliedern um das Doppelte vermehrt hat. Hoffentlich bringt uns das Jahr 1929 noch weitere Fortschritte in dieser Richtung. Auch das Baudelegiertenwesen hat sehr gut geklappt. Der Grad der Bautätigkeit war im Hoch- und Tiefbau zufriedenstellend. Die Lehrlinge sind fast sämtlich bei uns organisiert; nur das platte Land weist noch Lücken auf, aber auch dort werden wir bei Fleiß und Ausdauer mit der Organisation Eingang finden. Den Urlaub haben alle Kollegen in Anspruch genommen, soweit sie die dafür nötigen Vorbedingungen erfüllt hatten. Bei den Klagen vor dem Arbeitsgericht haben wir gute Erfolge erzielt. — Den Kassenbericht gab Kollege Pump; danach ist unser Kassenbestand ein guter. Neuwahlen zum Vorstand brachten keine wesentlichen Aenderungen, nur anstelle des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, wurde der Kollege Karl Koch gewählt.

Stuttgart. (Die neue Wohnungsbauvorlage der Stadt.) Die neue Wohnungsbauvorlage der Stadt Stuttgart liegt jetzt vor. Sie enthält den Bau von 1200 Neubauwohnungen, die einen Kostenaufwand von etwa 19 Millionen Mark erfordern. Im Gemeinderat werden sich gegen den Plan besonders um die Entscheidung der Frage städtischer Wohnungsbau oder Unterstützung des privaten Wohnungsbaues noch heftige Kämpfe abspielen. Die Vorlage selbst läßt weitgehend die Möglichkeit offen, die Wohnungen durch private Genossenschaften errichten zu lassen. Den Wohnungsbedarf schätzt die Vorlage auf 10 000. Von den 1200 Wohnungen, die in diesem Jahr errichtet werden sollen, sind bis jetzt aber erst für 892 Neubauwohnungen Anträge gestellt worden. Für die restlichen 308 Wohnungen konnte noch kein Bauplatz vorgeschlagen werden. Die Vorlage beschränkt sich nicht auf die in diesem Jahr zu errichtenden Wohnungen; sie will vielmehr auch den Weg zeigen, wie das Wohnungsbauproblem in großzügiger Weise angepackt werden könnte. Es wird auch gefordert, daß der Stadt künftig mehr Mittel aus der Gebäudeentschuldungssteuer zur Verfügung gestellt werden. — Vorgeschlagen ist der Bau von folgenden Wohnungen. Zunächst als Rest aus dem Bauprogramm 1928 134 Wohneinheiten im Gallschlag-Gelände und 40 Wohneinheiten an der Königstraße in Oberfürkheim. Diese an Stelle der bisherigen Kochenhof-Versuchssiedlung. Sodann das städtische Neubauprogramm: 370 Wohneinheiten im Kochenhof-Gelände, 222 Wohneinheiten im Wallmer in Unterfürkheim, 200 Wohneinheiten als Ersatz für die Barackenhäuser im Stöckach und an der Ostendstraße, ferner 93 Wohneinheiten als Obdachlosenwohnungen, und zwar in der Mönchhalde, 7 Wohnungen des Wasserwerks und 303 Wohneinheiten, von denen schon oben die Rede war, an einem später noch zu bestimmenden Platz. — Zur Unterstützung des privaten Wohnungsbaus sollen folgende Mittel verwendet werden als Zusatzdarlehen 1 Million, für die Erschließung von Gelände 1 Million, ferner als etwas Neues die Unterstützung des Baues von Mietwohnungen durch private Unternehmungen, wobei man den städtischen Aufwand auf etwa 6 Millionen schätzt. Im gesamten ergäbe das einen Aufwand von 18,8 Millionen, von denen 3,8 Millionen aus Darlehen zu ermäßigten Zinssätzen Deckung finden könnten, während 15 Millionen von der Stadt neuaufzubringen wären.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

Leipzig. In der Versammlung am 26. Januar gab Buchmann zunächst bekannt, daß unser altes Mitglied, Kollege Philipp Tieme, verstorben ist. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erhebung von ihren Plätzen. — Hierauf wurde die neue Tarifkommission gewählt. Und zwar von den Straßenarbeitern Schöne und Hirschmeier, von den Dachdeckern Nußhär und Thiersch und von den Platzarbeitern Ritter. — Die Versammlung forderte den Ausschluß eines Mitgliedes, das während unseres letzten Streikes bewußt Streikarbeit geleistet hat. — In einer früheren Versammlung hat sich unsere Fachgruppe mit dem Unfug der Innungskrankenkassen beschäftigt und außerdem verlangt, daß alle Zweige der Sozialversicherung einheitlich zusammenzufassen sind. Ferner wurden Sozialverbesserungen materieller Natur verlangt. Die Anträge sollen auch den andern Fachgruppen übermittelt und nach entsprechenden Beschlüssen an den Vorstand des ADGB. weitergeleitet werden. Eine Zusammenlegung der Verwaltung der Sozialeinrichtungen ist nötig, um die Sozialversicherung leistungsfähiger zu gestalten.

München. Am 28. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Jahresversammlung ab. Wörl gab den Bericht über das Jahr 1928 und beklagte sich, daß vieles nicht so war, wie es sein sollte. Die Versammlungen müssen im kommenden Jahr besser besucht werden. Er forderte die Kollegen auf, mehr für die Organisation zu werben. — Wörl, der zunächst ablehnte unter den Umständen, wie sie jetzt in der Fachgruppe herrschen, das Amts des Obmannes weiterzuführ:en, übernahm schließlich auf Drängen der älteren Kollegen erfreulicherweise wieder das Amt. Nun müssen aber die Kollegen alles dransetzen, daß die Fachgruppe wieder so dasteht wie vor dem Krieg! — Wörl teilte noch mit, daß der Tarif gekündigt sei. In die Tarifkommission wurden die bisherigen Kollegen gewählt. Beschlossen wurde, aller Vierteljahr eine Versammlung abzuhalten; jedoch stehe dem Fachgruppenleiter das Recht zu, in dringenden Angelegenheiten schon vorher eine Versammlung einzuberufen.

Glaser.

Auerbach i. V. Am 31. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Hauptversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist im verflossenen Jahr gestiegen. Als besonderer Fortschritt ist der Abschluß eines Tarifvertrages zu erwähnen. In diesem Jahr muß aber das noch Mangelhafte am Vertrag verbessert werden! Dem Abschluß eines Reichs- oder Landestarifvertrages muß auch fernerhin erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Stand der Angelegenheit wurde den Kollegen an der Hand der Mitteilungen der Reichsfachgruppenleitung mitgeteilt. — Als Fachgruppenobmann wurde Paul Tretner, Falkenstein, gewählt. Beschlossen wurde, die Versammlungen regelmäßig an jedem dritten Sonntag im Monat abzuhalten. Die nächste Versammlung soll in Rodewisch, Restaurant Pätz, abgehalten werden. Als Gesellenausschußmitglieder werden Bruno Jakobi und Herm. Oelschlegel gewählt.

Plauen im Vogtland. Am 27. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Jahres-Hauptversammlung ab. Borisch gab zunächst den Bericht von der Generalversammlung der Baugewerkschaft und dann den Jahresbericht für die Fachgruppe. Die Lohnfrage sowie die Lehrlingsfrage beschäftigten mehrere Versammlungen. Auch für das verflossene Jahr konnte eine weitere Aufwärtsentwicklung der Fachgruppe festgestellt werden. — Die bisherige Fachgruppenleitung wurde wiedergewählt, und zwar Borisch als Obmann, Grünelt als Stellvertreter und Brükner als Schriftführer. — Hierauf wurde beschlossen, die arbeitslosen Kollegen wie bisher bei Besuch unserer Versammlungen zu entschädigen.

Töpfer und Fliesenleger.

Bütow i. P. Die hiesigen Töpfermeister haben den zur Zeit geltenden Tarifvertrag zum 1. April dieses Jahres gekündigt.

Oppeln. Am 6. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Generalversammlung ab. Mathea gab den Jahresbericht und forderte zum Schluß zu regerem Versammlungsbesuch auf. Nur in unsern Versammlungen können wir Aufklärung erhalten. — Als Obmann wurde Alois Mathea, als Stellvertreter Friedrich Weber, als Schriftführer Paul Sobotta, als dessen Stellvertreter Ignaß Kolodzie, als Kassierer Oskar Mehlich und als sein Stellvertreter Joseph Janschick gewählt. — In der Lohnkommission verbleiben die bisherigen Kollegen Kolodzie, Konißko und Fitzeck. Kollege Weber, der das Amt eines Jugendleiters innehat, wurde als Vertreter zur Generalversammlung der Baugewerkschaft gewählt. — Darauf hielt Kollege Stach einen Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Schwerin i. M. Die Differenzen in der Ofenfabrik von Brockmann sind vor dem Schlichtungsausschuß beigelegt worden. Die Belegschaft arbeitet seit dem 28. Januar wieder vollzählig. Durch die einmütige Ablehnung der zugemuteten Tarifverschlechterung ist erreicht worden, daß der Meißner Tarif sowie der Materialzuschlag weitergezahlt wird.

Vom Bau

Königsberg. (Ein Nachspiel zum Bauunfall am Hansaring.) Das erweiterte Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtrats Baege beschäftigte sich am 22. Januar mit dem Einsturz von Erdmassen bei den Arbeiten zur Unterfunnelung der Lablauer Bahn. Die Uferböschung war etwa 8 Meter hoch und nicht rechtzeitig abgesteift worden; außerdem zu steil. Am Rande der Böschung stand eine Kantine, die angeblich die Ursache des Einsturzes war. — Das Gericht sprach den angeklagten Ingenieur Hilmar Specht frei. Der Angeklagte hätte die Ausführung der Arbeiten nicht verweigern können, obwohl er erkannt hatte, daß die Gefahr des Einsturzes bestand, sofern die Kantine stehen blieb. Der Firma sei die Gefahr bekannt gewesen. Dem Angeklagten hätten Schwierigkeiten in seiner Stellung gedroht, wenn die Arbeiten trotzdem nicht ausgeführt worden wären. Demnach war dem Bauleiter die hier vorhandene Gefahr bekannt. Ein Toter und mehrere Verletzte, für die Folge Krüppel, sind das Resultat. Es waren ja bloß Proletarier. Das Gericht aber spricht frei und stützt damit einen unerhörten Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften durch die den Bau leitende Person. Dieses unhaltbare Urteil kann sehr üble Folgen haben. Die Arbeiter können danach beliebig ins Verderben geführt werden. Sie haben sich samt dem Leiter den unsinnigsten und fahrlässigsten Anordnungen der auf ihren Profit bedachten Firma zu fügen, sonst — so sagte ja der Angeklagte — werden sie entlassen. Proletarierleben sind wohlfeil wie Brombeeren! Die Arbeiterschaft wird aus solchen Ansichten die zwingende Lehre ziehen müssen, daß der Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit wirksam nur durch sie selbst erzwungen werden kann. Der Zusammenschluß in dem Deutschen Baugewerksbund verbürgt ihnen die beste Anwendung von Schutzmaßnahmen für Leben und Gesundheit. Uebrigens hört man jetzt von der Reichsunfallverhütungswoche im Februar. Sie soll ein Mittel sein, die Gefahren für Leben und Gesundheit aufzuzeigen und sie zu vermindern. Diese lobenswerten Bestrebungen werden aber nicht erfolgreich sein können, solange noch derartige Gerichtsurteile zustandekommen können!

Solingen. (Bericht der Bauarbeiterschutzkommission.) Im Jahre 1927 war die Bautätigkeit zu Beginn des Jahres schon recht lebhaft, schon im Januar führten wir die erste Kontrolle durch. Im Jahre 1928 setzte dagegen die Bautätigkeit erst im April ein. Ende April wurde dann auch von der Bauarbeiterschutzkommission die erste Kontrolle durchgeführt, und zwar in den Städten Wald und Ohligs. Dort hatte die Bautätigkeit im März eingesetzt. In Solingen setzte die Bautätigkeit erst im Mai ein. Zu Anfang Juni wurden dann im ganzen Bereich der Baugewerkschaft Solingen, umfassend die Städte Solingen, Höhscheid, Gräfrath, Wald, Ohligs, Haan und Leichlingen die erste größere Kontrolle durchgeführt. Es folgten darauf weitere Kontrollen im Juli und September. Nebenher wurden dann noch die Baustellen in den Städten Ohligs und Haan kontrolliert. Den Unternehmern in den letztgenannten Städten kommt es weniger auf den Schutz der Bauarbeiter als auf größeren Profit an. Insgesamt wurden von der Kontrolle 212 Baustellen erfaßt. — Bei den Kontrollen konnte festgestellt werden, daß in Solingen bei den größeren Unternehmern die Vorschriften über „Bauarbeiterschutz" genau eingehalten werden. Alles wurde in bester Ordnung vorgefunden. Ueber die Vorschriften hinaus gehen aber auch diese Unternehmer nicht. Die äußersten Schutzgerüste bieten keine Sicherheit. Hier könnten mit einigem guten Willen Gerüste errichtet werden, die der Bauarbeiter mit Sicherheit benutzen kann. Aber die Unfallverhütungsvorschriften sehen keine besseren Gerüste vor. Bei den kleineren Unternehmern wurden mit einigen Ausnahmen durchweg Mängel vorgefunden, die in unsauberen, unvollständigen Buden bestanden, in denen oft auch Baustoffe gelagert wurden. Ein Unternehmer hatte sogar eine Baubude ohne Fußboden, Fenster, Tisch und Sitzgelegenheiten. Er beschäftigt etwa 8 bis 10 Mann. Die örtlichen Polizeivorschriften sehen leider bis zu 8 Mann keine Baubude vor. Hoffentlich gelingt es uns, diesen Uebelstand zu beseitigen. Verbandkasten wurden fast überall in mangelhaftem Zustand vorgefunden. Aborte ebenfalls. Im vorigen Jahre wurden meistens statt Balkendecken feste Betondecken ausgeführt, damit war die Gefahr des Zwischen-den-Balken-Durchfallens behoben. — In Solingen konnten die Kontrollen ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden, dagegen sind die Unternehmer in den Städten Ohligs und Haan rabiat. Die Photographie eines Gerüstes an einem Kamin eines Ohligser Unternehmers veranschaulicht noch heute deutlich, wie leichtsinnig mit dem Leben der Bauarbeiter gespielt wird. Aber auch in diesen Städten können wir auf eine Erfolg zurückblicken. Unsere Berichte in den Arbeiterzeitungen haben die Stadtverwaltung in Ohligs veranlaßt, strenge Kontrolle durchzuführen. Auch die Unternehmer werden mit der Zeit einsehen, daß sie ihren Profit nicht mit verkrüppelten Bauarbeitern mehren können. Die Schuld an Mißständen im Bauarbeiterschutz trifft allerdings nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Bauarbeiter. Wie kann sich überhaupt ein Bauarbeiter ein solches Gerüst bauen, wie das an dem obenerwähtnen Kamin. Ein erheblicher Teil der Ohligser Bauarbeiter ist noch unorganisiert. Deshalb kann die Bauarbeiterschutzkommission auch sehr schwer ordnungsmäßige Kontrollen durchführen. Sehr schwer ist es auch, die Dachdecker und Installateure davon zu überzeugen, daß sie sich bei ihren gefährlichen Dacharbeiten anseilen müssen. An den Siedlungsbauten sind keine Schutzgerüste vorhanden; in Solingen verwenden nur die Dachdecker der Bauhütte Fanggerüste. Hier war es leicht, alle Dachdecker zu überzeugen, weil sie organisiert sind. Die Dachdecker bauen ihre Fanggerüste, aber die Installateure konnten sich nicht anseilen, weil sie keine Fangleinen hatten, wovon die Baupolizei benachrichtigt wurde. — Die Bautätigkeit in Solingen flaute bald ab, die meisten Bauten gingen der Vollendung entgegen. Nur 8 Bauten wurden noch in Angriff genommen. Am Jahresschluß war nur noch in geringem Maße Bauarbeit vorhanden. — Von einigen guten und schlechten Leitergerüsten sowie von feststehenden Gerüsten beim Ausführen des Edelputzes wurden photographische Aufnahmen gemacht und der Lichtbildabteilung des DBB. übersandt. — Unfälle sind der Bauarbeiterschutzkommission im vorigen Jahre zwei bekanntgeworden. In Leichlingen erlitt ein Bauarbeiter durch Absturz vom Bau Knochenbrüche. In Ohligs wurde einem Erdarbeiter mit einem beladenen Kipphorn ein Fuß abgefahren. Hier waren den Arbeitern nicht die Unfallverhütungsvorschriften bekannt. Nach Ansicht der Arbeiter war der schwere Unfall auf die dort herrschende Antreibermethode und auf das Prämiensystem zurückzuführen. Wie berechtigt unser Verlangen nach besserem Bauarbeiterschutz ist, zeigt die erschreckend hohe Zahl von Unfällen, die der „Grundstein" Nr. 49 bekanntgab. Allein 162 377 Unfälle und 948 Todesfälle im Jahre 1927! — Hoffentlich sind diese Zahlen allen Bauarbeitern ein Ansporn, die Gerüste so fest zu bauen, daß sie mit Sicherheit betreten werden können. Gutes Augenmerk ist auf die Leitergänge und Sprossen zu richten. Dreimal ist im vergangenen Jahre beobachtet worden, daß Leitersprossen durchbrachen und daß nur durch die Geistesgegenwart der Hilfsarbeiter kein größerer Unfall entstand.

Allgemeine Rundschau

Wohnungsnot nur bis 1935? Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat sich kürzlich auch mit dem Wohn- und Siedlungswesen beschäftigt. Staatssekretär Scheidt gab einen Ueberblick über die Bautätigkeit in Preußen. Danach wurden 1927 179 000 Wohnungen durch Neubauten geschaffen. Durch Umbau entstanden 11 700 Wohnungen, insgesamt also 190 700. Durch Brand, Abbruch usw. wurden 12 000 Wohnungen vernichtet, so daß für 1927 ein Zuwachs von 178 700 Wohnungen festzustellen ist. Das Ergebnis von 1926 wird dadurch um 50 000 überschritten. Im Jahre 1928 wurden 185 456 Wohnungen erbaut. Da die Ziffern der Wohnungen, die durch Umbau entstanden bzw. durch Abbruch vernichtet wurden, ungefähr gleich geblieben sein dürften, ist für 1928 ein Mehrzuwachs von 6 500 Wohnungen zu buchen. Von den zuständigen Reichs- und Staatsstellen wird der Fehlbedarf der Wohnungen mit 450 000 für das Reich und mit 300 000 für Preußen angenommen. Wenn in Preußen jährlich weiter mindestens 180 000 Wohnungen gebaut werden, d. h. 40 000 von dem Fehlbedarf gedeckt wird, so wird angenommen, daß 1935 die Wohnungsnot behoben ist. — Eine solche Schätzung erscheint uns reichlich optimistisch. Nach objektiven Berechnungen besteht nicht ein Fehlbedarf von 450 000, sondern von rund 1 Million Wohnungen. Es ist deshalb ziemlich gewagt, anzunehmen, daß in 6 Jahren die Wohnungsnot und alles was drum und dran hängt der Vergangenheit angehören soll. Die Zahl der Erwachsenen wächst auch in den nächsten Jahren noch. Ueberdies wird die heutige Menschheit sich nicht mehr mit solchen Löchern als Wohnungen begnügen wie bisher.

Was in den einzelnen Ländern verraucht wird. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" bringt eine interessante Arbeit über „Die Tabakwirtschaft der Welt". Danach gestaltete sich der Rohtabakverbrauch je Kopf der Bevölkerung in den wichtigsten Ländern folgendermaßen: Vereinigte Staaten von Nordamerika 3,64 Kilogramm, Niederlande 3,24 Kilogramm, Belgien 3,19 Kilogramm, Frankreich 1,73 Kilogramm, Deutschland 1,68 Kilogramm, Dänemark 1,59 Kilogramm usw. Der Tabakverbrauch ist mit Ausnahme von Dänemark und der Schweiz in allen Ländern gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. In Deutschland ist die Steigerung des Rohtabakverbrauchs nur sehr gering. Doch hat sich die Art des Verbrauchs geändert. Wurden in Deutschland 1913 je Kopf der Bevölkerung 195 Stück Zigaretten geraucht, so 1926 460 Stück. Dagegen sank der Zigarrenverbrauch von 119 auf 96 Stück. Eine ähnliche Steigerung des Zigarettenkonsums ist auch in anderen Ländern festzustellen.

Die Preiswelle — der Schatten der Lohnerhöhungen. Die großen Gewerkschaftskämpfe finden ihren Niederschlag in den einschlägigen Schriften. Die Wirtschaftsberichte der deutschen Großbanken geben ihnen einen breiten Raum. Das ist an sich nicht verwunderlich, weil die Banken mit der Industrie ziemlich eng verflochten sind. Die Disconto-Gesellschaft schreibt u. a. in ihrem Wirtschaftsbericht vom 16. Oktober in diesem Zusammenhang folgendes: „Schon der bisherige Verlauf dieses Jahres hat wieder genügend erwiesen, daß der Lohnwelle die Preiswelle folgt und damit im Ergebnis das Gegenteil von dem, was die Arbeiterschaft erstrebt und was an sich im allgemeinen Interesse liegen würde, nämlich eine aus gesunden Grundlagen herauswachsende Steigerung der Reallöhne. Lohnbewegungen waren früher nur eine Erscheinung ansteigender Konjunkturen. Die Arbeiterschaft versuchte dann eben in Gestalt hoher Löhne sich einen Teil der aus der guten Konjunktur fließenden Gewinnsteigerung zu sichern." — Die Disconto-Gesellschaft scheint zu glauben, daß es ein unabänderlicher Zustand ist, daß der Lohnwelle die Preiswelle folgt. Sie scheint nichts davon gehört zu haben, daß Preiserhöhungen durchaus nicht die Folge von Lohnerhöhungen zu sein brauchen. Es geht in der Industrie eine so gewaltige Umstellung vor sich, deren Nutzen bei richtiger Wirtschaftsführung zum Segen der Allgemeinheit in Form von billigen Preisen ausschlagen müßte. Die Verhältnisse in Amerika haben deutlich den Beweis erbracht, daß Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen durchaus nicht miteinander verwandt zu sein brauchen. Aber auch der Wirtschaftsbericht der genannten Großbank beweist schließlich nur, daß man sich mit seinen Gedanken und Anschauungen im althergebrachten Gleise bewegt. Sobald die Arbeiterschaft einen geringen Teil des Sozialprodukts mehr erlangt hat, wird er ihr durch die Verschlechterung des Reallohns von der Preisseite her direkt wieder genommen. Und dabei schreien die Warenstapel förmlich nach Absatz. Wie soll dies geschehen, wenn nicht anders als durch die Kaufkraft der Massen. Man sollte dem Uebel auf den Grund gehen und nicht wie die Disconto-Gesellschaft solche Mätzchen verzapfen.

Glänzende Entwicklung der Volksfürsorge im Jahre 1928. Aufstieg eines Arbeiterunternehmens. Im Hauptbureau der Volksfürsorge wird zur Zeit am Jahresabschluß 1928 gearbeitet. Wir sind in der Lage, schon einige vorläufige Zahlen unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen, die von der beispiellosen Entwicklung des Versicherungsunternehmens der deutschen Arbeiterschaft zeugen. Der Antragseingang belief sich auf 550 462 mit einer Versicherungssumme von 252 167 574 *M*. Der Versicherungsbestand wird auf 1 457 000 Policen mit einer Versicherungssumme von 575 Millionen Mark geschätzt. Die Prämieneinnahme betrug rund 26,8 Millionen Mark, die Kapitalerträge rund 3 Millionen Mark, die Kapitalanlage wies einen Bestand von rund 54 Millionen Mark auf. Die Versicherungsleistungen beliefen sich auf rund 1,85 Millionen Mark, davon für Unfälle rund 442 000 Mark. — Die Volksfürsorge, einst

in ihren Gründungsjahren hartnäckig befehdet und auch heute noch vielfach bekämpft, steht nun als ein stolzes Unternehmen mit nahezu 1½ Millionen Policen und mehr als einer halben Milliarde Mark Versicherungssumme da! Kamen im Jahre 1927 monatlich im Durchschnitt 300 000 Versicherungsanträge herein, so sind es im letzten Jahre fast 50 000 gewesen. Immer größere Massen wenden sich der Volksfürsorge zu, die das ihr entgegengebrachte Vertrauen glänzend rechtfertigt.

Frühjahrskursus auf der Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall. Der nächste 3½ Monate dauernde Kursus der Volkshochschule Comburg beginnt Mitte April und dauert bis Ende Juli 1929. Der Unterricht, für den drei ständige Lehrer und mehrere Gastlehrer zur Verfügung stehen, umfaßt folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; — Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; — Gesundheitsfragen; — Festgestaltung, Fragen der Kunst, Literatur und Musik; — Uebungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache. — Die Bewerber, die das 18. Jahr zurückgelegt haben sollen, mögen in ihrer Bewerbung ihre besonderen geistigen Interessen darlegen und einen Lebenslauf beifügen. Die Kursuskosten betragen 250 M, Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. In besonderen Fällen kann Ermäßigung und Stundung gewährt werden. — Meldungen bis spätestens 1. März 1929 an die Volkshochschule Comburg, Schwäbisch Hall, Württemberg.

Neue Schallplatten. Die Leser des „Grundstein" sind schon des öfteren mit Erzeugnissen der Schallplattenindustrie bekannt gemacht worden. Wir nehmen auch in dieser Nummer wieder Gelegenheit, die Grammophonbesitzer auf einige neue Platten der Firma Homocord-Electro hinzuweisen. Da ist zunächst auf einer 30-Zentimeter-Platte die Ouvertüre zur Operette „Waldmeister" von J. Strauß, vom Berliner Sinfonie-Orchester gespielt, mit den einschmeichelnden Melodien Straußscher Musik. Vom Salonorchester Beregowski gibt es eine empfehlenswerte Platte mit der Stephanie-Gavotte von H. Cibulka und der „Melodie" von Rubinstein: Violin-Solo Grete Eweler. Freunden des Gesanges ist eine Platte zu empfehlen, von Michael Gitowski besungen, der mit seinem prächtigen Baß das „Lied der Wolgaschiffer" in russischer Sprache singt, auf der andern Seite ein anderes russisches Volkslied: „O du heile Sonne mein". Für Freunde älterer Rheinlieder hat der Bariton Richard Bitterauf „Das Herz am Rhein" (Es liegt eine Krone) und „Die Rose vom Rhein" gesungen. Von der Mandolinen-Konzert-Gesellschaft, Dortmund, ist eine Platte mit einem Ständchen und auf der andern Seite mit einem Walzer E-Moll von Willy Althoff bespielt. Die „Romanze" von Sibelius, und „Morgen" von Richard Strauß sind als Violin- und Klavierplatte ebenfalls bei Homocord-Electro erschienen, und in den Schallplattengeschäften zu kaufen. Man lasse sie sich vorspielen.

Bücher und Schriften

Soziale Bauwirtschaft. Bezugsgebühr vierteljährlich 2.25 M. Preis für einzelne Nummern 90 ₰. In Heft 3 der Sozialen Bauwirtschaft fordert A. Elsinger mit eindrucksvollen Worten auf, endlich der Vergeudung von Volkskraft ein Ende zu bereiten und die Arbeitslosen zur Schaffung wirtschaftlicher Werte einzusetzen. Wir bringen diesen Aufruf in der nächsten Nummer des „Grundstein" im Wortlaut in der Erwartung, daß er nicht ungehört und ohne Wirkung verhallen möge. Auch in dem zweiten Aufsatz des Regierungsbaumeisters Warnemünde über die Ursache der Wohnungsnot hebt der Verfasser als einen Hauptfehler hervor, daß das Wohnungsproblem nicht in seinem Zusammenhange mit Staat, Volk und Wirtschaft erfaßt werde. Auf die dann folgende größere Arbeit über die gemeinnützigen Bauunternehmergenossenschaften, die im Heft 3 beginnt, wird die Entwicklung der Genossenschaften bis zur Beendigung des Krieges und der geradezu katastrophale Niedgang des Wohnungsbaues während der Kriegszeit geschildert. Einem Wohnungsbau von 32 3.0 Wohnungen im Jahre 1914 stehen im Jahre 1917 nur 1712 neu gebaute Wohnungen gegenüber. In einer sehr anschaulichen und einleuchtenden Schilderung zeigt der Geschäftsführer der Malereigesellschaft Hamburg, Paul Junge, wie private die Wohnungserneuerung betreffende Malerarbeiten vorbereitet und ausgeführt werden müssen, um die Auftraggeber zu befriedigen und sie zu wahrer Wohnungskultur zu erziehen. Es wird dann noch kurz auf die Gründung des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen eingegangen und der Hoffnung ausdruck gegeben, daß der neu gegründete Verband erfolgreiche Arbeit leisten werde. Weiter folgen interessante vermischte Notizen verschiedenen Inhalts.

Landarbeiter-Archiv". Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Kwasnik. Verlag: Enckehaus G. m. b. H., Berlin SW. 48. Einzelhefte 2 M, Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 M. Heft 6 hat unter anderm folgenden Inhalt: Betrachtungen zur landwirtschaftlichen Steuerpolitik. Der kollektive Arbeitsvertrag in der Landwirtschaft. Getreidemärkte und Getreidenotierungen. Deutschlands Schweinebestand am 1. Juni 1928. Der gegenwärtige Stand der Tarifbewegung der Arbeiter in der Landwirtschaft und der Stand der Landarbeiterlöhne im Oktober und November 1928. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Kommunal-, Genossenschafts-, Stiftungs- und Privatforsten Deutschlands nach dem Stande vom Dezember 1928. Das „Landarbeiter-Archiv" bringt in erster Linie, seinem Namen entsprechend, archivarisches Material. In der Hauptsache registriert es Tatsachen über Landarbeiterverhältnisse. So ist beispielsweise in jeder Nummer eine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter zu finden, wie sie sonst in ähnlicher Weise von keiner Zeitschrift gebracht wird.

Ein zentrales Bildungsorgan. Der Wunsch nach Schaffung eines zentralen Bildungsorgans hat den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranlaßt, eine Umgestaltung und Erweiterung der „Bücherwarte" und „Arbeiterbildung" vorzunehmen. Als Hauptorgan erscheint vom Januar an in einer Stärke von 32 Seiten die bisherige „Arbeiterbildung" unter dem neuen Titel „Sozialistische Bildung", während die „Bücherwarte" in einem Umfange von 16 Seiten als ständige Beilage mitversandt wird. Ferner wird als zweite Beilage in einer Stärke von 8 Seiten die „Sozialistische Erziehung" als Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde mit herausgegeben. Das Januarheft bringt unter anderm programmatische Aufsätze über „Erziehung und intensive Bildung", über „Jugend und die Arbeiterklasse" sowie über „Wehrproblem und Militarismus". In der „Bücherwarte" werden die wichtigsten Neuerscheinungen aus allen Gebieten der Literatur besprochen. In der „Sozialistischen Erziehung" werden die wichtigsten Aufgaben sozialistischer Pädagogik behandelt. Trotz des erweiterten Umfanges ist der Preis der Zeitschrift unverändert geblieben. Er beträgt vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummern 75 ₰. Der Bezug geschieht am besten durch das Postamt oder durch die Volksbuchhandlung. Es kann allen an der sozialistischen Bildungsarbeit interessierten Lesern empfohlen werden, die Zeitschrift zu beziehen. Probenummern stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Friedenstraße 3, gern zur Verfügung.

Wie bauen? Von Heinz und Bodo Rasch? Ausgabe 1929. Gebunden 9 M. Akademischer Verlag Dr. Fritz Wedekind & Co., Stuttgart, Eugenstraße 3. Gegenüber der ersten Ausgabe, die zur Werkbundausstellung Stuttgart 1927 herauskam, ein sehr viel reichhaltigeres Buch. Der Textteil des Buches ist völlig neu geschrieben. Die Abbildungen (etwa 600) sind ebenfalls neu. Das neue Buch ist auf wichtige bautechnische Gebiete ausgedehnt: ein besonderer Materialteil geht voraus, die Bauaufschlüsse sind in einem Abschnitt ausführlich behandelt, die reichillustrierte Einleitung zeigt die Notwendigkeit industriellen Bauens vom wirtschaftlichen Standpunkt aus.

Hast Du alles vernünftig? Von Architekt Fr. Theil für Titel I bis XVIII zusammengestellt. Verlag Steinke & Röhrlich, Breslau, Sandstraße 9/10. Preis 1 M. Zweite völlig neu bearbeitete Auflage. Der Hochbau mit seinen 1000 Handrechnungen, Kleinarbeiten und Zufälligkeiten erfordert viel Erfahrung und Arbeit in den Vorarbeiten. Das kleine Werk soll nachhaltige Hilfe für die Bedürfnisse in der Praxis bieten.

Die Novemberrevolution. Von Hermann Müller. Verlag Der Bücherkreis, Gonsenheim. Preis für Mitglieder 3 M, im freien Buchhandel 5.50 M. Das Buch hat kein Zeitbestimmtes geschrieben, der rein zufällig oder erst zu allerletzt in den Strudel der revolutionären Ereignisse hineingerissen wurde, sondern ein Mann, der schon lange vor dem Kriege in der Arbeiterbewegung eine Führerstellung einnahm. Müller, der letzte Reichskanzler, erzählt schlicht und frei von jeglicher persönlichen Eitelkeit, wie alles wurde, und welche Rolle ihm dabei zufiel. Mir können das durch Inhalt und Form hervorragende Buch als ein für den denkenden Arbeiter unentbehrliches historisches Werk unsern Lesern bestens empfehlen. — Besonderes Lob gebührt dem Bücherkreis für die hervorragende Ausstattung, in der er das Buch herausgebracht hat. Der Preis hierfür ist erstaunlich niedrig. Um allen Arbeitern und Republikanern den Erwerb des Buches zum Vorzugspreis zu ermöglichen, hat der Bücherkreis sogar noch ein übriges getan und die Neueinrichtung einer halbjährlichen Probemitgliedschaft getroffen, bei der er für sechs Monatsbeiträge je 1 M außer seiner reich illustrierten Monatszeitschrift zwei Bände nach freier Wahl, darunter auch Hermann Müller: Die Novemberrevolution liefert. — Anmeldung und Auskunft bei den Spedisteuren der SPD.-Zeitung, in den örtlichen Volksbuchhandlungen oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle der Buchgemeinschaft Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Vom 29. Januar bis 4. Februar haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Berlin 101 M, Crimitz 49,25, Diepholz 6, Düsseldorf 250, Forst 16, Köln 404,70, Letschin 3,80, Landshut in Bayern 245,20, Leipzig 13, Nürnberg 3,30, Ohlau 6, Peine 138, Rosenheim 700, Siegen 732,45, Speyer 16, Stettin 25,26.

Kalender. Alfeld 6 M, Allenstein 240, Bamberg 180, Boffzen 4,20, Burna 99, Brüel 6, Coburg 4½, Düsseldorf 24, Gusow 12, Harfefeld 1,80, Hirschau 13,20, Holzminden 10,80, Kassel 60, Letschin 3, Marburg 114, Neukalen 9, Rathenow 45, Rotenburg in Hannover 15, Swinemünde 24, Wildeshausen 10,20.

Buchhüllen: Altenburg 12 M, Luckenwalde 3, Stadtoldendorf 6.

Markenmappen: Bremerhaven 37,50 M, Herford 12,50, Stadtoldendorf 7,50.

Verschiedene Schriften: Holzminden 1,80 M.

Bundesnadeln: Bruel 2,50 M, Luckenwalde 5.

Bauabend: Altenburg 2,80 M, Bernburg 10, Coburg 6,60, Dessau 2,20, Holzminden 0,80, Königsee 0,80, Laage 5,60, Luckenwalde 2, Merseburg 0,80, Plauen am Vogtland 20, Vegesack 3,60.

Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Barmen. (Schwehn.) **Fr. Kämper**, Hilfsarbeiter, 31 J.
Bielefeld. **Heinr. Kuhl**, Maurer, 65 Jahre alt.
Breslau. **Wilhelm Menzel**, Putzer, 63 Jahre alt.
Bunzlau. **Gustav Huhndorf**, Hilfsarbeiter, 68 Jahre.
Chemnitz. **Rob. Friedr. Beyer**, Hilfsarbeiter, 38 Jahre.
Gustav Ruckhaber, Maurer, 36 Jahre alt.
Dresden. **Willibald Schuller**, Zementeur, 37 Jahre.
Bruno Wauer, Maurer, 54 Jahre alt.
(Rockau.) **Albert Zimmermann**, Hilfsarb., 38 Jahre.
Essen. **Reinhard Döring**, Maurer, 50 Jahre alt.
Frankf. a. M. (Hainst.) **G. Hartmann**, Hilfsarb., 64 J.
(Hofheim.) **Ferdinand Selig**, Maurer, 32 Jahre.
Fürstenwalde. **Karl Wunsch**, Hilfsarbeiter, 54 Jahre.
Hamburg. (Kirch-Steinb.) **H. Werlitz**, Hilfsarb., 60 J.
August Schlie, Hilfsarbeiter, 71 Jahre alt.
Peter Schmanns, Pflastrammer, 43 Jahre alt.
Hannover. (Hamelerwald.) **Fritz Krüger**, Maur., 83 J.
(Linden.) **Heinr. Nagel**, Maurer, 70 Jahre alt.
Kellinghusen. **Otto Westphahl**, Maurer, 37 Jahre.
Kiel. **Johannes Plagmann**, Maurer, 75 Jahre alt.
Hermann Steil, Maurer, 71 Jahre alt.
Koblenz. (Gladbach.) **Val. Baum**, Bimssteinarb., 48 J.
Leipzig. (Schkeuditz.) **Wilhelm Klepzig**, Maurer, 68 J.
Johann Matzuge, Maurer, 48 Jahre alt.
Magdeburg. (Gr. Ottersl.) **A. Georges**, Maur., 84 J.
Mittweida. **Friedr. Engelmann**, Maurer, 75 Jahre.
Julius Köhler, Maurer, 69 Jahre alt.
München. (Nymphenb.) **J. Schwindler**, Hilfsarb., 68 J.
Nossenkinerhütte. **Martin Michael**, Maurer, 62 Jahre.
Nürnberg. **Kasimir Bär**, Maurer, 43 Jahre alt.
Georg Jungkunz, Stukkateur, 45 Jahre alt.
Fritz Rädlein, Maurer, 66 Jahre alt.
Leonhard Rotter, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt.
Hermann Rummel, Stukkateurlehrling, 20 Jahre.
Plauen i. V. **Karl Barthels**, Ofensetzer, 66 Jahre.
Potsdam. **Otto Kiemer**, Stukkateur, 37 Jahre alt.
Regensburg. **Johann Janker**, Maurer, 54 Jahre alt.
Stargard i. Pom. (Arnswalde.) **Fr. Gebhardt**, M., 62 J.
Stettin. **Erich Drescher**, Maurer, 20 Jahre alt.
Emil Krüger, Maurer, 75 Jahre alt.
Gustav Neukamm, Maurer, 74 Jahre alt.
Velten. **Karl Leue**, Maurer, 50 Jahre alt.
Verden. **Carl Meyer**, Maurer, 65 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Gemeinnützige Bauarbeiter-Genossenschaft e. G. m. b. H. für Anklam und Umgegend.

Sonntag, 24. Februar, 14 Uhr, im Ratskeller 9. ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Revisionsbericht. 5. Wahl der ordnungsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder. 6. Wahl der ordnungsmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder. 7. Verschiedenes. Anträge zur Generalversammlung sind bis zum 21. Februar, 17 Uhr, schriftlich im Kontor der Genossenschaft einzureichen.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernhard). Schriftleiter: Arthur Schmitt. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW. 11. Druck: Auerdruck, Hamburg.

Anzüge f. Sport, Straße u. Abend, Herren-Loden-, Gummi-, Herbst u. Wintermäntel, Wirjacken, Damen-Mäntel u. Schuhe u. Stiefel liefern wir **5 Tage zur Probe** m. bedingungsl. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen um Güte und Preiswürdigkeit prüfen zu lassen, b. angem. Anzahlung **2.–** gegen bequ. Wochenzahlungen von nur G.-M. San. Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis und frei. **Walter H. Gatz, Berlin S42, Postf. 846 B**

Fordern Sie Überall **Original M. Mosberg** Die beste Kleidung für Bauhandwerker. — Die unerreichten Werkzeuge. Die altbewährten echten Isländer. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. — Preislisten gratis. Firma M. Mosberg, Bielefeld, 5 Jöllenbeckerstraße 5.

Musikinstrumente-Sprechapparate Erstes u. älteres Musikinstrum.-Versandgeschäft Deutschlands gegr. 1871. Einzel-Lieferung nicht ausgeschlossen. 921 Reell! Jährl. ca 3000 Dankschreiben! Ia Qualitätsware. Katalog u. Plattenverzeichnis kostenlos! Violinen „Hk 5" mit Kasten 12.– Harmonika „Hk 15" mit Sprechapparat „Hk 18" mit 3 Jahre Garantie 18.– Grammophon-Schallplatten St. 1.50 M.

Fort mit d. Holzgriff! **Alum** der neue Reibobrettgriff, federleicht, unverwüstlich ist der richtige Griff **für den Maurer** Alum hat schöne Form, ist prakt., einfach zu befestigen, ermöglicht ausb. Arbeit. Zur Einführg. nur 1.50 M. per Stück bei Voreinsendg. d. Betr. Vertreter ges. Für Unterkassr. geeign. **Paul Mainzer, Schönebeck (E.)**, Schließfach.

Käse billiger direkt ab Fabrik
Holst. Tafelk. (Brotform.) 9 ℔ 3.60 M.
Tilsiter Art (Gelbrinde) . . 9 ℔ 4.60 M.
Edamer Art rot gewachst) 9 ℔ 4.60 M.
Tilsiter Art (halbfett) . . . 9 ℔ 6.– M.
Guto schnittfeste Ware, hergestellt i. Schmalzverfahr. Nachn., Porto u. Verp. 1 M. Otto Damke, Hamburg 39 B.

Reellste Bezugsquelle! **Neue Gänsefedern** wie von der Gans gerupft m. voll. Daunen, dopp. gereinigt, ℔ 2.50, dies. besto Qual, 3.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.–, ½ Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn m. Daun. 4.–, u. 5.–, hoch. prim. 5.75, aller f. 7.50, Ia Volldaun. 9.–, u. 10.50. F. reelle, staubfr. Ware Garantie. Vers. geg. Nachn. ab 5 ℔ portofr. Nichtgef. nehme auf meine Kosten zur. **Willy Mauteufel**, Gänsemast, **Gegr. 1852. Neutrebbin 5 b (uderbr.)**

Schmale Teakholz-Wasserwagen Der Konkurrenzkampf beg'nnt. **W. Richter** ist und bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.

Längen	100	90	80	75	70	60	50	45	40	35-25cm
Preis	3.50	3.30	3.10	3.–	2.90	2.70	2.50	2.30	2.– M.	

bei 4 St. an portofr. Bei 11 St. 1 St. gratis. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst. **W. Richter**, Düsseldorf-Unterrath. Preisliste gratis.

Altbewährte u. neue prima **Isländer** sind eingetroffen. Verl. Sie Preisliste frei. Wenn an Plätzen nicht vertreten, direkter Verf. ab Bielefeld. **Louis Mosberg, Bielefeld.**

Edelklang-Sprechmaschine 37.- Mk. mit 5 doppels. 25 cm-Platten, Gehäuse Eiche, 31 cm hoch, mit bester Edelklang-Schalldos. Dieser Apparat mit Doppelfederw. 42.- M. Bestellen Sie bei der ältesten Musikinstrumentenfirma am Platze. Katal. grat **Heinr. Suhr, Neuenrade i. W. Nr. 1** Musikinstrumentenfabrik.

Diese Uhr 24-Std. Zifferbl. Ia Ankerwerk. v. m. verz. Rand., sow. g. Kaval.-kett. m. 2jäh. schriftl. Gar. f. n. zus. 6.50 MK **Erwin R. Berthold Halle a. S 21.**

Größ. Ausw. i. Musikinstrum. zu herabges. Preisen **Wolf & Comp.** Klingenthal Sa.-Nr. 709 Gr. Kat. ums. v. 10 M. an. prtfr. Schallpl. 1.60 MK.

Lest Das Bauwerk

Maurerhosen Zweidrahtl. M 6.- u. 9.- Dreidrahtleder M 13.- Viel. freiw. Anerken. Must. grat. u. franko **Herbert Fritsche**, Niederoderwitz i. S.

Tragt die Bundesnadel!

Honig billiger! 10-℔-Patd., gar. natur., echt. goldg. Blumen-Blüten-Schleuder-Honig 8.20 M. Porto extra. Best. Siesof. Honigzentrale Nordmark, Pinneberg 62, Holst. Viel. lob. Anerk. Gar. Zurückn.

Ihre nächste Ferienreise bezahlen wir!

Heraus aus dem Alltag

ins Ferienland Ihrer Sehnsucht! – 200 schöne Ferienreisen mit allem Drum-und-Dran innerhalb Deutschlands oder nach Wien und Prag, zu den Trollhättafällen über Kopenhagen – **mehr noch:** zehn große vierwöchige Europareisen in die Schweiz oder nach Italien oder hinauf ins Land der Mitternachtssonne – **das ist die neue große Überraschung für die Freunde unserer Marken, für die eifrigsten Sammler der großen, schönen Eckstein-Reisebilder.**

In der Auswahl der Reisen, für die ein großzügiges Programm vorbereitet ist, haben Sie weitgehenden Spielraum.

Was Sie selbst in der Sache tun sollen?

Schicken Sie uns bis 31. Juli 1929 unser Sammelalbum I (Inland) oder II (Ausland) mit allen Bildern und zu jedem Bild einen Kontrollzettel aus irgendeiner 25-Stück-Packung. Wir setzen für solche eifrigen Sammler 200 Ferienreisen aus. Gehen mehr Alben ein, entscheidet das Los.

Für besonders fleißige Sammler, die beide Alben mit allen Bildern einsenden und dazu eine möglichst große Anzahl Kontrollzettel, stiften wir außerdem 10 vierwöchige Auslandreisen. Die Reisen werden verteilt an die Einsender, die uns die meisten Kontrollzettel schicken. Die Alben bleiben Eigentum der Einsender und werden portofrei zurückgeschickt.

Doppelte Bilder werden von der Eckstein-Tauschzentrale, Dresden-A. 27 umgetauscht. Alle weiteren Einzelheiten über das Bildersammeln und die Ferienreisen finden Sie in den Alben, die in den Zigarettengeschäften erhältlich sind.

A. M. ECKSTEIN & SÖHNE · DRESDEN-A 27 Gegr. 1842

Arterienverkalkung

ist sehr verbreitet. Prof. D. C. Tönding, eine wissenschaftliche Autorität, schreibt darüber: „Die Arterienverkalkung ist leider in unserer Zeit ebenso sehr verbreitet wie die Nervosität." Der beste Beweis dafür ist, daß ihr von 100 Menschen 25 zum Opfer fallen.

Arterienverkalkung entsteht durch übernormale Ablagerung von Stoffwechselrückständen, besonders Kalisalzen, in den Arterien. Letztere werden dadurch ihrer Elastizität beraubt, es tritt alsdann Blutandrang, Schwindelgefühl, Gedächtnisschwäche, Kopfschmerz und starke Beeinträchtigung des Herz- und Nervensystems ein, zuweilen sind auch Schlaganfälle, die mitunter tödlich verlaufen, die Folge der Verkalkung. Normalerweise tritt Arterienverkalkung erst im höheren Alter ein, heutzutage gibt es aber schon Menschen im besten Alter, die unter Verkalkungserscheinungen leiden. Es empfiehlt sich deshalb, rechtzeitig gegen die Arterienverkalkung etwas zu unternehmen. Am besten sorgt man durch den Genuß des bekannten Philippsburger Herbaria-Arterienentkalkungstees dafür, daß das Blut von Stoffwechselrückständen gründlich gereinigt, dünnflüssig gemacht, dadurch die Zirkulationsfähigkeit erhöht und ein Fortschreiten der Verkalkung verhindert wird. Die nachstehend abgedruckten Dankschreiben, einige wenige von den vielen, die wir besitzen, sollten auch Ihnen Veranlassung geben, dieses absolut giftfreie und unschädliche Naturgetränk regelmäßig zu nehmen:

. . . bin im 70. Lebensjahre und benutze Ihren Arterientee-Tee seit einigen Wochen. Der Erfolg ist überraschend gut, die Durchblutung des Körpers ist bedeutend besser geworden, die Schwindelanfälle sind fortgeblieben. Der mich behandelnde Arzt empfiehlt mir, die Kur möglichst lange fortzusetzen.

gez. E. Bartels, Berlin-Weißensee.

. . . Der Tee hat mir gegen Arterienverkalkung sehr wohlgetan, die andauernden Kopfschmerzen und Schwindelanfälle sind fast ganz verschwunden, auch das Herz arbeitet regelmäßiger.

gez. D. O . . ., H . . . Schlesw.-Holst.

Kur: mindestens 6—12 Pakete. Preis pro Paket 3 ℳ zuzüglich 20 ₰ Porto. Bestellungen (zweckmäßig wegen Portoausnützung nicht unter 3 Paketen!) richte man an die Herstellerfirma, worauf Zustellung durch die zuständige Apotheke erfolgt! Nachahmungen bitte zurückweisen, nur die Marke „Herbaria" bürgt für Echtheit!

Alleiniger Hersteller:

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg A. 306, Baden.

Was ist Togal?

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 6000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. — Preis 1,40 Mark. —

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlissene 80 ₰, 1,— ℳ; **halbweiße** 1,20 ℳ, 1,40 ℳ; **weiße**, flaumige, geschlissene 1,70 ℳ, 2 ℳ, 2,50 ℳ, 3 ℳ; feinste, geschlissene Halbdaunen-Herrschaftsfedern 4,—, 5,—, 6,— ℳ; **1 Pfund** Rupffedern, ungeschlissen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,— ℳ; allerfeinster Flaumrupf 3,50 ℳ, 4,50 ℳ; Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis.

S. Benisch, Bettfedernexport in Prag XII, Böhmen.

Zum Aufbau

einer besseren Stellung im Baugewerbe (als Polier, Maurermeister, Bautechniker, Baumeister, Architekt) benötigen Sie neben Ihren praktischen Kenntnissen die Selbstunterrichtswerke des Systems Karnack-Hachfeld. Das Studium kann neben dem Beruf erfolgen.

Unterstützung des Selbstunterrichts durch Teilnahme am Fernunterricht, der in gründlicher Begutachtung Ihrer schriftlichen Arbeiten besteht. Abschlußprüfung können Sie vor einer Kommission ablegen, worüber ausführliche Prüfungsbestätigung erteilt wird. Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen, wie Obersekundareife, Abiturientenexamen durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. Bequeme Monatszahlungen. Berufsberatung und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam B. 40.

10 000 Dankschreiben über **Bettfedern** beweisen unsere konkurrenzl. billige, gute und rasche Bedien. 1 Pfund graue —,80 und 1,—, halbw. 1,50, graue Halbdaunen 2,50 und 3,—, weiß, Flaumrupf 3,80, 4,50, Spezial. 5,—, weiße handgeschlissene Halbdaunen 3,50, 4,50, daunenweiche 5,50, 6,50, weißer Brustflaum 8,—, 10,—, Oberbett 31,—, Kissen 11,50, Unterbett 19,—. Muster und Preisliste umsonst, von 9 Pfund franko gegen Nachn. Nichtpass. Geld zurück. Josef Christ's Nachf., Cham 469 bay. W. Der Name allein bürgt für reelle Bedienung.

Wilhelm Fahr

jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78

Neue Gänsefedern

wie sie von der Gans fallen, dieselben doppelt gereinigt, das Pfund 2,50, beste Qualität 3,50; Halbdaunen, gereinigt, 5,—; ¾ Daunen 6,75; Volldaunen 9,—, 10,50. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt, 3,50, 4,—, 5,—, 5,75, Ia 7,50. Garantie für reelle staubfreie Ware, von 5 Pfund an portofrei. Frau **A. Wodrich.** Gänsemast. Neutrebbin (Oderbruch).

Eiserne Metall- Holz- Kinderbett., Polst., Schlafz., Chaiselong. **Betten** Stahlmatratzen, nur reine, gutfüllende Sorten. Private, Ratenzahlung, Katalog 54 frei. an **Eisenmöbelfabrik Suhl** (Thür.).

Billige böhm. Bettfedern

Ein Kilo graue geschlissene 3 ℳ, halbweiß 4 ℳ, weiße 5 ℳ, bessere 8 ℳ, 7 ℳ, daunenweich 9 ℳ, 10 ℳ, beste Sorte 12 ℳ. 14 ℳ, weiße ungeschlissen 7,50 ℳ, 9,50 ℳ, beste Sorte 11 ℳ. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. **Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9** bei Pilsen, Böhmen.

Größte Produktion der Welt!

OPEL

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA

BIOX

BIOX ULTRA STARK SCHÄUMEND

Kleine Tube 50 Pfg.

Gegen rote Hände

und unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeigweiße, fettfreie **Creme Leodor,** welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wundervoll kühlend bei Zudreis der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf., große Tube 1 Mk. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. B

Ich war kahl

Meine Haare wuchsen von neuem, wie dies aus nebenstehender Photographie ersichtlich ist.

Viele Männer und Frauen, die kahl waren, erlangten wieder schönen Haarwuchs durch ein Präparat, welches von amerikanischen Indianern stammt. Es enthält äußerst wirkungsvolle Bestandteile aus den Naturreichen.

Wunderbarer Haarwuchs

wird selbst in solchen Fällen gemeldet, wo Haarausfall, Schuppen und Kahlheit schon seit Jahren vorhanden waren.

Eine Probedose für Sie!

Jeder Person, welche an mich eine Aufforderung gelangen läßt und 50 Pfg. in Briefmarken beifügt, übersende ich eine Probedose dieses Mittels nebst der interessanten Schrift: „Das Geheimnis der Indianer vom gesunden Haarwuchs". Geben Sie bitte Ihre deutlich geschriebene Adresse an und vergessen Sie nicht zu erwähnen, ob für Herrn, Frau, Fräulein oder Kind verlangt wird. Ihren Brief wollen Sie richten an

John Hart Brittain G. m. b. H.,
Berlin W 9, Gr. 23 Potsdamer Str. 13